

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 360/361/362 · 31. JAHRGANG · AUSGABE WINTER/2025 VOM 19. DEZEMBER 2025 · 3 EURO

15 | SPD auf dem
Barnimer Weg
Unterbezirksparteitag der SPD

21 | Kampf
gegen Windmühlen
Geschäftsordnung als Reißleine

30 | Herzlose Geschäfte
auf dem Rücken der Natur
Massentierhaltung läßt Weltklima leiden

»Ehrendes Gedenken« an Verbrechen

Was alte Kameraden und die CDU Eberswalde am »Volkstrauertag« auf ihre Kränze schreiben



Alljährlich wird zum zweiten Sonntag vor dem 1. Advent offiziell zum »Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« aufgerufen. Unter der Bezeichnung VOLKSTRAUERTAG ist das ein staatlicher Gedenktag.

Nach dem Weltkrieg, der in den 1920ern noch ohne Nummer auskam, hatten Veteranenverbände und Kriegervereine den Tag ins Leben gerufen, um ihre Kameraden zu betrauern, die aus diesem Krieg nicht zurückgekehrt waren. Ein revanchistischer Grundton schwang schon damals mit. Bald trat dieser in den Vordergrund.

In den Tausend Jahren zwischen 1933 und 1945 nannte man den Tag »Heldengedenktag«. Mit den Aufmärschen an diesem Tag veranstalteten wurde die Bevölkerung auf den nächsten großen Krieg vorbereitet, ein weiterer Weltkrieg, nunmehr mit der Ordnungsnummer Zwei.

Als im Jahr 1952 der VOLKSTRAUERTAG in der BRD wieder als offizieller Gedenktag eingeführt wurde, wies man jeden Vergleich zum »Heldengedenken« zurück. Doch soll es tatsächlich purer Zufall sein, daß die

Wiedereinführung dieses Gedenktages ausgerechnet in eine Zeit fiel, in der in der BRD die Vorbereitungen für die Wiederbewaffnung auf Hochtouren liefen?

Im Verständnis der Eberswalder Stadtverwaltung hat sich der Gedenktag »mit der Zeit von einem reinen Erinnerungstag zu einem Mahnmal für den Frieden entwickelt«. Als wichtiger Bestandteil der Erinnerungskultur mahne er »an die verheerenden Folgen von Krieg und Gewalt und Zerstörung«. So schrieb es die städtische Pressestelle in die vorab veröffentlichte Mitteilung, mit der zugleich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Teilnahme an dem Gedenken aufgerufen wurden.

Der VOLKSTRAUERTAG ist ein offizieller Gedenktag, der die Offiziellen verpflichtet. Die städtische Pressestelle hatte der Einladung Fotos vom Vorjahr beigelegt. Wie darauf zu sehen ist, hatten Landrat und Bürgermeister ihre Stellvertreter geschickt. »In stillem Gedenken« stand auf ihren Grabsträßen. So weit, so gut.

Fortsetzung auf Seite 3

Der 7. Oktober

Dienstag, der 7. Oktober 2025. Im Radio »für Erwachsene«, also Radio 1 vom RBB, verliest der Nachrichtensprecher eine Meldung über Gedenkveranstaltungen anlässlich des Tages. Ich horche ungläubig auf: Meldungen über Veranstaltungen zum DDR-Republikgeburtstag? Und das im öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Das kann doch nicht sein.

Und tatsächlich – was nicht sein konnte, war auch nicht. Es ging nicht um die Erinnerungen an die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. In den Gedenkveranstaltungen, über die im Radio berichtet wurde, ging es um den militärischen Angriff vor zwei Jahren aus dem palästinensischen Gazastreifen heraus durch die dort regierende Hamas und ihre Verbündeten auf israelisches Territorium.

Dieser Angriff am 7. Oktober 2023 war überraschend erfolgreich – nicht zuletzt, weil die israelische Armee wesentliche Teile der Gaza-Grenzwaache zur militärischen Absicherung von provokatorischen Siedleraktionen im Westjordanland gegen die dort wohnenden Palästinenser abgezogen hatte.

Auf israelischer Seite kamen am 7. Oktober 2023 und in den Tagen danach etwa 1.200 Zivilisten ums Leben. Ein Teil davon starb im »friendly fire« der israelischen Gegenangriffe. Letzteres fand natürlich in den erwähnten aktuellen Nachrichten nicht statt.

Besonders tragisch war der Hamas-Angriff für die Teilnehmer eines Musikfestivals in Grenznähe. Im Radio kam ein Organisator des Musikfestivals zu Wort, der selber bei dem Angriff verletzt wurde und mehrere seiner Freunde verlor. Er reist derzeit mit einer Ausstellung über das überfallene Festival durch Europa. Die Trauer und die Wut sind echt. Aber er weiß nichts davon oder will es nicht wissen, daß die Katastrophe hätte verhindert werden können.

Den israelischen Sicherheitsbehörden lagen genügend Hinweise über die Gefahren eines drohenden Hamas-Angriffs vor. Die Festival-Organisatoren wurden darüber – ob fahrlässig oder bewußt, ist nicht bekannt – nicht informiert. Die Angreifer hatten offensichtlich keine Ahnung von dem Festival und waren völlig überrascht, als sie in Grenznähe auf so viele wehrlose Menschen stießen. Doch waren die palästinensischen Angreifer auch hier nur zum Teil für die Opfer verantwortlich. Denn wie schon erwähnt, war die israelische Armee bei ihren Gegenangriffen keineswegs zimperlich oder gar schonend gegenüber ihren eigenen Leuten.

Vorm Brandenburger Tor wurden am 7. Oktober die Namen der 1.200 getöteten israelischen Zivilisten verlesen. Die Namen der inzwischen mehr als 60.000 durch die israelische Armee getöteten Palästinenser im Gazastreifen, ein Viertel bis ein Drittel davon Kinder, wurden nicht verlesen.

GERD MARKMANN

»Ohne Gewalt leben«

Wird die Tradition der Gesprächskreise demnächst fortgesetzt?

Von 1990 bis in das Jahr 1995 hinein habe ich insgesamt über fünfzig Gesprächskreise »Ohne Gewalt leben« organisiert, die zum größten Teil im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit« in der Eberswalder Eisenbahnstraße 20 stattfanden, einige wenige im etwas größeren KOMM-Zentrum, welches sich unterhalb der Eberswalder Eisenbahnbrücke befand. Ein wichtiges Segment waren dabei die Gesprächsabende »Generationen im Gespräch«. Dort hatten wir beispielsweise den Naturschützer und Weltkriegsdeserteur KURT KRETSCHMANN, die letzte im »uckermärkischen Platt« schreibende Dichterin ERNA TAEGE-RÖHNISCH, den Schriftsteller REIMAR GILSENBACH oder den Generalsuperintendenten ERICH SCHUPPAN zu Gast. Zusätzlich veranstalteten wir Seminare, so u.a. im Mai 1992 ein Wochenendseminar »Pfade in Utopia – Genossenschaftsprojekte ohne Dogma bei Buber und Landauer«.

Mit Kurt Kretschmann habe ich mich in den neunziger Jahren oft im Haus von Erna und Kurt Kretschmann in Bad Freienwalde getroffen und er hat mir in mehreren dann geplanten Sitzungen aus seinem Leben erzählt.

Diese Gespräche habe ich damals aufgezeichnet. Kretschmann, Jahrgang 1914, hat in den dreißiger Jahren auf langen Wanderungen quer durch Deutschland für ihn wichtige Inspiratoren für ein selbstbestimmtes Leben aufgesucht.

Er hat mir auch von Gusto Gräser erzählt, dem »deutschen Gandhi«, der zu den Gründern der Siedlung auf dem Monte Verita gehörte. »Die Lehren dieses einsamen Predigers«, so schreibt Ulrich Linse in seinem 1986 veröffentlichten Buch »Ökopax und Anarchie«, seien »aufgehoben im Werk Hermann Hesses, der auch zu den ersten Empfängern der Gräferschen Tao-Nachdichtung gehört hatte und dem Gräser (freilich ohne Namensnennung) immer wieder als Vorbild der literarischen Gestaltung diente – am unverhülltesten in der Gestalt des Leo in seiner Erzählung »Die Morgenlandfahrt« (1932).«

Und da ich mich ja gerade am Lago Maggiore in Sichtweite des Monte Verita rumtreibe, sind die Namen alle wieder da. Ich glaube, es wird Zeit, wieder zu Gesprächskreisen einzuladen...

UDO MUSZYNSKI, im September 2025

Der letzte Sommer im Frieden?

»Wir haben immer gesagt, daß dies im Jahr 2029 passieren könnte. Jetzt gibt es jedoch auch diejenigen, die glauben, daß dies bereits 2028

möglich ist, und einige Militärgeschichtler sind sogar der Meinung, daß wir den letzten friedlichen Sommer erlebt haben.«

BORIS PISTORIUS in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 15.11.2025

Klimaschutz und Wertschöpfung

Die Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg e.V. sind am 12. November im Rahmen des Parlamentarischen Abends der Länderinitiative Holzenergie in Berlin offiziell der »Erklärung zur Nutzung der nachhaltigen Holzenergie« beigetreten. Die Länderinitiative geht auf eine Initiative des bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger zurück und wird mittlerweile von sieben Landesministerien, zwölf Verbänden und 26 Landesverbänden getragen.

»Holzenergie ist Teil einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Der künftig wachsende Laubholzanteil bedeutet zudem auch ein erhöhtes Energiepotenzial«, erklärte der Vorsitzende des Vereins Rudolf Hammerschmidt. »Wer die energetische Nutzung von Holz pauschal einschränkt, gefährdet nicht nur Versorgungssicherheit und Klimaziele, sondern auch regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.« Die Familienbetriebe fordern seit langem ein klares politisches Bekenntnis zur nachhaltigen Nutzung von Holz als Bestandteil der Energie- und Wärmewende. Wir begrüßen ausdrücklich, daß sich nun-

mehr auch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg der Länderinitiative Holzenergie angeschlossen hat.

Die derzeitige Unsicherheit auf Bundes- und EU-Ebene hemme Investitionen und Innovationsbereitschaft, so Hammerschmidt weiter. »Wir brauchen keine neuen Verbote, sondern verlässliche Rahmenbedingungen, die nachhaltige Nutzung ermöglichen. Holzenergie ist ein Pfeiler der Versorgungssicherheit – regional, erneuerbar und speicherbar. Die Potentiale der Holzenergie sind längst vorhanden – man muß sie nur flächendeckend nutzen dürfen.«

Die Länderinitiative Holzenergie zeigt, daß eine zukunftsorientierte Energiepolitik nur im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Wirtschaft gelingen kann. »Holz ist Teil der Lösung – nicht das Problem. Wer die Wälder pflegt, kennt den Wert des Holzes für Klimaschutz, Energie und Gesellschaft. Das sollte endlich auch die gesamte politische Ebene widerspiegeln«, so Hammerschmidt abschließend.

ANTONIA BING

(Siehe Seiten 26, 27 und 31)

Fortsetzung von Seite 1:

»Ehrendes Gedenken« für Verbrechen

Alte Kameraden und die CDU Eberswalde am Volkstrauertag



FOTO: FELIX RÖD (STADTVERWALTUNG EBERSWALDE)

Neben dem »Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge« gehört seit Jahren auch die sogenannte Reservistenkameradschaft ALTER FRITZ Eberswalde/Barnim des Kreisverbindungskommandos Barnim zu den Einladern. Selbiger ließ gleich zwei opulente Kränze für sich und für den Bundesverteidigungsminister da. Und auch die CDU Eberswalde, deren Vorsitzender jüngst für Schlagzeilen sorgte, weil er den Karl-Marx-Platz in Helmut-Kohl-Platz umbenennen will, ließ es sich nicht nehmen, einen Grabstrauß abzulegen.

Ort der Kranzniederlegung ist die Kriegsgräberstätte am Hochkreuz auf dem Waldfriedhof Eberswalde. Direkt unter dem Hochkreuz ist eine Marmortafel in den Boden eingelassen mit der Aufschrift »Unseren Toten · Schützen Regiment 3 · Eberswalde · 1939 - 1945«, dem Eisernen Kreuz der Wehrmacht und dem taktischen Zeichen der 3. Panzerdivision, zu der das Schützenregiment 3 gehörte.

Dieses Regiment hatte, wie das ebenfalls zur 3. Panzerdivision gehörende Artillerieregiment 74, seinen Standort in Eberswalde. Während die Artilleriekaserne bei Sommerfelde inzwischen abgerissen ist und das Gelände als Konversionsfläche renaturiert wurde, stehen die Schützenkasernen noch. Sie wurden ab

den 1990er Jahren zum Landesbehördenzentrum umgebaut.

Als Bestandteil der 3. Panzerdivision nahmen sowohl das Artillerieregiment als auch das Schützenregiment 3 am Überfall auf Polen (1939), am Frankreich-Feldzug (1940) und an der Operation »Barbarossa« (1941) teil. Die Schützen aus Eberswalde kämpften danach vor Moskau (1941/42), im Kaukasus (1942/43) und bei Kursk (1943). Später starben die Regimentsangehörigen in den Schlachten in der Ukraine, in Ungarn und in Österreich, bis sich Anfang Mai 1945 die Reste in Süddeutschland der US-Army ergaben.

Ein »stilles Gedenken« mag hier angemessen sein. Auch für die Täter, die zugleich Opfer waren.

Doch den Alten Kameraden und mit ihnen der CDU Eberswalde war das nicht genug. »In ehrendem Gedenken« ließen sie auf die Bänder ihrer Kränze und Sträuße schreiben.

Ehrendes Gedenken wofür? Für die Verbrechen der faschistischen Wehrmacht?

Vielleicht geht die nächste Initiative des CDU-Stadtvorsitzenden dahin, den Tag wieder wie einst in »Heldengedenktage« umzubenennen

GERD MARKMANN

Krieg als Süßigkeit

Die Berliner Zeitung machte am 26. November darauf aufmerksam, »wie der Krieg Kindern jetzt als Süßigkeit serviert wird«. Als eines der wenigen noch nicht gleichgeschalteten Blättern wies die Berliner Zeitung auf die PR-Aktion des Rüstungskonzerns AIRBUS DEFENCE hin. Dieser hatte auf der Berlin Security Conference »äußerst bizarre Werbegeschenke verteilt: Ausstechförmchen in Form eines Kampffjets Eurofighter Typhoon«.

Was als harmloses Werbegeschenk für die Adventszeit daherkommt, so die Berliner Zeitung, »fördert die Normalisierung von Kriegslogik – ausgerechnet in der Weihnachtszeit, die doch für Frieden steht«. Der Kolumnist der Berliner Zeitung RAPHAEL SCHMELLER erinnert daran, daß wir bereits im April dieses Jahres das zweifelhafte Vergnügen hatten, Ostern wie zu Nazzeiten zu feiern. Eine Bäckerei in Tübingen verkaufte damals Zuckerhasen im Panzer oder an der Haubitze – gebacken mit Originalformen aus dem Zweiten Weltkrieg. Das süddeutsche Traditionsunternehmen Café Lieb ließ den Osterhasen als Wehrmachtssoldaten durchs Schaufenster marschieren, als wäre der deutsche Faschismus nie geschehen.

»Manch einer mag es harmlos finden«, schreibt Schmeller, wenn Kinder zu Weihnachten Plätzchen in Form von Kampffjets ausstechen. Doch das Airbus-Goodie stehe »sinnbildlich für die Militarisierung unseres Alltags, die längst in vollem Gange ist: Bundeswehr-Werbung auf Straßenbahnen, Popcornbecher im Tarnmuster im Kino, unterhaltsame TikTok-Videos von Bundeswehrsoldaten. Der Krieg kriecht schleichend in unser Bewußtsein.«

GERDA HENKEL

Friday for peace:

Aufruf zum Schulstreik

»Nein zur Wehrpflicht, Nein zu allen Zwangsdiensten«. Unter diesem Motto hat eine Initiative aus Schülerkomitees alle Schüler und Studenten dazu aufgerufen, am ersten Freitag im Dezember mit einem Streik gegen Rekrutierung und Kriegstreiberei zu protestieren. Zwar schwadroniere die Bundesregierung noch von Freiwilligkeit, heißt es. »Doch schon jetzt steht fest: Wenn sich nicht genug von uns melden, soll erst das Los entscheiden und dann kommt die Pflicht für alle«.

Das Bündnis fordert das Recht, »in Frieden zu leben und selbst zu entscheiden, wie wir unser Leben führen wollen«. Man wolle nicht »in Kasernen eingesperrt sein, zu Drill und Gehorsam erzogen werden und töten lernen«. Krieg sei »keine Zukunftsperspektive«. Vielmehr zerstöre Krieg »unsere Lebensgrundlagen«. Ältere Politiker und Journalisten reden in Talkshows über die Wehrpflicht. Doch kaum jemand spreche mit den jungen Betroffenen. G.H. | 3

Die Eberswalder Friedensaktivisten rufen auf:

Macht mit – zeigt Haltung



Jeden 2. Samstag um 10 Uhr

an der Friedensbrücke
in Eberswalde.

Das nächste Mal am
20. Dezember 2025
(danach 03.01. 17.01.,
31.01.2026 usw.).



Antikriegs-Meme

Bundeswehr zeigt Schüler an

Wie der Nachrichtenblog JUGEND.INFO berichtet, wurde ein Schüler des Angell-Gymnasiums in Freiburg von der Bundeswehr wegen »Beleidigung« angezeigt. Gegen den Schüler BENTIK wird wegen des Postens eines Memes über den Jugendoffiziersbesuch an seiner Schule ermittelt.



Das auf Instagram gepostete Meme stellt einen Jugendoffizier dar, der mit einem Gewehr vor einer Schulklass steht, im Hintergrund befindet sich auf einem Bildschirm das Motto des Vortrags, welchen der Jugendoffizier vor der Klasse gehalten hat (»Demokratie verteidigen - aber wie?«), sowie eine Pointe im Sinne eines vermeintlichen Zitats des Offiziers, welches heißt: »Also Kinder, wer von euch würde gerne an der Ostfront sterben?«.

Vor dem Besuch des Offiziers gründete Bentik eine Zeitung, in welcher zum Protest gegen den Besuch aufgerufen wurde. Die Unterstützergruppe (kein_verfahren_fuer_bentik) schreibt auf ihrem Instagramkanal folgendes:

Nach dem Besuch des Jugendoffiziers sowie dem Posten des Memes drohte die Schulleitung mit einem Schulverweis und versuchte, ihn durch unangekündigte Gespräche einzuschüchtern. Schließlich folgten die Vorladung bei der Polizei und die Einleitung eines Strafverfahrens wegen »Beleidigung«.

Durch Akteneinsicht konnte in Erfahrung gebracht werden, daß der Schuldirektor personenbezogene Daten an die Bundeswehr weitergeleitet hat und die Eltern des betroffenen Schülers zu Zeugenaussagen geladen wurden. Ebenfalls wurde ersichtlich, daß die Bundeswehr bereits Wochen im Voraus die Abteilung für »Militärische Sicherheit« eingeschaltet hat, um besser einschätzen zu können, wie mit derartigen Störaktionen umgegangen werden solle und ob sich ein Besuch an dieser Schule überhaupt noch lohne.

Informationsstelle Militarisierung e.V.
(siehe Seite 22)

Kreistag Märkisch-Oderland diskutiert über

Kriegsübungen im öffentlichen Raum

Seelow (bbp). DIE LINKE im Kreistag Märkisch-Oderland legte einen Beschlusssentwurf vor, nach dem der Kreistag Kriegsübungen der Bundeswehr im öffentlichen Raum des Landkreises ablehnen soll. Außerhalb von Kasernen und militärisch gesichertem Gelände, so die Forderung, sollen solche Übungen nicht stattfinden, »solange kein Notstand, Spannungsfall (nach Art. 80a GG) oder Verteidigungsfall festgestellt wurde«.

Der Landrat soll beauftragt werden, »mit der Bundeswehr dahingehend zu kommunizieren, daß diese den Landkreis künftig rechtzeitig über eigene Aktivitäten im öffentlichen Raum (z.B. größere Militärtransporte, Sperrungen) oder Beteiligungen an Zivil- und Katastrophenschutzübungen informiert, sobald diese mit Einschränkungen des Straßenverkehrs und des Bewegungsspielraumes der Bevölkerung im öffentlichen Raum verbunden sein könnten«. Zudem soll der Landrat die Kreistagsfraktionen sowie die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Landkreis über Maßnahmen und Aktivitäten der Bundeswehr außerhalb ihrer Kasernen und militärisch gesicherten Territorien informieren, sobald er davon Kenntnis erlangt.

Die Fraktion bezieht sich dabei auf die Ereignisse in Bayern im Oktober des Jahres, wo es aufgrund eines Kommunikationsdesasters zum Schußwechsel zwischen Beamten der Polizei und Soldaten der Bundeswehr kam, und Menschen verletzt wurden.

Zu mehrtägigen Kriegsübungen der Bundeswehr ab dem 17. November in der ehemaligen Chemiefabrik in Rüdersdorf war die Kreisverwaltung Märkisch-Oderland nach deren Aussage weder gefragt noch informiert worden. »Ausreichende Information des Landkreises und Einvernehmen zur Durchführung von Bundeswehr-Übungen sollten jedoch Standard sein und liegt im gegenseitigen Interesse«, betont die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser.

»Ignoranz der Bundeswehr gegenüber Bevölkerung und dem Landkreis als zuständige Behörde für Zivil-, Brand und Katastrophenschutz ist inakzeptabel. Übungen und andere Aktivitäten außerhalb von Kasernen und Militärgeländen erfordern besonders sorgfältige Kommunikations- und Sicherheitsmaßnahmen, damit Gefahren vermieden und Unfälle möglichst verhindert werden. Einschränkungen für die Bevölkerung sollten minimiert werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Aktivitäten der Bundeswehr auf privat oder öffentlich genutzten Territorien stattfinden.

Militärübungen im öffentlichen Raum täuschen Sicherheit vor, machen jedoch vielen Menschen Angst.

Von den eigentlichen Herausforderungen der Kommunen, wie Wasserknappheit, Haushaltsnotlage, Finanzproblemen bei Krankenhäusern und im Rettungsdienst, kaputten Brücken und fehlendem Geld im Jugend- und Sozialbereich wird so nur abgelenkt. Anstelle den zivilen Brand-, Katastrophen- und Rettungsdienst finanziell und personell abzusichern, übt man nun öffentlich den Krieg. Der Übergriff des Militärs auf den öffentlichen Raum ist keine ungefährliche Selbstverständlichkeit.«

Kerstin Kaiser weist zudem darauf hin, daß der Landkreis Märkisch-Oderland an der Staatsgrenze zur Republik Polen liegt. Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. »1945 fand um die Seelower Höhen eine opferreiche Schlacht statt. In Märkisch-Oderland werden über achtzig Jahre nach Ende des letzten Krieges noch immer Gebeine von Kriegsgefallen geborgen. Seit 1990 war hier und landesweit klarer und politischer Konsens: Militär hat in Schulen und im öffentlichen Raum nichts zu suchen. Um so mehr sind Bundeswehr-Übungen im öffentlichen Raum strikt abzulehnen.«

Für eine atomwaffenfreie Welt

Rückblick auf das ICAMP & aktuelle Aktionen

Während die NATO beim Manöver Steadfast Noon in Europa noch immer den Einsatz von Atomwaffen übt, weht bei uns frischer Wind: Nach unserem ersten ICAMP in Hannover sind wir voller Energie!

Mit jungen ICAN-Aktiven aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland haben wir uns ausgetauscht, Neues gelernt und viele Pläne für das kommende Jahr geschmiedet. Jetzt können wir es kaum erwarten, unsere neuen Ideen und Argumente in Gesprächen mit Abgeordneten zu testen, kreative Aktionen zu organisieren und unsere Bewegung weiter zu stärken.

Unsere Bildungs- und Aufklärungsarbeit ist angesichts der derzeitigen Situation in der Welt wichtiger denn je.

Eine globale Aufrüstungsspirale ist in vollem Gange und deshalb haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, über die katastrophalen Folgen nuklearer Abschreckung aufzuklären. In Schulen und bei öffentlichen Veranstaltungen räumen wir mit Mythen über Atomwaffen auf. Denn: Atomwaffen schaffen keine Sicherheit – sie gefährden sie.

Solange Atomwaffen existieren, hängt das Schicksal der Welt an einem seidenen Faden.

ICAN Deutschland e.V.

THW Eberswalde erhält neue Ausrüstung

Eberswalde (bbp). Die BRD soll kriegstüchtig werden. Dazu gehören auch Investitionen in den Zivil- und Bevölkerungsschutz, was allerdings auch für nicht kriegsbedingte Katastrophenfälle wichtig ist.

Der Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE (SPD) aus dem Wahlkreis Uckermark-Barnim I sieht es nicht zuletzt als seinen Erfolg an, daß sich »die Investitions- und Ausstattungs-Offensive beim Technischen Hilfswerk (THW)« weiter fortsetze. Wichtige Weichenstellungen zugunsten der Einsatzorganisation des Bundes habe es bereits in seiner letzten Wahlperiode gegeben. Es sei »in großem Umfang in Liegenschaften und Fuhrpark investiert« worden.

Das werde von der derzeitigen Koalition in Berlin konsequent fortgeführt. Um eine »umfassende Stärkung des THW« sei es erst kürzlich im Haushaltsausschuß des Bundestages gekommen, so Zierke, der diesem Ausschuß angehört.

Im laufenden Jahr seien schon über 100.000 Euro in Beschaffungen und neue Ausrüstung für den THW-Ortsverband in Eberswalde investiert worden – unter anderem für ein Fahrzeug im Wert von rund 70.000 Euro und neue Dienstbekleidung im Wert von etwa 38.000 Euro.

Konkret handelt es sich in Eberswalde um einen LKW-Anhänger, einen NEA 50 kVA. Das ist ein mobiler Stromerzeuger auf einem Anhänger, der im deutschen Technischen Hilfswerk (THW) eingesetzt wird. Das Kürzel NEA steht für Netzersatzanlage. Diese Anlage verfügt über eine Leistung von 50 Kilovoltampere (kVA) und dient der Versorgung von Einsatzkräften und Geräten mit Strom, insbesondere der Fachgruppe Notversorgung und Notinstandsetzung. Ein ausfahrbarer Lichtmast mit leistungsstarken LED-Strahlern ermöglicht, Einsatzstellen großflächig auszuleuchten.

Daneben gehört das THW Eberswalde zu den 30 Standorten des THW, die im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von einer Milliarde Euro vollständig neu gebaut werden. Die neuen Liegenschaften werden in serieller und standardisierter Bauweise mit hoher Geschwindigkeit errichtet, um zukünftig modernsten Anforderungen an Unterbringung, Barrierefreiheit, Energiestandards zu erfüllen und genügend Platz für die Helferinnen und Helfer, für Fahrzeuge und Technik zu bieten.

Zierke betont die Wichtigkeit der Beschlüsse im Haushaltsausschuß für die konsequente Umsetzung der »Zeitenwende«.

Wohnungs-Defizit im Barnim

Mangelware Wohnung: Der Landkreis Barnim hat ein Wohnungsdefizit. Aktuell fehlen rund 3.100 Wohnungen. Gleichzeitig stehen im Landkreis Barnim 2.060 Wohnungen bereits seit einem Jahr oder länger leer. Aber Wohnungen, die lange Zeit leer stehen, gehen kaum wieder in die Vermietung.

Die Zahlen für den Landkreis Barnim gehen aus der aktuellen regionalen Wohnungsmarkt-Untersuchung hervor, die das Pestel-Institut im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB) durchführte. Die Wissenschaftler haben dabei den Wohnungsbestand, die Bevölkerungsentwicklung sowie Prognosen für den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung im Landkreis Barnim analysiert. Demnach müssen in den nächsten fünf Jahren rund 1.110 neue Wohnungen im Landkreis Barnim gebaut werden – und zwar pro Jahr. Das ist durchaus machbar.

So gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im ersten Halbjahr dieses Jahres 663 Baugenehmigungen für neue Wohnungen im Landkreis Barnim. Das könnte reichen, um den Wohnungsbedarf zu decken, sofern es dabei bleibt. Allerdings ist eine Baugenehmigung zunächst nur eine geplante Wohnung auf dem Papier. Am Ende muß jede genehmigte Wohnung auch tatsächlich gebaut werden. Das klappt aber nur,

wenn bundespolitisch mehr passiert: Der Bund muß den Neubau von Wohnungen wieder ankurbeln. Und das möglichst schnell. Dringend notwendig ist günstiges Baugeld. Der Bund muß ein Zins-Programm auflegen: Maximal 2 Prozent Zinsen – teurer darf die Finanzierung beim Wohnungsbau nicht sein. Dann wären deutlich mehr private Bauherren, aber auch Investoren endlich wieder in der Lage, neue Wohnungen im Kreis Barnim zu bauen. Vor allem würde das schnell einen Effekt bringen.

Leider ist das Bauen insgesamt zu kompliziert und zu teuer geworden. Wenn der Bund alle Auflagen und Vorschriften der letzten zehn Jahre komplett zurücknehmen würde, dann könnten im Landkreis Barnim ziemlich schnell wieder deutlich mehr und deutlich günstigere Wohnungen gebaut werden. Und zwar Wohnungen mit einem guten Standard. Der Bund hat hat dem Wohnungsbau durch immer schärfere Gesetze und Verordnungen viel unnötigen Ballast zugemutet. Das hat die Kosten im Wohnungsbau und damit auch die Mieten regelrecht nach oben getrieben. Vor allem völlig überzogene Energiesparauflagen beim Neubau haben unterm Strich für die Umwelt wenig gebracht, das Wohnen aber enorm viel teurer gemacht.

MATTHIAS GÜNTHER, Leiter Pestel-Institut

Dachpappenfabrik

Eberswalde (bbp). Auf dem Gelände der ehemaligen DACHPAPPENFABRIK BÜSSCHER & HOFFMANN EBERSWALDE hinter den Einkaufszentren (Lidl, Takko und Freßnapf) an der Heegermühler Straße befinden sich noch erhebliche Mengen an giftigem Abfall im Boden.

Im Jahr 2018 wurden auf der 15.000 Quadratmeter großen Fläche umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt, um den Abfluß kontaminierten Grundwassers zu verhindern. Insbesondere wurde die Fläche mit Kunststoffbahnen und einer 85 Zentimeter starken Bodenschicht mit Rasensaat abgedeckt, um einen Eintrag von Regenwasser zu verhindern. Eine komplette Entfernung und Entsorgung der Altlasten hätte etwa 37 Millionen Euro gekostet. Die alternative Abdeckung kostete hingegen knapp 1,8 Millionen, davon bezahlte die Stadt 360.000 Euro als Eigenanteil (BBP 11/2018).

Das Areal ist eingezäunt und wird in regelmäßigen Abständen gemäht, um einen Aufwuchs von Bäumen oder Stäuchern, deren Wurzeln die Abdichtplane beschädigen könnten, zu verhindern. Zweimal im Jahr wurden seitdem im Rahmen des Grundwassermonitorings Wasserproben aus dem abströmenden Grundwasser gezogen. Nun stellte sich heraus, daß trotz der erfolgten Sanierung weiterhin kontaminiertes Grundwasser abströmt. Der Landkreis Barnim als zuständige Aufsichtsbehörde beauftragte daher die beiden betroffenen Grundstückseigentümer Deutsche Bahn und Stadt Eberswalde, »eine sorptionsreaktive Wand zum Schutz des Grundwassers vor den immer noch kontaminierten Abströmen zu errichten«. Dank des Stadtverordneten FRANK BANASKIEWICZ (FDP/Bürgerfraktion) kam das Thema kürzlich in die Öffentlichkeit.

Bei der 2018er Sanierung ging es hauptsächlich um den Schadstofftransport durch das Sickerwasser. Die möglicherweise vorhandenen Grundwasserströme unter dem kontaminierten Areal blieben damals unbeachtet oder wurden als nicht gefährlich eingestuft.

Für die weiteren Sanierungsarbeiten sind im städtischen Haushalt 60.000 Euro für das Jahr 2028 und 390.000 Euro für das Jahr 2029 vorgesehen.

4.000 Euro für Kunstrasen

Eberswalde (bbp). Die Schulsportanlage im Westendstadion verfügt seit einiger Zeit über einen Kunstrasenplatz. Während die Pflege und Wartung insgesamt durch städtische Platzwarte erfolgt, wird für die Reinigung des Kunstrasenplatzes eine Fremdfirma beauftragt. Wie Baudezernent ILJA HAUB auf Anfrage des Stadtverordneten FRANK BANASKIEWICZ jetzt mitteilte, betragen die Kosten dafür jährlich 4.000 Euro.

Das Klo im Rathaus

Eberswalde (bbp). Die AfD in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ist gegenüber der vorangegangenen Wahlperiode deutlich aktiver geworden. So fragte TILO WEINGARDT im Oktober im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU, F3), der zugleich von Weingardt geleitet wird, nach dem Zustand der Rathaustoiletten.

Hintergrund war, daß eine Toilette im 1. Obergeschoß des Rathauses just zu dem Zeitpunkt, als der AfD-Politiker ihr einen dringenden Besuch abstatten wollte, geschlossen war.

Der Baudezernent IJA HAUPT ließ sich vom Hochbauamt informieren und lieferte zur nächsten ASWU-Sitzung des F3 im November die schriftliche Antwort. Demnach war das genannte Klo nur kurzfristig geschlossen, um Reparaturen vorzunehmen.

Allerdings seien die Rathaustoiletten grundsätzlich in einem schlechten Zustand und sollen demnächst saniert werden. Um den laufenden Verwaltungsbetrieb während der Bauarbeiten aufrechterhalten zu können, ist eine geschoßweise Umsetzung der Maßnahme vorgesehen. Die Arbeiten sollen in drei Bauabschnitten über einen Zeitraum von circa drei Jahren durchgeführt werden.

Im Zuge der Sanierung werden die Sanitärinstallationen, Oberflächen, Lüftungsanlagen sowie die barrierefreien WC-Bereiche erneuert bzw. angepaßt. Begonnen werde im Jahr 2026 mit der öffentlichen Toilette/Bürgertoilette im Erdgeschoß. Reparaturen würden selbstverständlich immer sofort ausgeführt werden, betonte der Baudezernent.

BSW-Ortsgruppe

Eberswalde (bbp). Anfang November trafen sich in Eberswalde Unterstützerinnen und Unterstützer des BSW, um eine Regionalgruppe für den Raum Eberswalde zu etablieren. Die Bernauer Landtagsabgeordnete JENNY MEYER, die zugleich im Landesvorstand der Partei wirkt, informierte die Anwesenden über den Stand der Vorbereitungen zur Gründung einer Kreisorganisation des BSW. Die Gründungsversammlung für den Kreisverband war am 29. November geplant.

Die lokalen Unterstützergruppen werden künftig örtliche Basisgruppen der Partei. Auch im Bereich Eberswalde sind, nachdem die restriktiven Aufnahmeeregeln der Anfangszeit gelockert wurden, mehrere Unterstützer Parteimitglieder geworden. Die künftige Ortsgruppe Eberswalde (und Umgebung) wird zunächst von FELIX KESSLER aus dem Eberswalder Ortsteil Spechthausen koordiniert. Barnimweit gibt es inzwischen fünf Ortsgruppen des BSW. Neben der Ortsgruppe Eberswalde/Nord-Barnim sind das Ahrensfelde/Werneuchen, Bernau, Panketal und Wandlitz.

Team First-Level Chat-Bot KI

Jährlicher Bericht der WHG in der Stadtverordnetenversammlung

In der Sitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 6. November stellte Geschäftsführer HENRIK HUNDERTMARK die Ergebnisse und Pläne der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-Gesellschaft vor.

Ein Thema sei die bessere Erreichbarkeit der Geschäftsstelle bei Problemen und Anfragen. Mit dem neuen »Team First-Level« (zu deutsch: Mitarbeiter des ersten Kontaktes) wolle man eine Künstliche Intelligenz einsetzen, Hundertmark sprach von einem »Chat-Bot« (zu deutsch: Gesprächs-Computer), und diese KI solle Gespräche entgegennehmen, wenn kein leibhaftiger Mitarbeiter verfügbar ist und die Anfragen und Wünsche in das hauseigene Ticketsystem integrieren. Also der Mieter bekommt eine »Fahrkarten-Nummer«, mit der sein Problem innerhalb der WHG-Instanzen abgearbeitet und verwaltet wird.

Dann verwies der Chef auf die neuesten Unternehmens-Kennzahlen zum 31.12.2024. Die WHG habe 5800 Wohnungen, davon 92 Prozent vermietet, von denen 57 Prozent mit Bestandsmieten von unter sechs Euro kalt je Quadratmeter sind. Man habe die Absicht, die Mieteinnahmen bis 2028 von 24,8 Millionen Euro (2024) auf 28,8 Millionen Euro zu steigern. Das ist eine Erhöhung auf 116 Prozent, oder jährlich im Schnitt um 3,8 Prozent.

Die Leerstandsquote soll dann auf 4,4 Prozent reduziert sein. Dies will man durch 39 Prozent Neuvermietungen erreichen (bei Komplettrenovierung), durch Erstbezug nach Sanierung oder Neubau (30 Prozent) und zu

31 Prozent durch gesetzliche Mieterhöhungen. Die hohe Zahl an Neuvermietungen in vier Jahren ergibt sich automatisch bei ca. 400 Kündigungen pro Jahr. Das sind zum einen Todesfälle oder der Umzug ins Heim, Wohnungswechsel innerhalb der WHG oder zu einem anderen Vermieter und zum größten Teil Wegzug in eine andere Stadt. Das waren 2024 insgesamt 112 von 388 Kündigungen.

Elf Prozent des vermietbaren Bestandes wird im Rahmen sozialer Projekte zur Verfügung gestellt. Das sind 639 Wohnungen. Darunter fallen 142 Wohnungen für Senioren mit Pflegebedarf in Kooperation, 82 Wohnungen für sozial-therapeutisches Wohnen, 47 Wohnplätze in 24/7-Pflege, 29 Wohnungen zur Unterbringung von Obdachlosen, und 269 Wohnungen für Geflüchtete. 309 Wohnungen des Bestandes sind barrierefrei.

Von Februar bis Mai 2025 wurden die Bestandsmieten gesetzlich nach § 558 BGB erhöht, und zwar um durchschnittlich 23 Euro pro Monat. Die Bandbreite ging dabei von 2 Euro bis 46 Euro. In Fällen sozialer Härte gab es Unterstützung und Beratung, z.B. bei Wohngeldantrag oder Übernahme der Kosten für die Unterkunft.

Insgesamt wohnten im Berichtszeitraum 9.364 Menschen bei der WHG, das sind 1,6 Personen pro Wohnung im Schnitt. Fristlos wurde 19mal gekündigt. Die Arbeit bei der WHG erledigen 74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie vier Azubis.

J.G.



Aktuelle Investitionsvorhaben der WHG für Wohnen mit Wohnberechtigungsschein (Miete zwischen sechs und zehn Euro kalt) befinden sich, wie das Foto zeigt, in der Potsdamer Allee 45-69 (im Bau). Hier wurden u.a. die Balkone erneuert. Weitere Vorhaben betreffen die Heegermühler Straße 36-40 und 46/48, die Grabowstraße 37/39, die Eisenbahnstraße 71 und die Schöpfurter Straße 19. Förderkredite sind beantragt. Planungsvorbereitungen gibt es für den Kopernikusring 1-9 und 36-44, die Brandenburger Allee 37-53, die Friedrich-Engels-Straße 13 und die Boldtstraße 10.

»Null, out, niente«

CDU-Stadtvorsitzender Heimann hat was gegen Karl Marx

Eberswalde (gm). Ende Oktober hatte die lokale Tageszeitung mal wieder eine Diskussion zu einem Problem losgetreten, von dem vorher niemand wußte, daß es eines ist. Der CDU-Stadtvorsitzende SEBASTIAN HEIMANN machte auf sich aufmerksam, indem er einem MOZ-Redakteur zusteckte, daß ihm die Idee zugeflogen wäre, man könne den Karl-Marx-Platz doch in Helmut-Kohl-Platz umbenennen.

Karl Marx war »ein Vordenker des Sozialismus«, wird Heimann von der MOZ zitiert. »Genau da habe ich Bauchschmerzen«, gesteht Heimann, der dann noch meint, in der Umsetzung von Marx' Ideen in der Sowjetunion und in der DDR sei nichts Gutes herausgekommen. Gar einen »Aufruf zur Gewalt« unterstellt er Marx. Dann noch: »Zudem leben wir in einer sozialen Marktwirtschaft, auch das paßt nicht mit den Ideen von Marx zusammen«. Zu Letzterem hat er sicher recht. Der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« wird einerseits allgemein als Synonym für die heutige kapitalistische Produktionsweise benutzt, benennt andererseits eine spezifische Form dieser Produktionsweise. Der Frage, ob die spezifische Form der kapitalistischen Marktwirtschaft in der heutigen BRD tatsächlich noch diesen Zusatz »sozial« verdient, wollen wir an dieser Stelle nicht weiter nachgehen. Jedenfalls hatte Karl Marx in seinem Hauptwerk »Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie« diese Produktionsweise – den Kapitalismus – einer umfassenden und kritischen Analyse unterzogen.

Insoweit offenbart sich hier eine konsequente Haltung des CDU-Stadtvorsitzenden. Wer keine Kritik an der bestehenden Produktionsweise zulassen will, muß zwangsläufig etwas gegen die Benennung eines zentralen Platzes nach Karl Marx haben.

Die Märkische Oderzeitung fand das Thema gut und produzierte dazu gleich eine ganze Artikelserie. Aus einer Stellungnahme der städtischen Pressestelle filterte die MOZ dann heraus, daß der Karl-Marx-Platz statt nach Helmut Kohl, besser nach Hanna Leisker benannt werden sollte – was so in dieser Stellungnahme (liegt der BBP-Redaktion vor) gar nicht drin stand.

Der Stadtverordnete CARSTEN ZINN machte das am 6. November dann zum Thema in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung: »Seit einigen Tagen füllt die Märkische Oderzeitung damit ihr mediales Herbstloch. Dazu sage ich ganz persönlich als Stadtverordneter: Ich bin für keine Umbenennung des Karl-Marx-Platzes. Wenn es um die Benennung neuer Straßen oder Plätze geht, sollten wir Hanna Leisker als verdienstvolle Kunst- und Goldschmiedin ganz vorn in die Auswahlliste aufnehmen. Aber nicht an diesem Platz.«

Bürgermeister Götz Herrmann griff das Thema, sichtlich dankbar, auf: »Ich möchte ganz deutlich sagen: Es hat mich überrascht,



FOTO: SCREENSHOT AUS DEM LIVESTREAM DER STVV

was für ein Schwarm an Artikeln hier um uns rumfliegt zu einem Thema, weil einer von 44.000 Menschen in dieser Stadt in den sozialen Medien mal irgendeine Überlegung anstellt. Wir beschäftigen uns hier plötzlich mit irgendwelchen Sachen. Dabei haben wir echt mit vielen anderen Dingen zu tun.

Und ich möchte nochmal alle daran erinnern: Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich nicht damit, der Bürgermeister beschäftigt sich nicht mit der Umbenennung des Karl-Marx-Platzes und die Stadtverwaltung an sich beschäftigt sich nicht damit. Das Thema ist Null, out, niente – da ist gar nichts! Wir verlieren die Menschen in unserer Stadt, wenn diese glauben, daß wir uns mit solchem Blödsinn beschäftigen.

Sie als Stadtverordnete wissen, daß wir bezüglich Straßennamen ein ganz festes Vorgehen haben. Wir haben eine Benennungssatzung, die sich damals die Stadtverordneten gegeben haben. Die AG Benennung tagt bei Bedarf unter meiner Leitung. Dort werden solche Sachen bearbeitet. Derzeit gibt es keinerlei Vorschläge in dieser Richtung. Daher bitte ich, diese Klarstellung zur Kenntnis zu nehmen, auch für unsere Bevölkerung als Zeichen: Wir beschäftigen uns mit wichtigen Sachen. Auch mal mit Benennungen, mit Umbenennungen eher weniger. Und daher bitte, Ruhe im Karton. Mit so'ner Nummer verlieren wir die Leute einfach.

Und ich sage auch: Das Rathaus wird einfach mal so durch den Wolf gedreht mit solchen Themen. Und die Kollegen müssen sich damit beschäftigen. Jetzt sollen sich sogar unsere Landratskandidaten mit unserem Karl-Marx-Platz beschäftigen. Also manchmal verliere ich das Verständnis für solche Kampagnen. Vielen Dank Herr Zinn, für diese Initialzündung für mich, daß ich heute nochmal ein bißchen Puls gekriegt habe.«

Personalaufwuchs

Bezugnehmend auf die Anfrage einer Fraktion in der September-StVV teilen wir mit, daß wir der dort zitierten Aussage »Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda« zustimmen. Wir verweisen darauf, daß es diverse gesetzliche Regelungen gibt, nach denen Nazi-Propaganda ausdrücklich verboten ist. Möglicherweise gibt es Stadtverordnete, die das nicht wissen. Daher regen wir an, daß die Stadtverwaltung entsprechende rechtliche Weiterbildungen für die Mitglieder der städtischen Gremien anbietet.

Aktuell wird in den städtischen Gremien über die Aufstellung eines kommunalen Wärmeplans diskutiert. Zu den Folgen des Erwerbs des Eberswalder Holzkraftwerkes durch die Kreiswerke Barnim liegen noch keine konkreten Informationen vor. Ein Teil der bisher ungenutzten Abwärme soll künftig als Fernwärme in den Wohngebieten der Stadt Eberswalde genutzt werden. Das erfordert aber erhebliche Investitionen, die sich auf den Preis der so erzeugten Fernwärme auswirken werden.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, hier zeitnah für Klarheit zu sorgen. Eine weitere Preisspirale der Energiekosten für die betroffenen Eberswalderinnen und Eberswalder ist für unsere Fraktion nicht akzeptabel.

Verschiedene Initiativen in Eberswalde, darunter in der Clara-Zetkin-Siedlung, konnten über das »Bürgerbudget« Mittel zur Umsetzung ihrer Projekte akquirieren. Teilweise handelt es sich dabei um städtische Aufgaben, für die im normalen Haushaltsplan die Mittel zur Umsetzung fehlen. Leider ist hier nicht mit Besserung zu rechnen. Zudem laufen Förderprogramme wie LEADER aus, mit der konkreten Folge, daß für das von uns vorgeschlagene Gemeindehaus in der Clara-Zetkin-Siedlung auf städtische Eigenmittel zurückgegriffen werden müßte. Hilfe von Bund und Land kann nicht erwartet werden, weil dort ganz andere Prioritäten gesetzt werden.

Ein weiterer Schritt zur Kriegstüchtigkeit ist in Eberswalde gelungen. Seit Oktober funktionieren im Stadtgebiet mehrere Sirenen. Dabei ist der Katastrophen- und Zivilschutz im Kriegsfall Aufgabe des Landkreises, wie der Bürgermeister jüngst informierte.

Die schwierige Haushaltslage der Stadt ist aber nicht nur systemisch bedingt, sondern auch hausgemacht. Die Digitalisierung soll eigentlich Bürokratie abbauen. Tatsächlich kamen in den vergangenen Jahren in der Verwaltung etwa 120 Personalstellen hinzu, mit Mehraufwendungen von mehr als 7 Millionen Euro pro Jahr. Nur ein Teil davon geht auf Erweiterungen im Kita-, Schul- und Sozialbereich oder bei der Feuerwehr zurück.

Dies sollte im Haushaltsplan 2026/27 berücksichtigt werden.

Bäume!

Bernau (bbp-ber). Als im Beisein zahlreicher Anwohner am 6. Juni 2025 nach zweijähriger Bauzeit die August-Bebel-Straße in Bernau wieder für den Verkehr freigegeben wurde, gab es weder einen Fahrradstreifen, noch war auch nur ein einziger der gefälltten über einhundertjährigen Linden ersetzt worden. Ersatzweise glänzte entlang der L30 eine Wildblumenmischung den Sommer lang als bunter Trost.

Der grundhafte Ausbau der August-Bebel-Straße umfaßte zuvor die Erneuerung der Fahrbahn mit einer Gesamtlänge von 335 Metern und einer Breite von 6,50 Metern. Außerdem wurde ein einseitiger Parkstreifen und beidseits die Gehwege wieder neu angelegt, alle Grundstückszufahrten ausgebaut und die Bushaltestellen vorbildlich barrierefrei gestaltet. Das Erneuern der Straßenentwässerung und der Nebenanlagen sowie dem durchgängigen Verbau einer Fernwärmetrasse sowie Glasfaserkabeln gehörte ebenfalls direkt oder mittelbar zum Maßnahmenpaket.

Nachdem es sich zum Sommerausgang herausstellte, daß eine geteilte Gehwegnutzung für Radler und Fußgänger der von der UVB einzig erlaubte Weg ist, um Radfahrern sicheres Geleit zu geben, wurde die entsprechende Beschilderung so ausgeführt.

Der Schlußpunkt ist die am 17. und 18. November von einer Schwedter Firma abschnittsweise bei Temperaturen knapp über Null grad realisierte Neubepflanzung mit Bäumen. Robuste Pyramiden-Hainbuchen und Säulen-Eichen, 20 an der Zahl, jeweils 15 Jahre alt, zieren nun den schmalen Steg zwischen Fuß- und Radweg sowie Straße.

»Gegenwärtig ist Pflanzzeit. Deshalb bringt die Firma Schwedter Landschaftsbau die Bäume jetzt in die Erde«, berichtet Marika Herbert vom Sachgebiet Tiefbau/Grünflächen des städtischen Bauamts. »Wir lassen auch genügend Platz, damit sich die Frühblüher wie Tulpen, Narzissen, Winterlinge und Krokusse wohl fühlen und im nächsten Jahr ihre volle Pracht entfalten können«, verrät ein Mitarbeiter der Schwedter Landschaftsbau GmbH.



Foto: Thomas Tobler

Lobetaler Radweg mit Hindernissen

Wie sich Behörden im Barnim gegenseitig das Wasser abgraben



Foto: Pressestelle der Stadt Bernau / AU

Diese schmale Slalomspisten auf dem Lobetaler Radweg teilen sich bisher alle Verkehrsteilnehmer.

Bernau (bbp-ber). Am 2. Oktober veröffentlichten BVB/Freie Wähler Bernau in Facebook ein Statement zum Planungsstand der lang erwarteten Lösung im Radverkehr auf einem Teilabschnitt des Fernradweges Berlin-Usedom:

»Gute Nachrichten für alle Radfahrer in Bernau! Wir kämpfen seit Jahren für einen neuen Radweg zwischen Ladeburg und Lobetal – und es geht voran!

Die Eckdaten, bis Ende 2025: Planung fertig, ab 2026: Bau startet (mit Beleuchtung), die Finanzierung steht. Heißt: Der Radweg kommt! Und wir bleiben dran, damit's wirklich passiert.

Doch der Landkreis Barnim funkt dazwischen: Er hat die Aberkennung der aktuell bestehenden Fahrradstraße angeordnet.

Das ist ein riesiger Rückschritt für sichere Schulwege, nachhaltige Mobilität und den Tourismus. Aber nicht mit uns! Wir fordern in Stadt und Kreis: Die Fahrradstraße zwischen Ladeburg und Lobetal muß bis zur Fertigstellung des neuen Radwegs bleiben!

Mit dem Landkreis ist die untere Verkehrsbehörde in Eberswalde gemeint, die in kreislicher Funktion Regelungen dieser Art tätigen darf, wobei fallweise alle Verkehrslastträger, wie z.B. Kommunen, durch ein Beteiligungsverfahren lediglich formal etwas zu sagen haben, aber letztendlich nicht entscheiden, sondern immer nur Bittsteller sind. Zu der genannten und seit Jahren diskutierten Frage wurde bereits viel kommentiert und nun ebenso wieder.

So lesen wir etwa »Wie kann man im November eine (Verkehrs-)Zählung der Radfahrer auf der ehemaligen Fahrradstraße vornehmen. Was ist das für ein Schwachsinn?«

Antwort BVB/Freie Wähler: »Das ist ja Teil der Kritik. Daß die letzte Zählung aus einem nicht repräsentativen Monat stammt.«

Oder: »In Bernau spielen die Radfahrer leider eine untergeordnete Rolle.« Oder diese Meinung. Sie zeigt den kompletten Schlamassel

besonders kritisch: »Es ist eine Schande, daß Mitarbeiter von Kreisbehörden eigene weit von der Realität entfernte Vorstellungen entwickeln und sogar durchsetzen dürfen, statt sich den Erfordernissen zu stellen, die seit Jahr und Tag in der Kommune zu beobachten sind.

Allein die Aberkennung des Status der weit über zehn Jahre gültigen und bewährten Fahrradstraße Ladeburg – Lobetal spricht Bände. Die untere Straßenverkehrsbehörde ist sich auch in anderen Fällen nicht zu schade, ihre Entscheidungen auf Kosten ohnehin benachteiligter Verkehrsteilnehmer (Gefährdung von Leib und Leben) sowie auch von Anwohnern (Durchrasen ist erlaubt) zu treffen.

Etwaige Widersprüche der jeweils anderen Behörden oder von Betroffenen versickern regulär im Ungewissen, ohne daß diese eine rechtliche Handhabe nutzen könnten. Termine? Verbindlichkeiten? Vergessen Sie es!

Zur Aktivität des Stadtparlaments kam die Frage: »Und was sagt dazu der politische Raum? Der ist selig und zufrieden. Den Bernauer Stadtverordneten, so mein Eindruck, sind zusätzliche Regeln, wie zum Beispiel eine örtliche Satzung zur Verkehrs- und Lärmentwicklung oder eine zur Regulierung des Parkraums zweckdienlich auf die Beine zu stellen, bislang herzlich egal.

Zudem frage ich mich, wo eigentlich die Idee geblieben ist, daß sich speziell Bernau als große Kommune eine eigene Verkehrsbehörde zulegt, die vor Ort agiert und nicht hinter den sieben Bergen?»

Ein solches Feuerwerk von Lösungsansätzen hat offenbar selbst die verkehrspolitisch vernehmbarste Fraktion in Bernau noch nicht in Angriff genommen. Zumindest hinsichtlich der eigenen Verkehrsbehörde könnte ein Blick in die Kreisstadt hilfreich sein. Eberswalde leistet sich seit 1990 im Baudezernat eine eigene untere Verkehrsbehörde. Die Kritik an deren Arbeit hält sich in sehr engen Grenzen.

PV-Anlage gegen den Bürgerwillen?

Einwohnerbefragung mit hoher Beteiligung, Klandorfer gegen Freiflächen-PV

Klandorf (bbp-sw). Der vorhabenbezogene Bebauungsplan (VBP) Nr. 801 »Freiflächen-solaranlage Klandorf« im Ortsteil Klandorf wurde am 15. Oktober in namentlicher Abstimmung der Gemeindevertretung Schorfheide mehrheitlich beschlossen.

Von den 16 Gemeindevertretern waren 13 anwesend. Gegen die Vorlage stimmten Dr. Andreas Steiner, Alexander Regling (beide Fraktion Frischer Wind für Schorfheide) und Sven Weller (fraktionslos, Freie Wähler Schorfheide). Daniel Rex (WIR) und Henry Pepinski (Die Linke) enthielten sich. Für die Mehrheit sorgten die Gemeindevertreter vom Bündnis Schorfheide, deren Fraktion auch Denny Klauder von der SPD angehört, sowie Andreas Zeidler (WIR).

Dies trotz einer klaren Entscheidung der Einwohner von Klandorf gegen die geplante Photovoltaik-Anlage. Darauf, daß eine solche Einwohnerbefragung über den Sommer per Brief stattfinden sollte, hatte sich die Gemeindevertretung zuvor geeinigt. Zugleich fanden mehrere Veranstaltungen des Ortsbeirates Klandorf und des Investors statt, um über das geplante Projekt bei Klandorf zu informieren und zu diskutieren.

Das Interesse daran zeigte sich auch durch die rege Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner an den Sitzungen der Ausschüsse und der Gemeindevertretung sowie an der hohen Beteiligung bei der Einwohnerbefragung. Insgesamt hatten mehr als 74 Prozent

der 207 von der Verwaltung angeschriebenen Einwohner ihr Votum abgegeben. Dabei sind auch Bürger angeschrieben worden, die nur ihren Zweitwohnsitz in Klandorf haben. Mit 71 Stimmen für das geplante Vorhaben und 80 Stimmen dagegen fiel das Ergebnis knapp, jedoch angesichts der hohen Beteiligung auch klar aus.

Die Befürworter brachten Argumente vor, wie zum Beispiel die höheren Gewerbesteuer-einnahmen, wobei die Größenordnung unbekannt blieb. Argumente dagegen, wie das Warten auf den PV-Kriterienkatalog, den die Gemeindevertretung gemeinsam mit der Verwaltung in einer Arbeitsgruppe erst erarbeitet, wurden in der Diskussion beiseite geschoben. Auch wollte sich die Mehrheit keine weitere Zeit nehmen, um die Vorteile für die Bürger und der Gemeinde besser herauszuarbeiten, um damit die Bürger besser mitzunehmen.

Die angesagte Energiewende wie auch der Druck durch Investoren auf weiteres Ackerland für die Nutzung durch Photovoltaik und Windrädern macht auch vor Schorfheide nicht halt. Dies sehen auch viele der Gegner der Freiflächen-solaranlage ein. Ihren Unmut, ins Grüne zu ziehen, wo die Natur und die Landwirtschaft noch intakt, aber nun durch solche Bauwerke bedroht wird, machten die Bürgerinnen und Bürger in der Einwohnerfragestunde sehr deutlich. Am Ergebnis der Abstimmung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan änderte das am Ende nichts.

Kommentiert

Wozu eine Einwohnerbefragung machen, wenn sich die Gemeindevertretung nicht an das Ergebnis hält? Mit einem Ergebnis, welches zugegeben knapp, jedoch klar ist?

Die Mehrheit der Bürger möchte die geplante Photovoltaikanlage nahe Klandorf nicht. Die Abgeordneten der Gemeindevertretung sind am Ende natürlich frei in ihrer Entscheidung. Sie müssen sich nicht an so eine seltene, jedoch umfassende Einwohnerbefragung halten. Mit Blick auf die möglichen Gewerbesteuer-einnahmen ist das durchaus überlegenswert. Wie hoch diese sein werden in Zeiten knapper Gemeindekassen, blieb offen. Daß der Investor mit allen Wassern gewaschen ist, und in Finowfurt bereits seit Jahrzehnten eine solche Anlage seriös betreibt, kommt dazu.

Was haben die Klandorfer konkret von solch einer PV-Anlage vor ihrer Haustür? Günstige Energie? Mehr Geld für Ortsbelange? Dies blieb leider genauso unbeantwortet wie die Frage, nach welchen Richtlinien die Gemeinde solche Anlagen künftig zulassen oder ablehnen wird. Die neu gegründete Arbeitsgruppe PV arbeitet derzeit sehr konstruktiv an so einem Kriterienkatalog. Bedauerlicherweise wird auf diesen Katalog nicht gewartet. Eine erneute Vertagung lehnte die Mehrheit der Gemeindevertreter ab. Mehr Zeit, um mögliche Vorteile durch der PV-Anlage für Klandorf und Schorfheide aufzuzeigen, wäre der bessere Weg gewesen. Bei einer Beteiligung von weit über 70 Prozent an der Einwohnerbefragung ist das eine weitere Mißachtung des klaren Bürgerwillen.

SVEN WELLER

Oberschule Finowfurt abgeben?

Finowfurt (bbp-sw). Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde Schorfheide führte bereits im Frühsommer zu verschiedenen Überlegungen, Einsparungen bei großen Haushaltsposten vorzunehmen. Ein solcher Posten ist die Oberschule in Finowfurt. Im Herbst legte nun die Verwaltung Zahlen vor. Sie hat errechnet, was die Oberschule der Gemeinde in jedem Jahr kostet.

Mit rund 570.000 Euro stellen diese Kosten einen erheblichen Ausgabeposten im Schorfheider Gemeindehaushalt dar. Dabei bezahle die Gemeinde den vollen Kreisumlagesatz an den Landkreis Barnim, der daraus unter anderem auch seine vielen weiterführenden Schulen unterhält.

Die Gemeinde zahle daher doppelt, so die Schlußfolgerung. Einerseits für die Schulen des Landkreises, andererseits für die eigene Oberschule, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich vom Landkreis zu erhalten.

Zu den laufenden jährlichen Kosten kommen die nötigen Investitionen in die Gebäu-

de, die Heizung, die Klassenräume und vieles mehr dazu. Erst kürzlich wurden 2,5 Millionen Euro, davon allerdings der größere Teil aus Fördergeldern, in das WAT Gebäude investiert. Das sind Gelder, die der Landkreis bei einer etwaigen Übernahme nicht an die Gemeinde zurückzahlen würde, da beim Übergang von Schulen an andere öffentliche Träger eine kostenfreie Übertragung aller Gebäude und Grundstücke erfolgt.

Dies bedeutet, alle bisherigen Investitionen der Gemeinde in den vergangenen Jahrzehnten für die Herrichtung einer vollwertigen weiterführenden Schule blieben ohne eine angemessene Ablöse.

Auch wenn der Landrat in der Oktober-sitzung des Kreistages Barnim bereits kommuniziert hatte, daß die Gemeinde Schorfheide die Oberschule abgeben möchte, befinden sich die Diskussionen unter den Gemeindevertretern erst am Anfang. Der Ortsbeirat Finowfurt hat bereits seinen Widerstand signalisiert.

Kita Eichhorst vor dem Aus?

Eichhorst (bbp-sw). Die Gerüchte soll es bereits im Sommer gegeben haben. Die Gemeinde Schorfheide denke an die Schließung der siebzig Jahre alten Kita Löwenzahn im Ortsteil Eichhorst.

Grund dafür ist die stark nachlassende Zahl der Geburten mit der Folge vieler freier Plätze in den Kindertagesstätten der Gemeinde Schorfheide. Allerdings ist die naturnahe Kita in Eichhorst mit Garten im Wald, Englischunterricht und musikalischer Früherziehung zu nahezu 100 Prozent ausgelastet.

Die Gemeindeverwaltung argumentiert, daß die anstehenden Investitionen in Höhe von etwa 400.000 Euro, die für die Eichhorster Kita in absehbarer Zeit dringend notwendig sind, mit Blick auf den deutlich sinkenden Bedarf an Kitaplätzen aktuell zu viel für die Gemeinde sind. Hinzu komme, daß nur sehr wenige Kinder direkt aus Eichhorst in diese Kita gehen. Der Träger, die Kinder- und Jugendhilfe Schorfheide gGmbH (Buckow), hat vor, diese 28 Plätze direkt in Buckow anzusiedeln.

Kalligrafie eroberte Bernauer Schaufenster

Lese- und Veranstaltungstage locken in die Innenstadt

Bernau (bbp-ber). Im Rahmen der Lese- und Veranstaltungstage wurden bereits zum sechsten Mal Schaufenster in der Bernauer Innenstadt mit Zitaten kalligrafisch in Szene gesetzt. Für die Gestaltung konnte erneut die Illustratorin, Kreativbuch-Autorin und Designerin Christin Stapff gewonnen werden.

Die Lese- und Veranstaltungstage markieren traditionell den Abschluß der Aktion »Bernau liest ein Buch«. Im Mittelpunkt der stadtweiten Aktion stand seit dem Welttag des Buches am 23. April der Roman »25 letzte Sommer« von Stephan Schäfer. Vom 2. bis 24. November boten die Lese- und Veranstaltungstage nun ein abwechslungsreiches Programm mit 14 Veranstaltungen an sieben Orten für Jung und Alt.

Auch die Gewerbetreibenden der Werbegemeinschaft »Bernauer Innenstadt – bewußt hier!« beteiligten sich erneut mit einer literarischen Schaufensterroute. Passend zum diesjährigen Buch »25 letzte Sommer« sind an den Schaufenstern kalligrafisch gestaltete Zitate aus dem Roman zu entdecken.

»Es ist großartig, daß sich wieder so viele Gewerbetreibende an der Schaufensteraktion beteiligen. In der Bernauer Innenstadt warten

zehn besondere Zitate darauf, entdeckt zu werden«, so Nils Lönies, Citymanager der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH.

Die Schaufensterroute wird innerhalb der Gebietskulisse »Aktives Stadtzentrum Bernau« durch das Citymanagement organisiert. Ziel des Citymanagements ist es, die Attraktivität der Innenstadt zu stärken und deren Profil als

wichtigen Wirtschaftsstandort im gesamten Barnim zu schärfen. Dabei steht eine enge Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure der Innenstadt, insbesondere der Gewerbetreibenden, im Vordergrund. Finanziert wird das Citymanagement über Fördergelder der Städtebauförderung des Bund-Länder-Programms »Lebendige Zentren«.



Ladeninhaberin der Buchhandlung »Schatzinsel« Silvia Pyrlík und die Künstlerin Christin Stapff.

Tempo 30 Im Blumenhag

Bernau (bbp-ber). Anwohner der Straße Im Blumenhag berichten seit langem und vermehrt von überhöhten Geschwindigkeiten und hohem Verkehrsaufkommen – besonders in direkter Nähe zur Kita Sternkieker und der Zuwegung zur Grundschule am Blumenhag. Und das, obwohl vor geraumer Zeit eine Tempo-30-Zone für mehr Verkehrssicherheit und zur Lärminderung Im Blumenhag eingerichtet wurde.

Um den Hinweisen der Anwohner fundiert nachzugehen, beantragte die Fraktion BVB/ Freie Wähler in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung die Durchführung stiller Verkehrsmessungen. Für einen Zeitraum von etwa 10 bis 14 Tagen – außerhalb der Schulferien – sollen im Bereich der Kita Sternkieker und der hinteren Zuwegung zur Grundschule am Blumenhag sowohl das Verkehrsaufkommen als auch die gefährlichen Geschwindigkeiten mit unauffälligen Meßgeräten erfaßt werden, die Fahrer nicht erkennen. Péter Vida, von BVB/Freie Wähler sagt zur Situation: »Sicherheit im Straßenverkehr ist kein Luxus – sie ist Pflicht. Gerade der Schutz unserer Kinder durch größtmögliche Maßnahmen zur Verkehrssicherheit liegt uns am Herzen. Aber auch mehr Lärmschutz ist für die Gesundheit aller Anwohner im Blumenhag zwingend geboten.«

Abschluß zum Wolf-Jahr 2025

Bernau (bbp-ber). Mit einer Kranzniederlegung zum Geburtstag von Konrad Wolf am 20. Oktober an der Gedenkstätte nahe der Bernauer Stadtmauer sowie einer finalen Lesung am 15. Oktober mit Hans-Eckardt Wenzel in der Bernauer Stadthalle fanden die Veranstaltungen, die an den Ehrenbürger Bernaus erinnern, ihren Abschluß. Nicht nur im Treff 23, sondern auch im Besucherzentrum Bernau für das UNESCO-Welterbe Bauhaus werden noch bis zum Jahresende zentrale Werke des Regisseurs gezeigt, die sein filmisches Schaffen und seine gesellschaftliche Haltung eindrucksvoll doku-

mentieren. In Kooperation mit dem Urania Barnim e.V. sowie weiteren Partnerinnen und Partnern erinnerte die Stadt Bernau 2025 mit mehreren Veranstaltungen an Leben und Werk Konrad Wolfs. Für die Zukunft wird auch bleiben, daß ein kleines Team eine filmische Dokumentation zu den Verbindungen Bernaus mit Konrad Wolf erstellt hat. Hierzu haben die Akteure einen speziell ausgerichteten Stadtrundgang verfolgt, der im Herbst unter der Moderation der bekannten Stadtführerin Beate Modisch stattfand. Der Film kann bei youtube öffentlich genutzt werden. (Link: [ogdye/edaa](https://www.youtube.com/watch?v=ogdye/edaa))

65 Stadtführungen im Jahr 2026

Bernau (best). Die Tourist-Information Bernau lädt 2026 mit einem abwechslungsreichen Führungsprogramm dazu ein, die Stadt auf besondere Weise zu erleben: Ob kulinarische Touren, kostümierte Rundgänge oder klassische Stadtführungen – alle Angebote eröffnen spannende Einblicke in die Geschichte und Kultur von Bernau.

Insgesamt sind mehr als 65 feste Stadtführungen geplant. Den Auftakt bilden die ersten beiden Termine am 17. und 24. Januar 2026. Jeweils um 11.30 Uhr laden die Guides zu einer rund 90-minütigen Entdeckungstour ein, die zu den Höhepunkten und Geschichten der Stadt führt. Treffpunkt ist die Tourist-Information Bernau (Bürgermeisterstraße 4).

Buslinie 920 vor ungewisser Zukunft

Ziethen/Eberswalde (bbp-sw). Auf Einladung der Bürgerinitiative »Fortführung Bus-Ring Uckermark-Barnim« trafen sich im Juli des Jahres Vertreter der Barnimer und Uckermark-Kommunalpolitik im Eiszeitmuseum in Groß Ziethen, um über den Fortbestand der Buslinie 920 zwischen Joachimsthal und Angermünde zu debattieren. Mit dabei war auch der in der Kreisverwaltung Barnim dafür zuständige Beigeordnete HOLGER LAMPE.

In der sachlichen Diskussion wurde schnell klar, daß diese Buslinie auch über den 31. Mai 2026 hinaus mit dem jetzigen Angebot erhalten bleiben sollte. Der Rückzug des Landes bei der Finanzierung des groß gefeierten PlusBus-Rings macht diesen Wunsch jedoch schwierig. Ab Juni 2026 müssen die Landkreise Barnim und Uckermark die Finanzierung für die vier Buslinien des Rings wieder alleine übernehmen. Die Buslinie 920 wird als PlusBus-Linie verstanden, stellt jedoch wegen fehlender Parameter keine solche dar. Doch das Angebot, auch am Wochenende in einem Stundentakt zwischen Joachimsthal und Angermünde fahren zu können, wurde gut angenommen. Die Menschen stellten langsam ihr Leben darauf ein.

Um diese Daseinsvorsorge auch über den Mai 2026 hinaus nutzen zu können, und dies nicht nur als einfache Schulbuslinie, wird eine Finanzierung durch die beiden Landkreise erforderlich. Im Zuge der Haushaltsdebatte für das Jahr 2026 brachte die Fraktion BVB/Freie Wähler deshalb einen Antrag in den Kreistag ein, der die Aufstockung der Barnimer Finanzmittel für die Linie vorsah und zugleich die Verwaltung aufforderte, intensive Gespräche zum Erhalt des jetzigen Angebotes auf dieser Linie zu führen.

Die Kosten der jetzigen Buslinie 920 mit dem Stundentakt auch am Wochenende belaufen sich nach Auskunft des Landkreises Barnim auf etwa 750.000 Euro im Jahr. Diese Summe ist für eine einzige Linie ein sehr hoher Kostenaufwand. Gemessen an der Wichtigkeit dieser Linie im ländlichen Nordbarnim, zum Beispiel als Zubringer zum RB63 in Joachimsthal und zum RE3 in Angermünde, ist es jedoch für viele Kreistagsabgeordnete eine wichtige und sinnvolle Maßnahme.

Die 21 Fürsprecher reichten jedoch nicht aus. Eine Mehrheit von 25 Kreistagsabgeordneten stimmte dagegen. Die AfD-Fraktion votierte, anders als zur Podiumsdiskussion in Groß Ziethen angekündigt, mehrheitlich dagegen, die CDU hingegen mehrheitlich dafür. Die Fraktionen der Bündnisgrünen, SPD und der Linken konnte der Finanzierungsantrag nicht überzeugen.

So bleibt abzuwarten, mit welchem Angebot und zu welchen Kosten die Buslinie 920 über den Mai 2026 hinaus weiter geführt werden kann. Die Barnimer Busgesellschaft (BBG) arbeitet derzeit dazu Möglichkeiten aus. Ohne eine externe Finanzierung wird die BBG, das steht fest, das bürgerfreundliche Angebot mit einem geregelten Takt auch am Wochenende nicht halten können.

Chance leichtfertig verschenkt

Die Regionalbahnlinie RB63 zwischen Templin und Joachimsthal wurde Ende 2022 eingestellt und dies bei deutlich steigender Nachfrage, nachdem zuvor die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen die Nutzung beschränkt hatten. Das Land feierte mit der Uckermark und dem Landkreis Barnim zusammen den großen Plusbus-Ring Angermünde – Prenzlau – Templin – Joachimsthal – Angermünde und finanzierte diese Fahrleistungen mit einem Zuschuß pro Kilometer. Dennoch blieb schon damals der Großteil der Finanzierung an den beiden Landkreisen hängen.

Nun läuft am 31. Mai kommenden Jahres diese Landesförderung aus und die Landkreise müssen sich überlegen, ob und wie sie mit ihren Haushaltsmitteln den ÖPNV aufrecht erhalten können und wenn ja, ob es PlusBus-Angebote sein müssen oder doch wieder nur aufgemotzte Schulbuslinien mit zwei oder

drei Fahrten mehr am Tag für alle anderen, um zum Einkaufen, zum Arzt oder zu Kulturveranstaltungen fahren zu können.

Soziale Teilhabe sieht anders aus. Gleichstellung vom urbanen und ländlichen Regionen auch. Die Stärkung des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) durch gezielte Zubringer, wie es sehr erfolgreich mit der Buslinie 920 praktiziert wurde, steht wieder einmal vor dem Aus. Da hilft auch kein abgespecktes Angebot, welches mehr schlecht als recht den Verlust wird abmildern müssen. Rufbusse sind keine Alternative. Nur wenn Busse verlässlich fahren und den Umstieg in den Zug pünktlich erreichen, werden die Menschen ihr Leben danach ausrichten. Das erfordert Vertrauen, welches nun ein zweites Mal in dieser Region zerstört wird.

Der Kreistag Barnim hätte zumindest ein klares Zeichen setzen können, um seinen Teil der Daseinsvorsorge im nördlichen, ländlich geprägten Barnim zu erfüllen. Das wurde leichtfertig verschenkt. Trotz aller Zustimmungsbekundungen im Sommer!

SVEN WELLER

Guter Verkehr für alle

Die Wählervereinigung Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen (BVB/Freie Wähler) fordert eine grundlegende Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Brandenburg. Ziel ist ein flächendeckendes, barrierefreies und attraktives Mobilitätsangebot für alle – auch im ländlichen Raum.

In vielen Regionen Brandenburgs fährt kaum ein Bus, oft nur ein Schulbus. Das ist kein ausreichendes Mobilitätsangebot. Es verhindert den Umstieg vom Auto auf Bus oder Bahn. Doch Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, für den Weg zur Arbeit, zum Arzt oder für den Zugang zu Bildung und Kultur. Der ÖPNV ist somit Teil der Daseinsvorsorge.

Deswegen setzen wir uns dafür ein, jährlich zusätzliche 100 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt in den Schienen- und Busverkehr zu investieren. Ziel muß es sein, daß Busse und Bahnen im ganzen Land täglich von 4 bis 24 Uhr im Taktverkehr verkehren und die Metropole Berlin aus allen Landesteilen Brandenburgs in 60 bis 90 Minuten erreichbar ist.

Daneben kämpfen wir für den Zehn-Minuten-Takt der Berliner S-Bahn auf allen Zweigen bis nach Brandenburg sowie den Ausbau und die Reaktivierung von Bahnstrecken und Haltepunkten. Auch eine engere Taktung in den Abendstunden und an Wochenenden steht auf der Agenda.

Die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV darf nicht auf einzelne Strecken beschränkt betrachtet werden. »Kleine Nebenstrecken stärken das Gesamtnetz«, so der BVB-FW-Landesvorsitzende Péter Vida. »Nur mit einem durchdachten, verlässlichen und gut abgestimmten Angebot von Bahn, PlusBus und Linienbus kann eine echte Verkehrswende gelingen.« Leider sollen nach aktuellen Plänen des Brandenburger Verkehrsministeriums künftig auf mehreren Strecken weniger Züge verkehren – insbesondere in den Randzeiten. Die Mittel, die für den ÖPNV aufgebracht werden, reichen bei weitem nicht aus. Kosten sparen heißt im ÖPNV immer, das Angebot zu kürzen – und das bei steigender Nachfrage. Das Land muß endlich mehr Geld bereitstellen, um überhaupt das derzeitige Angebot halten zu können.

Ein aktuelles Beispiel ist die kürzliche Einstellung der Regionalbahn RB63 in der Uckermark: Das Land kündigt erst PlusBus-Linien als Ersatz an, dann streicht es die hierzu nötigen Landeszuschüsse – und am Ende bleiben die Landkreise auf den Kosten sitzen, reduzieren die Linie oder stellen sie ganz ein. Die Bürger sind die Leidtragenden.

Fahrende Züge sind die beste Werbung. Ein attraktiver, verlässlicher und flächendeckender ÖPNV führt zu mehr Fahrgästen und sichert die Lebensqualität im ländlichen Raum.

SVEN WELLER | 11

Eiszeitmuseum

im Besucher- und Informationszentrum Geopark
Zur Mühle 51 · 16247 Ziethen · OT Groß Ziethen
www.eiszeitmuseum-ziethen.de

»Grün-Linkes Bündnis« Ahrensfelde: **Schülerhaushalt**

Mit deutlicher Mehrheit (16 von 22 Stimmen) beschloß die Gemeindevertretung Ahrensfelde im September den Antrag der Grün-Linken Fraktion auf Einführung eines Jugendetats. Damit ist der Weg frei für ein neues Beteiligungsinstrument für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde.

Unsere ursprüngliche Idee war es, einen Jugendetat für alle Ortsteile in Höhe von 10.000 Euro einzurichten. Nach intensiven Gesprächen mit der Jugendkoordinatorin entschieden wir uns jedoch, das Projekt in kleinen, aber wirksamen Schritten zu starten.

Ab dem Jahr 2026 wird der Jugendetat daher zunächst als Schülerhaushalt umgesetzt, mit einem Budget von insgesamt 2.000 Euro. Jeweils 1.000 Euro stehen der Grundschule Lindenberg sowie der Grund- und Oberschule Blumberg zur Verfügung. Damit können die Schülerinnen und Schüler eigene Ideen einbringen und mitbestimmen.

Das konkrete Umsetzungskonzept wird gemeinsam von der Jugendkoordinatorin und den Schülerinnen und Schülern erarbeitet. Nach einem Jahr wird das Projekt evaluiert, um zu prüfen, ob und wie es ausgeweitet werden soll, etwa auf weitere Schulen, Jugendclubs oder die gesamte Gemeinde, auch mit angepaßtem Budget.

Wir freuen uns sehr, daß Ahrensfelde diesen Schritt geht, die ursprüngliche Idee nicht verloren ist und nun in kleinen Schritten wachsen kann. So stärken wir die demokratische Mitbestimmung junger Menschen.

CHRISTINA EMMRICH (Die Linke)

JANA SCHENDERLEIN (Bündnis 90/Grüne)

Klimaanpassung

Eberswalde (bbp). Für den Bau des Regenwasserversickerungsbeckens zwischen Spechthausener und Uckermarkstraße wurden im Januar 2025 die im Wege stehenden Bäume gefällt.

Nun teilt die Stadtverwaltung auf Anfrage der im Viertel wohnenden Stadtverordneten IRENE KERSTEN (Die Linke) mit, daß derzeit an der Ausführungsplanung gearbeitet wird, wofür bis jetzt 24.000 Euro ausgegeben wurden. Der Baubeschluß und das öffentliche Ausschreibungsverfahren, das noch in diesem Jahr erfolgen soll, liegen den Stadtverordneten bereits vor. Mit dem Bau soll im Jahr 2026 begonnen werden. Die Gesamtkosten betragen etwa 427.000 Euro.

Die Ergänzung der Stadtteilpromenade Brandenburgisches Viertel zwischen Potsdamer Allee und Schwedter Straße sowie zwischen der Havellandstraße und Am Schwärzensee verursacht Gesamtkosten von etwa einer halben Million Euro. Die Planung soll 2026 und der Bau 2027 erfolgen.

Lösung im GLG-Streit

Eberswalde (bbp). Nach den Schließungsplänen für die Krankenhäuser Prenzlau und Angermünde, die dem kommunalen Krankenhauskonzern GLG (Gesellschaft für Leben und Gesundheit) gehören, war es zum Streit zwischen den Gesellschaftern (Landkreise Barnim und Uckermark sowie die Stadt Eberswalde) gekommen. Nun wurde eine einvernehmliche Übereinkunft gefunden.

Vor zwanzig Jahren hatte der Landkreis Uckermark beim Beitritt zum GLG-Konzern im Jahr 2005 seine Medizinisch-Soziales Zentrum Uckermark gGmbH (MSZU) in den Verbund eingebracht und dafür 25,1 % der GLG-Anteile erhalten. Nach der Übereinkunft bekommt der Landkreis Uckermark nun 87,5 % der Gesellschaftsanteile an der MSZU zurück und gibt im Gegenzug 8,2 % seiner Anteile an der GLG-Holding ab. Und zwar an die Holding, die somit Anteile an sich selbst erwirbt.

Der Landkreis Uckermark kann somit künftig über die weitere Entwicklung der MSZU –

und damit der beiden Krankenhäuser in Prenzlau und Angermünde – selbst bestimmen. Im Gegenzug verliert der Landkreis Uckermark seine bisherige Sperrminorität in der GLG-Holding.

In diesem Einigungsvertrag wird auch die bisher im Konzernverbund eher pragmatisch organisierte räumliche Verteilung verschiedener Angebote neu geregelt. So gehörte bisher beispielsweise die GLG-Praxis im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde organisatorisch zur MSZU. Die Kiezpraxis und die anderen betroffenen Einrichtungen werden künftig aus der MSZU ausgegliedert und einer anderen im räumlichen Umfeld agierenden GLG-Gesellschaft zugeordnet.

Die entsprechenden Beschlußvorlagen für die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde stehen in der ersten Dezemberhälfte (nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe) auf der Tagesordnung der jeweiligen Entscheidungsgremien.

Landratswahl 2026:

FDP Barnim unterstützt Sauer

Liberaler streben gemeinsamen Wahlvorschlag mit der CDU an

Schwerpunkt des Kreisparteitages der FDP Barnim am 22. November in Eberswalde waren die Beratungen über die Landratswahl im kommenden Jahr. Wir wollen diesmal bei der Landratswahl eine aktive Rolle spielen. Ich bin als Kreisvorsitzender vor zwei Jahren angetreten, um die FDP im Landkreis Barnim zu einer sichtbaren politischen Kraft zu machen.

Bereits Anfang des Jahres haben sich der SPD-Kandidat und amtierende Landrat Daniel Kurth und sein CDU-Herausforderer Daniel Sauer bei den Liberalen gemeldet und um Unterstützung geworben. Der Kreisvorstand hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Thema beschäftigt. Nachdem im Sommer feststand, daß die Liberalen keinen eigenen Kandidaten aufstellen würden, gab es im September intensive Gespräche mit den beiden Bewerbern. Anschließend hat sich der Kreisvorstand erneut beraten und entschieden, den Mitgliedern vorzuschlagen, den CDU-Bewerber zu unterstützen.

Unser Ziel ist ein gemeinsamer Wahlvorschlag mit der CDU. Nachdem der Landrat wieder als Kandidat von Rot-Rot-Grün ins Rennen geht, möchten wir den Barnimerinnen und Barnimern dazu eine Alternative aus der politischen Mitte anbieten.

Nach intensiver Aussprache, auch mit dem CDU-Mann Sauer, der als Gast zeitweise am Parteitag teilnahm, um sich und seine Ideen vorzustellen, gab es am Ende einen einstimmigen Beschluß der liberalen Basis.



Foto: Nico Wiermann (FDP Barnim)

Der FDP-Kreisvorsitzende Martin Hoeck, Landratskandidat Daniel Sauer (CDU) und die stellv. FDP-Kreisvorsitzende Wenke Surauf.

Daniel Sauer sagte nach dem einstimmigen Ergebnis: »Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen und werde es nicht enttäuschen. Lassen Sie uns gemeinsam das Paul-Wunderlich-Haus im kommenden Jahr für die demokratische Mitte gewinnen. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit den Liberalen.«

Die stellvertretende FDP-Kreisvorsitzende Wenke Surauf erklärte: »Für die FDP Barnim ist wichtig, daß Politik und Verwaltung nah an den Bürgerinnen und Bürgern agieren. Daniel Sauer will diese Verbindung stärken und den Landkreis Barnim zugleich zukunftsorientiert, transparent und wirtschaftlich weiterentwickeln. Deshalb unterstützen wir seine Kandidatur.«

MARTIN HOECK

Der Fellner-Nachfolger

Eberswalde (bbp). Der neue Dezernent für Bau und Stadtentwicklung Ilja Haub hat am 8. September sein Amt übernommen. Geboren in Filderstadt (Baden-Württemberg), studierte er Stadt- und Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Zuletzt leitete er die Abteilung »Städtebau und Wettbewerbe« bei der Machleidt GmbH in Berlin. Dort konnte er umfassende Erfahrungen in der Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbereiche und in der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse sammeln.

Besonders wichtig sind ihm dabei offene Kommunikation, Transparenz und ein Miteinander auf Augenhöhe. »Eine Stadt ist mehr als ihre Gebäude – sie ist Lebensraum, Begegnungsort und Ausdruck des gemeinschaftlichen Miteinanders. Wenn wir an die Entwicklung von Städten denken, dann geht es darum, den Alltag der Menschen zu verbessern, Lebensqualität zu sichern und konkrete Ideen in Räumen umzusetzen«, so Ilja Haub. »Ich bin überzeugt, daß wir frühzeitig alle relevanten Akteurinnen und Akteure mitnehmen müssen – von der Stadtpolitik über Initiativen bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern – erst dann entstehen Lö-



Ilja Haub, der neue Dezernent für Bau und Stadtentwicklung (li.) und Bürgermeister Götz Herrmann.

sungen, die von allen getragen werden. Beteiligung ist keine Fassade, sondern Teil des Fundaments verantwortungsvoller Stadtentwicklung.«

Als Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit sieht er die Stärkung Eberswaldes als selbstbewußtes, wachsendes Mittelzentrum mit wichtiger Versorgungsfunktion und vielfältigen Wohnangeboten. Ebenso im Fokus steht die Weiterentwicklung einer zukunftsorientierten, klimagerechten und gut vernetzten Infrastruktur – von lebendigen Stadträumen über urbane Natur bis hin zum Finowkanal, der als identitätsstiftendes Rückgrat die Stadtteile verbindet.

Integriertes Entwicklungskonzept

Eberswalde (bbp). Für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde wird derzeit an einem neuen Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) gearbeitet. Darüber informierte im Oktober die Leiterin des Stadtentwicklungsamtes Silke Leuschner die Mitglieder des städtischen Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), der seit einiger Zeit auch Fachausschuß 3 (F3) genannt wird.

Das IEK soll das Stadtteilentwicklungskonzept (STEK) von 2017 sowie das Integrierte Entwicklungskonzept von 2019 für das Brandenburgische Viertel fortführen und weiterentwickeln. Solch ein IEK ist »ein gebietsbezogenes, strategisches und umsetzungsorientiertes Instrument der Stadtentwicklung, in dem verschiedene Bereiche (sozialer Zusammenhalt, Wohnen, Mobilität und Infrastruktur) untersucht werden«, erläuterte die Amtsleiterin für Stadtentwicklung.

Eine Fortschreibung wurde notwendig, weil das Förderprogramm SOZIALE STADT/SOZIALE ZUSAMMENHALT, das dreißig Jahre lang die Grundlage für die Entwicklungen im Viertel bildete, im Jahr 2028 ausläuft. Allerdings soll das Programm SOZIALE ZUSAMMENHALT im Rahmen der Städtebauförderung auch danach weitergeführt bzw. neu aufgelegt werden. Ein neues IEK ist als Zielplanung Voraussetzung für die Beantragung neuer Förderungen. Im Rahmen des Programms können unter ande-

rem das Quartiersmanagement, die Sozialarbeit, Straßen- und Wegebau, Gebäudesanierung, Grün- und Freiflächen sowie soziale, kulturelle und Sportprojekte weiter gefördert werden.

Und es gibt auch interne Gründe, die für eine Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes sprechen, so Silke Leuschner. Nach vielen Jahren des Schrumpfens und des Rückbaus wächst das Viertel seit einigen Jahren wieder. Und dabei verändert es sich. Inzwischen sind die Sanierungen der Wohngebäude weit vorangeschritten, unter anderem im Rahmen der Kooperationsvereinbarung der Wohnungsgenossenschaft mit der Stadt und dem Land Brandenburg. Erste Neubauten sind entstanden, weitere sind geplant. Das Brandenburgische Viertel hat eine junge Sozialstruktur und inzwischen andere Herausforderungen als vor sieben Jahren.

Der Zuschlag für die Erarbeitung des IEK ging für 49.000 Euro an das Planungsbüro sla pa & die raumplaner gmbh aus Berlin. Im Oktober ging das Büro an die Arbeit, die im Juli 2026 abgeschlossen sein soll. Im Rahmen der IEK-Erarbeitung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Intergration der bestehenden Strukturen wie der Sprecherrat im Viertel, das Quartiersmanagement und der zuständige Fachausschuß der Stadtverordnetenversammlung vorgesehen

Kritik & Anregung

Am 19. November nutzten wir die Möglichkeit, mit dem neuen Baudezernenten Ilja Haub ins Gespräch zu kommen. Wir konnten zahlreiche Anliegen anbringen, wie das Bürgerbegegnungshaus in der Clara-Zetkin-Siedlung, die Schaffung von Trink- und Erfrischungsbrunnen und -plätzen oder mehr Engagement für die Begrünung von Fassaden und Dächern.

Auch unsere Kritik am Abrücken von den Inhalten der 2008er Verkehrsentwicklungsplanung nahm der Dezernent zur Kenntnis. Leider sind viele der 2008 aufgezeigten Möglichkeiten für eine Alternative zum Neubau der B167 als kreuzungsfreie Schnellstraße inzwischen durch neue Pläne und inzwischen fertiggestellte Bauten unmöglich gemacht oder doch erschwert worden. Nicht zuletzt wurde hier nochmals die Forderung vorgetragen, die zustimmende Stellungnahme durch die Stadt nach dem Vorbild der Nachbargemeinde Schorfheide rückgängig zu machen.

Zur Kommunalen Wärmeplanung merkte die Fraktion an, daß die Einbeziehung des Holzkraftwerks HoKaWe völlig falsche Prioritäten setzen würde. Die Holzverbrennung ist alles andere als umweltschonend und keineswegs klimaneutral. Die Nutzung der Abwärme für die Fernheizung erfordert enorme Investitionen in das Leitungsnetz mit der entsprechenden Gefahr steigender Preise für die Fernwärmenutzer. Schließlich nahm der Dezernent auch noch die Anregung, für nicht bauende Investoren die Grundsteuer C einzuführen, dankbar auf.

MIRKO WOLFGGRAMM

»Ärzteförderung verstetigen«

Eberswalde (bbp). Mittels Änderung der Haushaltssatzung 2026/2027 will die Fraktion SPD | BFE die sogenannte »Ärzteförderung« verlängern und das Budget auf 75.000 Euro pro Jahr erhöhen. Dem schloß sich inzwischen die Fraktion CDU/FDP/Bürgerfraktion an.

Die Förderrichtlinie zur Ansiedlung von Fachärzten sei »ein elementarer Stützpfiler, um dem akuten Problem des Ärztemangels, insbesondere im Bereich der Fachärzte, in Eberswalde erfolgreich entgegenzuwirken«, stellt Steve Rennert (SPD | BFE) fest. »Die Ärzteförderung hat entscheidend dazu beigetragen, eine Trendwende in der medizinischen Versorgung einzuleiten, was sich in der erfolgreichen Ansiedlung mehrerer Arztpraxen (Kinderärzte, Augenärzte etc.) widerspiegelt. Die Richtlinie wirkt also unbestritten.« Rennert bezeichnet die Ärzteförderung als »ein Eberswalder Erfolgsmodell, auf das unsere Stadt stolz sein kann«.

Bisher standen für die Förderung der Ansiedlung von Ärzten 50.000 Euro pro Haushaltsjahr zur Verfügung, mit denen jeweils zwei Ansiedlungen gefördert werden konnten. | 13

750 Trinkwasserbrunnen

Eberswalde (bbp). Für die sachkundige Einwohnerin im städtischen Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) Peggy Siegemund ist das Thema Trink- oder Erfrischungsbrunnen, dabei ganz speziell ein solcher Brunnen auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel, ein Dauerthema.

Inzwischen griff das DIE LINKE auf und hat einen Prüfauftrag in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung durchgebracht.

Im Zusammenhang gab es bereits vorab Informationen seitens der Stadtverwaltung, die zunächst feststellte, daß es der Stadt zur Zeit »finanziell und personell nicht möglich« sei, »öffentliche Trinkwasserbrunnen zu betreiben«. Was natürlich korrekt festgestellt ist, da der entsprechende Prüfauftrag, in dessen Folge womöglich die Stadtverordneten dafür finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen, gerade erst gestellt wurde.

Laut Aussagen der Stadtverwaltung würde die Einrichtung eines solchen Trinkbrunnens 16.000 Euro kosten. Hinzu kämen etwa 5.700 Euro jährlich für die Unterhaltung. Eine Delegation der Aufgabe an den Zweckverband Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) Eberswalde sei nicht möglich. Dieser habe das abgelehnt. Daher müsse die Stadt Eigentümerin sein, was dann auch die Verantwortung für den Betrieb, die Wartung und die regelmäßigen Kontrollen, Reinigungen etc. samt Einhaltung der Hygienevorschriften beinhalten würde.

»Halten wir also fest, so ein Trinkwasserbrunnen kostet 16.000 Euro«, so Peggy Siegemund. »Allein für den sogenannten Radbrückenschlag sind schlappe zwölf Millionen Euro eingeplant. Das würde für 750 Trinkwasserbrunnen reichen.«

Wind- und Solarenergie:

Kommunen profitieren stärker

Potsdam (bbp). Mit einem Erneuerbare-Energien-Sonderabgabengesetz (BbgEESG) will das Land Brandenburg erreichen, daß Kommunen künftig stärker von Wind- und Solarenergie profitieren. Das am 19. November vom Landtag beschlossene Gesetz faßt die bisher getrennten Regelungen für Windenergie- und Solarfreiflächenanlagen in einem einheitlichen Abgabesystem zusammen. Für Kommunen bedeute das klarere Strukturen, weniger Bürokratie und verlässliche Einnahmen, die vor Ort bleiben und für öffentliche Projekte, Beteiligungsmodelle oder lokale Infrastruktur genutzt werden können, heißt es. Für Solaranlagen bekommen die Kommunen entsprechend 2.000 Euro pro installierte Megawatt pro Jahr, während sich bei Windrädern diese Summe auf 5.000 Euro pro installierte Megawatt pro Jahr beläuft. Das Gesetz soll am 1. Januar 2026 in Kraft treten.

Anlieger müssen neue Gehwege bezahlen

Eberswalde (bbp). Der Gehweg in der Freienwalder Straße zwischen Waldstraße und der Hausnummer 65 ist lediglich mit Schotter befestigt. Durch das vorhandene Längsgefälle kam es im Laufe der Zeit zu Ausspülungen. Das veranlaßte MAXIMILIAN FRITSCH (AfD) zur Nachfrage im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt.

»Eine Reparatur des Gehweges ist erforderlich«, teilte der Baudezernent ILJA HAUB mit. »Im gesamten Stadtgebiet haben wir eine Vielzahl solcher Gehwegbefestigungen und Zustände.« Dennoch sei ein grundhafter Ausbau des Gehweges mittelfristig nicht geplant. Als Hauptgrund dafür nennt der Baudezernent den Umstand, daß es dann ein »erstmalig hergestellter Gehweg« wäre. Bei einem grundhaf-

ten Ausbau würde die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in Anwendung kommen, was bedeutet, daß die Anlieger 60 Prozent der Kosten tragen müßten. Die Mittel des Runden Tisches Geh- und Radwegsanierung aus dem Ergebnishaushalt dürfen ausschließlich für Reparaturen und die Erneuerung bestehender Geh- und Radwege verwendet werden. Für den Neubau von Geh- und Radwegen müssen die erforderlichen Eigenmittel im Investitionshaushalt zur Verfügung stehen.

Zur Verbesserung des Gehwegzustandes plane das Tiefbauamt, diesen Abschnitt im Rahmen der laufenden Unterhaltungsmaßnahmen bis Ende 2025 zu begradigen und Unebenheiten aufzufüllen.

Brosamen, über die sich jeder freut

Gut zwanzig Millionen Euro für Eberswalde aus den Sonderschulden

Potsdam/Eberswalde (bbp). Was mit der »Zeitenwende« des Olaf Scholz aus heutiger Sicht fast bescheiden begann (100 Milliarden Sonderschulden), setzt die aktuelle Koalition potenziert fort. Die einstige Schuldenbremse wurde noch vor der Inthronisierung des neuen Kanzlers für die Rüstungsausgaben komplett aufgehoben.

Zusätzlich wurden schuldenfinanzierte »Sondervermögen« in Höhe von einer Billion Euro auf den Weg gebracht, davon 500 Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen – also im wesentlichen der Herrichtung der Nachschubwege für den künftigen Krieg im Osten.

Damit die SPD und die Grünen bei diesem Hasard mitspielen, wurden einige Milliarden auch für die zivile »Infrastruktur und Klimaneutralität« abgezweigt, die über die Länder auch an die Kommunen verteilt werden. Brosamen, über die sich jeder freut.

Im Land Brandenburg haben sich die Vertreter von Land und Kommunen inzwischen »über die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität« verständigt. Ministerpräsident Dr. DIETMAR WOIDKE, Finanzminister ROBERT CRUMBACH sowie der Vorsitzende des Landkreistages, SIEGURD HEINZE, und der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Dr. OLIVER HERMANN, unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung. Die Kommunen sollen demnach über einen wesentlichen Anteil der Investitionssumme eigenständig verfügen können.

Rund drei Milliarden Euro bekommt Brandenburg aus den Sonderschulden der Bundesregierung. Die Hälfte davon erhalten die Kommunen zur weitgehend eigenverantwortlichen Verwendung für Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Brand- und Katastrophenschutz und Innere Sicherheit sowie Bildung und Sport. Die Landesregierung und die Kommunen haben sich zudem darauf geeinigt, gemeinsam in die Sicherung der Gesundheitsversorgung und den Ausbau der Digitalisierung zu investieren. Für die Umset-

zung der Krankenhausreform und die Stärkung einer verlässlichen medizinischen Versorgung sind 460 Millionen Euro vorgesehen. 40 Millionen Euro sollen in die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und den Einsatz von KI-Anwendungen fließen.

Aus dem kommunalen Anteil für Investitionen erhält der Landkreis Barnim rund 39,3 Millionen Euro, während die Gemeinden im Kreis etwa 81,4 Millionen Euro bekommen sollen. Die Stadt Eberswalde kann mit rund 20,2 Millionen Euro rechnen, die Gemeinde Schorfheide mit 3,6 Millionen Euro.

Ministerpräsident Woidke betonte: »Die Landesregierung und die kommunalen Spitzen sind sich einig. Es ist erneut ein Zeichen dafür, daß in Brandenburg Land und Kommunen die Dinge gemeinsam anpacken.«

Eine Milliarde der für Brandenburg bestimmten Sonderschulden verbleiben in der Verfügungsgewalt des Landes. Hier sollen 350 Millionen Euro vorwiegend für Landesstraßen und Brücken sowie die Umsetzung der Schienenvorhaben i2030 (www.i2030.de) eingesetzt werden. Für die schnellere Sanierung von Polizeiwachen und den Brand- und Katastrophenschutz stehen 200 Millionen Euro bereit. Für zügigere Investitionen in die Hochschullandschaft und studentisches Wohnen gibt es 150 Millionen Euro. Der »Goldene Plan Sport« kann mit 30 Millionen Euro aus dem Sondervermögen fortgesetzt werden. Zudem will das Land Maßnahmen im Umfang von bis zu 100 Millionen Euro bereits im laufenden Doppelhaushalt umsetzen. Weitere Maßnahmen im Umfang von 170 Millionen Euro werden im weiteren Verfahren konkretisiert.

SPD auf dem »Barnimer Weg«

Die SPD Barnim hat am 17. Oktober auf ihrem ordentlichen Unterbezirksparteitag in Klosterfelde die inhaltlichen und organisatorischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt und ihren Anspruch erneuert, den Landkreis weiterhin als gestaltende demokratische Kraft zu prägen. Mit der Verabschiedung des Leitantrags *»Der erfolgreiche Barnimer Weg – gemeinsam weiter«* richtet der Unterbezirk den Blick zuversichtlich nach vorn. Der Parteitag stand im Zeichen intensiver inhaltlicher Debatten, erster Weichenstellungen für die Landratswahl 2026 sowie einzelner Nachwahlen und feierlicher Ehrungen langjähriger Mitglieder.



V.l.n.r.: Wiebke Papenbrock (stellvertretende Landesvorsitzende), Mirco Tewes (neu gewählter Beisitzer aus Bernau), Martina Maxi Schmidt (Landtagsabgeordnete, bisherige Beisitzerin), Sebastian Thon (neu gewählter Beisitzer aus Groß Schönebeck), Kurt Fischer (Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Barnim)

Im Mittelpunkt der Antragsberatungen stand die Weiterentwicklung des »Barnimer Weges«, mit dem die SPD im Landkreis Wachstum, soziale Sicherheit und nachhaltige Modernisierung miteinander verbinden will. Der Unterbezirk machte deutlich, daß der Anspruch einer handlungsfähigen, bürgernahen und sozialen Politik nicht nur von Erfolgen der Vergangenheit lebt, sondern aus der Bereitschaft, sich kritisch zu hinterfragen und Kurskorrekturen vorzunehmen, wo sie notwendig sind. Gleichzeitig bekräftigte sie den Willen, diese Aufgaben entschlossen weiterzuführen und den Menschen im Landkreis konkrete Verbesserungen zu bringen.

Der Barnim ist heute ein erfolgreicher, lebenswerter Landkreis – und doch wissen wir, daß wir uns auf Erfolgen nicht ausruhen dürfen. Wir setzen auf Zusammenhalt statt Spaltung, auf Verantwortung statt Symbolpolitik und auf Lösungen statt lauter Überschriften. Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht, aber wir wissen auch, daß wir in manchen Bereichen schneller, mutiger und sichtbarer werden müssen. Genau dafür stehen wir ein: für Politik mit Haltung, Respekt und dem Anspruch, die Lebensqualität der Menschen im gesamten Landkreis weiter zu verbessern.

Der Leitantrag formuliert den Anspruch, den Barnim in den kommenden Jahren sozial gerecht, ökologisch verantwortlich und wirtschaftlich zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Besonders die Themen Bildung, sozialer Zusammenhalt, Ehrenamt, Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung stehen dabei im Vordergrund. Die SPD stellte klar, daß der Landkreis eine Politik brauche, die Brücken baut statt Gräben vertieft und die Chancen

des Wachstums allen Regionen zugutekommen läßt.

Mit Blick auf die Landratswahl 2026 nahm Landrat DANIEL KURTH die Linie des Parteitags auf und verband sie mit einem klaren Zukunftsversprechen: *»Der Barnim hat alle Voraussetzungen, seine Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Aber Erfolg ist kein Selbstläufer. Wir müssen überzeugend erklären, mutig gestalten und den Menschen Sicherheit geben, gerade in Zeiten der Verunsicherung. Ich lade die Bürgerinnen und Bürger ein, diesen Weg gemeinsam mit uns weiterzugehen – für starke Schulen, eine moderne Verwaltung, lebenswerte Orte und eine Entwicklung, die niemanden zurückläßt.«* Kurth betonte zugleich, daß demokratische Kräfte mehr denn je gefordert seien, zusammen zu arbeiten und Orientierung zu geben: *»Der Barnim braucht Lösungen – nicht Schlagworte. Verantwortung statt Vereinfachung. Und Respekt statt Lautstärke.«*

Die durchgeführten Nachwahlen, die der Parteitag mit großer Geschlossenheit vollzog, sollen die inhaltliche Arbeit im Unterbezirk weiter stärken. Neu in den Unterbezirksvorstand wurden als Beisitzer MIRCO TEWES aus dem Ortsverein Bernau und SEBASTIAN THON aus dem Ortsverein Joachimsthal-Schorfheide gewählt.

Der Unterbezirk zeigte sich nach den Beratungen und Beschlüssen überzeugt, gut vorbereitet in das politische Jahr 2026 zu gehen. Die SPD Barnim will geschlossen, bürgernah und glaubwürdig um Vertrauen werben – mit Mut zu neuen Ideen und der Bereitschaft, Fehler zu erkennen und besser zu machen als zuvor.

KURT FISCHER

BSW-Kreisverband

Bernau (bbp). Am 29. November trafen sich gut dreißig Menschen aus dem gesamten Landkreis Barnim in der Rotunde der Bernauer Grundschule am Blumenhag. Ihr Anliegen: die Gründung eines Kreisverbandes der Partei, die aktuell noch Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) heißt.

Die Formalien, wie der eigentliche Gründungsbeschluß und die Verabschiedung einer Satzung waren bald erledigt. Eine Besonderheit in der Satzung ist, daß die Wahlperiode für den Vorstand lediglich ein Jahr beträgt. Für den Anfang, bis sich der Kreisverband organisatorisch und personell gefestigt habe, hieß es. Zumal in den nächsten Monaten noch mit einer größeren Zahl an Neumitgliedern gerechnet wird, denn noch haben viele Unterstützerinnen und Unterstützer kein Parteibuch in der Tasche.

Auch die anschließende Vorstandswahl erbrachte gegenüber anderen Parteien etwas Besonderes. Dem neugewählten fünfköpfigen Vorstand gehören vier Frauen an, mithin eine Frauenquote von 80 Prozent, was ziemlich einzigartig in der bundesdeutschen Parteienlandschaft sein dürfte.

Als Vorsitzende wurde die Landtagsabgeordnete JENNY MEYER aus Bernau gewählt. Sie war vor ihrer Wahl in den Brandenburger Landtag als Chemikerin viele Jahre in der pharmazeutischen Qualitätssicherung tätig. Ihr zur Seite stehen REGINA SCHANNOWSKA aus Stolzenhagen, CAROLA KALTSCHMIDT und die 22jährige Studentin ANASTASIA SCHULZ. Als einziger Mann darf JAN KLOSE aus Zepernick immerhin die Kasse des Kreisverbandes verwalten, bekam dann aber eine weibliche Aufsicht. Zur Rechnungsprüferin wählten die Barnimer BSW-Mitglieder die Mediaplanerin JANIN HÖHNE aus Bernau.

Die Erwartungen der lokalen Tageszeitung, die sich skandalträchtige Details aus der BSW-Fraktion in Potsdam erhoffte, blieben unerfüllt. Darüber wurde am Ende nichtöffentlich informiert und diskutiert. Die Pläne für die nähere Zukunft sind zunächst pragmatisch. Eine Spielzeugsammelaktion geht gerade ins Finale. Die Barnimer BSWler wollen zudem mittels Infoständen direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt kommen. Für die Kommunikation nach innen und außen ist eine Kreiszeitung in Planung, die mindestens einmal im Quartal erscheinen soll. Zu den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen des Barnimer Landrates und des Bürgermeisters in Panketal will der Vorstand bis Januar Positionen formulieren.

Am selben Tag gründeten sich auch in den Kreisen Prignitz und Oberhavel BSW-Kreisverbände. Bereits Mitte November fanden Gründungsversammlungen in Brandenburg an der Havel und im Kreis Märkisch-Oderland statt.

Kreisliche Wohnungsbaugesellschaft?

Eberswalde (bvb/bbp). Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Kreistag Barnim setzt sich für eine zukunftsorientierte Wohnungsbaupolitik im Landkreis ein. Die Fraktion hatte daher einen umfassenden Bericht zur aktuellen und künftigen Wohnsituation im Landkreis gefordert. Dem stimmte der Kreistag in seiner Sitzung am 8. Oktober mehrheitlich zu.

Ziel ist es, eine solide Grundlage für den Ausbau von bezahlbarem, sozialem und bedarfsgerechtem Wohnraum zu schaffen. Am Ende des Prozesses soll nach Auffassung von BVB/Freie Wähler die Gründung einer kreislichen Wohnungsbaugesellschaft stehen.

Der Landkreis Barnim stehe vor wachsenden Problemen im Bereich des bezahlbaren Wohnraums. Bevölkerungswachstum durch Zuzug, steigende Mietpreise, der demografische Wandel und veränderte Lebensrealitäten führen zu einem deutlich steigenden Bedarf an sozial ausgewogenem Wohnraum. Besonders dringend sind zusätzliche Angebote für Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung, barrierefreie und altersgerechte Wohnungen, auch für Menschen mit Behinderung. Dazu sind Wohnungen für studentisches Wohnen in der Nähe von Hochschulstandorten wie Ebers-

walde und Berlin sowie für Großfamilien, die derzeit kaum geeignete und bezahlbare Angebote finden. Der Bericht der Kreisverwaltung soll deswegen einen umfassenden Überblick geben zu folgenden Schwerpunkten:

- Bestandsaufnahme der im Landkreis tätigen Wohnungsbaugesellschaften,
- Analyse des Wohnungsbestandes, insbesondere zu Mietpreisen, Sozialwohnungen, barrierefreiem Wohnraum, studentischem Wohnen sowie Wohnungen für Großfamilien.
- Planungen bis 2030 für Neubauten und Sanierungen.
- Dezentrale Potentiale in Städten und Gemeinden, einschließlich verfügbarer Flächen für sozialen Wohnungsbau.

Die Fraktion verweist auf die fortlaufende Verschärfung der Situation. Der Bedarf an mietpreisgebundenem Wohnraum steigt kontinuierlich, während gleichzeitig immer mehr Wohnungen aus der Bindung fallen. Es brauche jetzt eine vorausschauende Strategie, um Wohnen im Barnim bezahlbar und sozial gerecht zu halten.

Bereits seit 2018 drängt BVB/Freie Wähler auf eine stärkere kommunale Rolle im Wohnungsbau – u.a. mit den Anträgen »Fördertopf

für Wohnungsbau« (2018) und »Kreisliche Wohnungsbaugesellschaft auf den Weg bringen« (2020).

»Der soziale Wohnungsbau darf nicht länger Stückwerk bleiben«, erklärt der Fraktionsvorsitzende Péter Vida. »Wir brauchen einen klaren Überblick über die aktuelle Situation und verbindliche Planungen für die kommenden Jahre. Nur so können wir sicherstellen, daß Wohnen im Barnim bezahlbar bleibt – für Studierende, Familien, Senioren und Menschen mit Behinderung gleichermaßen.« Mit dem Bericht soll eine fundierte Grundlage geschaffen werden, um gemeinsam mit Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln. »Unser Ziel ist eine nachhaltige Wohnungsbaupolitik im Barnim«, so Sven Weller, Gemeindevertreter in Schorfheide, der als sachkundiger Einwohner im Kreistag den Antrag mit ausgearbeitet hat. »Dafür brauchen wir verlässliche Zahlen, eine transparente Bestandsaufnahme und die Bereitschaft, kommunale und regionale Ressourcen sinnvoll zu bündeln. Nach tiefgründiger Auswertung der Zahlen soll in letzter Konsequenz die Gründung einer kreislichen Wohnungsbaugesellschaft angestrebt werden.«

Gedanken zu einer Petition:

Ist eine anonyme Sargbestattung wichtig?

Die Ortsvorsteherin eines kleinen Dorfes hat eine Petition verfaßt und und ein paar Dorfbewohner, die ihr wichtig schienen, zu einer Versammlung eingeladen. Ihr Anliegen: In der Gemeinde, zu der ihr Dorf gehört, soll es zukünftig möglich sein, Verstorbene nicht nur in der Urne, sondern auch im Sarg anonym zu bestatten. Sie ist damit nicht allein. Etwa 80 Bewohner des Dorfes haben die Petition unterschrieben. Nun muß sich die Gemeindevertretung mit dem Thema beschäftigen und dann soll die Verwaltung die Friedhofssatzung der Gemeinde ergänzen, also teilweise neu schreiben und beschließen lassen. So weit, so gut.

Ich frage mich: Ist das wichtig? Es geht darum, das »Reglement« der Bestattung in der Gemeinde zu erweitern. Es ist nichts dagegen zu sagen, das Bestattungswesen grundsätzlich zu liberalisieren. Noch gibt es die Friedhofspflicht, aber es wird bereits über die Abschaffung – jedenfalls teilweise – diskutiert. Teilweise ist sie bereits abgeschafft. Beispiel: Seebestattung. Das ist aber ein anderes Thema.

Jeder Mensch soll selbst entscheiden können, wie und wo er bestattet werden will, wenn sein Leben zu Ende gegangen ist. Die Bestattung im Sarg ist (noch?) zulässig. Die Urnenbeisetzung gewinnt jedoch zunehmend

aus welchen Gründen auch immer, nicht verbrannt werden wollen.

Die Sargbestattung hat jedoch Nachteile. Sie ist teurer als die Urne, beansprucht mehr Platz auf dem Friedhof, es soll einen Grabstein mit den Lebensdaten des Verstorbenen geben und das Grab will gepflegt werden. Die Verfasser und Unterstützer der Petition möchten diesen Aufwand wohl gern vermeiden, jedenfalls verringern. Nach einer anonymen Bestattung geht es nur noch um das Erbe, weniger um das Gedenken an den Verstorbenen. Das Gedenken ist von der Art der Bestattung unabhängig.

Natürlich ist das Thema nicht unwichtig. Je älter man ist, um so wichtiger wird es wohl. Ich wünsche der Gemeindevertretung und der Verwaltung, daß sie hier klug entscheiden, es ist ja keine wirklich große Sache.

Aber es gibt auch noch andere Themen, die mir wichtiger erscheinen, besonders für Menschen im Lebensherbst, die ihren letzten Lebensabschnitt sorgenfrei genießen wollen. Da fallen mir ein: zuerst eine gute Gesundheitsversorgung. Dazu gehören der Hausarzt im Ort, der Facharzt, Physiotherapie, Ergotherapie ... und das ortsnahe Krankenhaus als Leistung der gesetzlichen Krankenkasse, d.h. ohne Eigenanteil und die »beliebten« Igel-Leistungen. Weiter sind wichtig: Die ortsnahe

Möglichkeit der Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Garderobe, eine bezahlbare Unterkunft und Pflege, ein bedarfsgerechter öffentlicher Personennahverkehr und auch die ortsnahe Möglichkeit, Geld vom eigenen Konto abzuheben. Natürlich muß die Rente die galoppierende Inflation berücksichtigen, d.h. ausgleichen. Das ist jedoch nicht der Fall. Alles wird teurer: Die Mieten, der Müll, der Strom ... Die Rentenhöhe hält nicht Schritt! Das waren Beispiele.

Mit all dem ist es, das gilt in unserem Land ganz allgemein, besonders aber auf dem Lande, nicht gut bestellt. Wer pflegebedürftig ist, wer gar in einem Altenheim lebt, der ist im wahrsten Sinn des Wortes »arm dran«. Auch eine vergleichsweise gute Rente deckt nicht die Kosten für die sog. Seniorenresidenz (ich möchte in einer solchen Einrichtung nicht »residieren müssen«). Nur der eigene Tod wird noch teuer! Damit sind wir wieder beim Thema Bestattung. Dieses »Problem« kann die Gemeindeverwaltung lösen, sie ist zuständig. Bei allen anderen, wichtigeren Aufgaben wird es schwieriger. Die Lösung scheitert oft an der Zuständigkeit. Hier müssen wir uns eine politische Partei suchen – die BRD ist ein Parteienstaat – die leistungsfähig und leistungsbereit ist. Die Suche wird nicht ganz leicht!

JOHANNES MADEJA

Gemeinsam Lichterfelde e.V.:

Neuer Glanz am Dorfeingang

Am 15. November führte der Verein Gemeinsam Lichterfelde turnusgemäß seine Pflege- und Verschönerungsarbeiten auf der Grünfläche am Ortseingang von Lichterfelde, bei der Buswendeschleife, durch.

Trotz regnerischem, aber milden Novembertag gingen die engagierten Vereinsmitglieder tatkräftig ans Werk. Das herabgefallene



Foto: Andreas Steiner

ne Herbstlaub wurde beseitigt und zwei in die Jahre gekommene, durchgefallene Blumenkästen durch neue Exemplare aus widerstandsfähigem Lärchen- und Robinienholz ersetzt. Gefertigt wurden diese robusten Schmuckstücke vom Wildholztischler Manfred Woitas aus Finowfurt. Die nun insgesamt vier neuen Blumenkästen, die der Verein aus Eigenmitteln sowie einem Zuschuß der Gemeinde Schorfheide finanziert hat, sind langlebiger und gleichzeitig ein optisches Highlight am Ortseingang von Lichterfelde.

Das Vorhaben versteht sich auch als ein Schritt zur weiteren Aufwertung des Dorfbildes im Hinblick auf die bevorstehende 750-Jahrfeier Lichterfeldes im Juni 2027.

Zur Adventszeit erhielten die Kästen zudem noch weihnachtlichen Schmuck, um zum Weihnachtsfest für eine festliche Stimmung zu sorgen.

Gemeinsam Lichterfelde e.V.

Jazz in E. im Jahr 2026

Bei Guten-Morgen-Eberswalde heißt es »Jazz zwischen den Jahren« mit dem Bläserquartett Berlin Süd Ost am letzten Sonntagnachmittag des Jahres, dem 27. Dezember. Zur »Luftkur« im Park am Weidendamm. Wie immer um halb elf.

Aber der Jazzkalender 2026 ist schon jetzt da! Seit 2005 erscheint der besondere Grafikkalender von MATTHIAS SCHWARZ. Der 21. Jazzkalender beinhaltet 13 originale Linolschnitte von Künstlern, die 2025 zum Jubiläumsfestival »Jazz in E. No. 30« im Eberswalder Kulturhaus Rofinpark aufgetreten sind. Die Skizzen zu den Druckgrafiken entstanden bei den Konzerten des Festivals. Zu sehen sind Taiko Saito, Fabiana Striffler, Aki Takase, Jan Roder, Rudi Mahall, Axel Dörner, DJ Illvibe, Aly Keita, Warnfried Altmann, Luca Höhmann, Evi Filippou, Anna Viechtl und Sonja Horlacher. Zum Preis von 168 Euro (zzgl. Porto) kann einer von 23 Kalendern im Format 297 x 210 mm (DIN A4) direkt beim Künstler erworben werden (www.schwarz-druckgrafik.de).

In den Jazzkalender für das kommende Jahr können wir auch gleich die Festivalneuigkeiten für 2026 eintragen. Jazz in E. schlägt nach dem Jubiläum ein neues Kapitel auf und geht in das vierte Jahrzehnt der Festivalgeschichte. Vom 13. bis 16. Mai 2026, traditionell am verlängerten Wochenende über Himmelfahrt, wird »Jazz in E. No. 31 - Ein Festival aktueller Musik« als viertägiges Musikfest gefeiert.

In der Geschichte des Festivals wurde häufig mit thematischer Zuspitzung gearbeitet, Themen waren u.a.: Volksmusik, Tanzmusik, Trance, Lieder, Tribal & Grooves, Atem, Break, Ritual. Daran anknüpfend werden wir in den nächsten Jahren eine neue thematische Serie auflegen. Für 2026 ist das Thema TRADITION

gesetzt. Ein Programm unter diesem Titel ist nicht historisierend gemeint, sondern es geht um Besinnung auf Ausgangspunkte, dem Nachspüren von Wurzeln, um Gedächtnis und Weitergabe, also um einen Prozeß.

Nach den Open-Air-Festivals 2021 bis 2023 konnten wir in den vergangenen beiden Jahren mit dem Kulturhaus Rofinpark, ein jahrelang nicht genutztes Betriebskulturhaus auf dem Gelände des ehemaligen Rohrleitungsbaus in Eberswalde, nach ziemlich einhelliger Meinung unserer Besucher imposant inszenieren. Leider wird es in absehbarer Zeit nicht möglich sein, für besagten Ort noch einmal Ausnahme genehmigungen zu erhalten und ein Investor für die nötigen kostspieligen Rekonstruktionsmaßnahmen ist nicht in Sicht.

Auf der Suche nach einem neuen Veranstaltungsort sind wir nun aber fündig geworden. Wir setzen unsere Reise durch die ehemaligen Betriebskulturhäuser Eberswaldes fort und gastieren 2026 im früheren RAW Betriebskulturhaus (RAW steht für Reichsbahnausbesserungswerk). Der neue Veranstaltungsort verfügt zwar nicht mehr ganz über den »maroden Charme« des Kulturhaus Rofinpark, ist dafür aber ein vollumfänglich sanierter Veranstaltungssaal mit allen nötigen technischen Erfordernissen für öffentliche Veranstaltungen, der uns aber dennoch große Gestaltungsmöglichkeiten einräumt, um dem Festival wieder sein unverwechselbares Gepräge zu geben.

UDO MUSZYNSKI

Weihnachtskonzert

Zur Einstimmung auf die Weihnachtszeit erklingt am Sonntag, dem 21. Dezember, im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal das stimmungsvolle Weihnachtskonzert des Brandenburgischen Konzertorchesters Eberswalde unter der Leitung von Jens Georg Bachmann. Das Konzert beginnt um 16 Uhr.

Bevor die weihnachtliche Anspannung um die Geschenke, das Essen und die Familienharmonie ausbricht, wollen die Musiker mit ihrer Solistin Thea Schütte (Sopran) den musikalischen Gabentisch reich decken. Mit den schönsten Weihnachtsliedern und einer Auswahl beschwingter Weisen zum Advent ist weihnachtliche Vorfriede und Festtagsstimmung garantiert – das Programm spannt einen Bogen von Barock über die Romantik bis zur populären Moderne, auch mit bekannten Titeln zum Mitsingen. Mit einer kurzweiligen Mischung aus traditionellen Weihnachtsliedern wie »O Tannenbaum«, »Alle Jahre wieder« und »Süßer die Glocken nie klingen« sowie musikalischen Evergreens wie Peter Tschaikowskis »Der Nußknacker« und Julius Fuciks Walzer »Winterstürme« möchten die Künstler ihr Publikum unterhalten und auf die schönste Zeit des Jahres einstimmen.

RUTH BUTTERFIELD

Kinopreis zum zweiten Mal

Auch in diesem Jahr ehrt der Kinematheksverbund wie bereits 2024 das Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal mit einem Preis in der Kategorie »Kino, das wagt«. Mit diesem Kinopreis zeichnet der Verbund im Auftrag des Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien jährlich kommunale Kinos und filmkulturelle Initiativen für ihre herausragenden Programme und ihr kontinuierliches Engagement für eine anspruchsvolle und vielfältige Kinokultur in Deutschland aus.

Im Vergleich zu den anderen 20 Preisträger-Kinos, allesamt Großstadtkinos, kann das Kulturhaus Heidekrug zwar nicht mit ausgefallenen Nischenprogrammen punkten, bietet aber seinem Publikum jeden Freitagabend ein niveauvolles Kinoprogramm mit ausgewählten Spiel- und Dokumentarfilmen, mehrmals im Jahr mit anschließendem Gespräch mit den Filmemachern. Dieses Programm wird ausschließlich ehrenamtlich und mit großer Liebe für Kino und Film gestaltet. Daß der Heidekrug in einem bundesweiten Wettbewerb erneut mit diesem Preis gewürdigt wird, ehrt die Mitglieder des Heidekrug-Vereins sehr und spornt sie an, ihr Engagement gemäß ihrem Motto »Kultur erlebbar im Herzen der Schorfheide« mit großer Leidenschaft fortzusetzen. Besonders lobende Erwähnung durch die Jury fand die Website des Kulturhauses www.heidekrug.org. RUTH BUTTERFIELD

Kleingewässer erhalten

Bernau (bbp-ber). Die Fraktion BVB/Freie Wähler Bernau brachte im Oktober einen Antrag für den Schutz, den Erhalt und die Wiederherstellung natürlicher Kleingewässer in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Kleingewässer wie natürliche Weiher, Tümpel oder zeitweise wasserführende Senken sind aus verschiedenen triftigen Gründen schützenswert. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Klimaanpassung in urbanen Räumen, sorgen für die Aufnahme und Rückhaltung von Niederschlagswasser, fördern die Grundwasserneubildung, tragen zur Stabilisierung des Wasserhaushalts bei und wirken sich positiv auf das lokale Mikroklima aus – vor allem in heißen Sommermonaten.

Daher forderten BVB/Freie Wähler in ihrer Beschlusvorlage, daß die Stadtverwaltung Informationsmaterialien und Handlungsanleitungen in geeigneter Form entwickelt und öffentlich anbietet.

Die Bernauer Stadtverordneten stimmten dem Vorschlag in ihrer Sitzung am 16. Oktober einstimmig zu. Thomas Hannusch, von BVB/Freie Wähler dazu: »Wir müssen mit der wichtigen Ressource Wasser behutsam umgehen – im Städtebau, im Wassermanagement und im Alltag. Hierzu können wir vor Ort einen wichtigen Beitrag leisten. Die Kleingewässer speichern Wasser, kühlen ihre Umgebung und bieten wertvollen Lebensraum für zahlreiche Arten.«

Der Bürgermeister wird nun beauftragt, Informationen und Handlungsanweisungen zu erarbeiten, mit denen folgende Maßnahmen umgesetzt werden sollen:

- Öffentlichkeitsarbeit und Informationen an die Bernauerinnen und Bernauer über den Schutz und Erhalt von natürlichen Kleingewässern auf privaten Grundstücken im Stadtgebiet von Bernau bei Berlin. Die Öffentlichkeitsarbeit kann sich beispielsweise im Stadtmagazin #BERNAUER und auf der Homepage der Stadt Bernau (Natur und Artenschutz) wiederfinden.
- Aufklärung, Information und Beratung von privaten Grundstückseigentümern hinsichtlich des ordnungsgemäßen Erhalts sowie der Wiederherstellung von natürlichen Kleingewässern auf dem eigenen Grundstück
- Informationen und Verweise zu den bestehenden Förderprogrammen des Landes Brandenburg und des Landkreises Barnim zur finanziellen Bezuschussung für den Erhalt sowie die Wiederherstellung von natürlichen Kleingewässern auf privaten Grundstücken.

Nunmehr muß der Bürgermeister entsprechend der Stellungnahme seiner Verwaltung mangels eigener Expertise einen externen Dienstleister zur Erstellung entsprechender Erhebungen und Dokumentationen organi-

Über Eberswalde nach Brüssel

Am 20. Oktober 2015 war MARTA KOS, damals Botschafterin Sloweniens in Berlin, zu Gast beim neuen Veranstaltungsformat der Hoeck-Stiftung namens »Diplomatischer Salon - Die Welt zu Gast in Eberswalde«. Marta kam bei den Gästen enorm gut an und hat damit der Veranstaltungsreihe maßgeblich zu ihrem Erfolg verholfen. (BBP 6/2015)

Eine Teilnehmerin des Salons mit Marta Kos erinnert sich gut: »Weil diese Frau so toll war, sind wir im nächsten Jahr mit unseren Kindern in Slowenien gewesen. Und sind heute noch beeindruckt von der Natur und begeistert vom Aufschwung in diesem kleinen Land.«

Nach ihrem Besuch in Eberswalde ging es für Marta Kos sehr erfolgreich weiter auf der Karriereleiter. 2016 wurde sie vom Diplomatischen Magazin als Botschafterin des Jahres ausgezeichnet. Im September 2017 wechselte sie als Botschafterin für Slowenien in die Schweiz mit Sitz in Bern und amtierte bis

2020. Im Jahr 2019 wurde ihr das Bundesverdienstkreuz als Großes Verdienstkreuz verliehen. Und schließlich wurde sie Sloweniens Vertreterin in der EU-Kommission von Ursula von der Leyen. Seit 1. Dezember 2024 ist Marta Kos EU-Kommissarin für Erweiterung, Östliche Nachbarschaften und den Wiederaufbau der Ukraine in Brüssel.

Direkt im Anschluß an den Europäischen Rat in Brüssel fand am 24./25. Oktober in diesem Jahr der Kongreß der europäischen liberalen Parteien (ALDE-Kongreß) statt. Dort durfte ich als Delegierter für die FDP Brandenburg Marta Kos in ihrer neuen Funktion wiedersehen. Das Treffen war sehr herzlich. Die neue EU-Kommissarin Marta Kos läßt Eberswalde herzlich grüßen.

Ich habe sie auch zu einem weiteren Besuch eingeladen und hoffe, daß ihr Terminkalender einen Besuch ermöglichen wird.

MARTIN HOECK

Für Naturschutz – gegen Demokratieabbau

Die SPD Wandlitz und Vertreter der SPD Panketal waren im Juli bei der Übergabe der Petition »Demokratieabbau stoppen - Zivilgesellschaftliche Rechte in Brandenburg verteidigen!« des NABU und BUND Brandenburg an die Landtagspräsidentin sowie dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses dabei. Wir unterstützen die Forderung, das Artikelgesetz zum Bürokratieabbau aus dem MLEUV nicht umzusetzen.

Bis zum Zeitpunkt der Übergabe wurde die Petition innerhalb von 3 Wochen von mehr als 10.027 Menschen unterzeichnet, mit weiterhin wachsender Zahl. Das zeigt sehr deutlich, daß eine Aufweichung von Natur- und Landschaftsschutz in der Bevölkerung nicht gewollt ist. Mit dem Gesetz soll es möglich sein, in Landschaftsschutzgebiete hinein bauen zu dürfen, es soll das Mitspracherecht von Naturschutzverbänden eingeschränkt, es soll das Klagerecht und Vorkaufsrecht eingeschränkt werden. Dabei ist zwingend anzumerken, daß ohnehin nur geklagt wird, wenn Aussicht auf Erfolg besteht, d.h. im Umkehrschluß, daß zuvor rechtswidrig gehandelt

wurde. Wer also kann für eine Änderung sein?

Das Schleifen von Natur- und Landschaftsschutz bedeutet in Konsequenz eine (land)wirtschaftsfeindliche, unsoziale und ressourcenfeindliche Politik.

Wem sind die Warnungen über die Waldbrandgefahr entgangen? An wen gehen die Berichte über zunehmenden Wassermangel vorbei? In wie vielen Kommunen müssen Infrastrukturbauvorhaben abgesagt werden, weil die Versorgung mit Trinkwasser nicht sichergestellt ist?

Eine zukünftige, erfolgreiche Wirtschaftspolitik muß MIT der Natur im Einklang sein, denn die Natur bildet, ob man es wahrhaben möchte oder nicht, die Grundlage unser aller Leben.

Die SPD Wandlitz positioniert sich ganz klar gegen das Aufweichen von Natur- und Landschaftsschutz und somit gegen dieses Gesetz. Es stellt die Interessen einiger weniger über die der Allgemeinheit. Es stellt kurzfristige Interessen über eine immer drängendere Nachhaltigkeit.

Natur- und Umweltschutz betrifft uns alle, weil wir alle in der Umwelt und von der Natur leben. Mit dem Entzug des Mitspracherechts von Naturschutzverbänden wird das Mitspracherecht der Allgemeinheit beschnitten.

Wenn die SPD weiterhin eine soziale Partei sein möchte, muß sie dringend Naturschutz und Klimaschutz betreiben. Das muß sinnvoll geschehen und ist im Zusammenspiel mit der Wirtschaft möglich. Brandenburg kann nur mit einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Wirtschaft erfolgreich sein, die im Naturschutz ein unabdingbares Miteinander sieht.

MARIE-ANNE GÜNTHER, SPD Wandlitz



Dr. Jens Klocksinn (BUND), Niels Templin (SPD Panketal), Marie-Anne Günther (SPD Wandlitz), Björn Ellner (NABU Brandenburg).

FOTO: CHRISTIANE SCHROEDER

Ein Jahr im Landtag Brandenburg

von André von Ossowski

Was habe ich in diesem Jahr erreicht?* Als Arbeitsrichter war ich den Gesetzen und meinem Gewissen verpflichtet. Als einer von 88 Abgeordneten im Landtag ist die Arbeit wesentlich komplizierter.

Es ärgert mich, daß alles viel zu langsam geht. Entscheidungen werden erst am Ende eines langen Diskussionsprozesses getroffen. Die Inhalte müssen innerhalb der Fraktion sowie beim Koalitionspartner durchgesetzt werden. Oft sind Kompromisse zu machen. Veränderungen durchzusetzen, braucht Zeit und die Verwaltung des Landtags ist auch nicht gerade für Schnelligkeit und Flexibilität bekannt. Mitunter muß man sich auch Auffassungen beugen, die man nicht teilt. Das ist schon ernüchternd.

Ich bin jetzt überwiegend fremdbestimmt. Mein Kalender ist durch zahlreiche feste Termine geprägt. Nicht nur die regelmäßigen Fraktionssitzungen, sondern vor allem die Ausschußarbeit. Ich arbeite in einer Vielzahl

von Ausschüssen mit. Sieben insgesamt, darunter die Ausschüsse für Inneres und Kommunales, für Recht und Digitales sowie für Bürokratieabbau.

Aber ich bereue den Schritt nicht, als Abgeordneter für meine Wähler tätig zu sein. Besonders am Herzen liegt mir naturgemäß die Justiz. Insbesondere die Arbeitsgerichtsbarkeit, deren Reform 2023 zu längeren Verfahrenszeiten geführt hat. Höhere Effizienz dank Videoverhandlung und E-Akte sind eingeführt worden. Perspektivisch muß es in Potsdam wieder ein Arbeitsgericht geben. Die Asylverfahren müssen konzentriert werden.

Mein »juristisches Denken« und meine Grundhaltung, mit allen Partnern zu reden und niemanden von der Debatte auszuschließen, ermöglicht es mir, erfolgreich zu arbeiten. Erfolgreich wurde das Gesetz zum Bürokratieabbau im Bereich Landnutzung verabschiedet. Das keineswegs unumstrittene Gesetz vereinfacht Baugenehmigungsverfahren in Landschaftsschutzgebieten.

Wir können also durchaus etwas bewegen! In die Politik zu gehen, war eigentlich nicht mein Plan. Der Wechsel ist dem rechtswidrigen Verhalten der früheren Justizministerin zu verdanken. Ich wünsche mir eine höhere Resonanz für mein Wahlkreisbüro in Eberswalde, da ist noch Luft nach oben.

* Der Text wurde Mitte Oktober geschrieben, als André von Ossowski auf ein Jahr Abgeordnetentätigkeit im Landtag Brandenburg zurückblickte. Also vor den aktuellen Turbulenzen in der BSW-Landtagsfraktion.



Zukunftspreis für »Ardelt Kranbau«

Eberswalde (bbp). Die Ardelt Kranbau GmbH aus Eberswalde hat den Zukunftspreis Brandenburg 2025 gewonnen. Mit der Auszeichnung werden Unternehmen gewürdigt, die durch Innovationskraft, wirtschaftliche Stabilität und vorbildliche Unternehmensführung besondere Akzente im Land setzen.

Der Kranbau Eberswalde, vor einigen Jahren nach der Kriegsgewinnlerfamilie Ardelt benannt, die bis zur Enteignung und Auflösung 1945 auf dem Gelände an der Heegermühlstraße eine Firma betrieb, ging nach verschiedenen Umfirmierungen vor einigen Jahren endgültig in die Insolvenz. In der Insolvenzmasse fanden sich aber noch einige Assets*, deren Übernahme in eine neue Firma wirtschaftlich darstellbar war.

Dies wurde nun mit dem Zukunftspreis prämiert: »Durch eine erfolgreiche Nachfolge aus der Insolvenz konnte die Traditionsmarke Ardelt nicht nur erhalten werden – sie hat sich mit innovativen Kranlösungen und modernen Be-

teiligungsmodellen für Mitarbeitende neu aufgestellt und ein klares Alleinstellungsmerkmal geschaffen. Damit zeigt das Unternehmen eindrucksvoll, wie Transformation und Weiterentwicklung auch unter schwierigen Voraussetzungen gelingen können.«

Der Zukunftspreis Brandenburg zeichnet jährlich Betriebe aus, die beispielhaft vorangehen, neue Wege einschlagen und Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften übernehmen.

Für viele Menschen in der Region ist die »Traditionsmarke Ardelt« verbunden mit Hochrüstung, Kriegsgewinnlern in zwei Weltkriegen und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen.

* Assets bezeichnet Vermögenswerte, Anlagen sowie Wirtschaftsgüter, also positiv verwendbare Ressourcen und Möglichkeiten. Bei einer Asset-Übernahme verbleiben die Schulden in der Insolvenzmasse.

Von Frau zu Frau

Der ver.di-Landesbezirksfrauenrat Berlin-Brandenburg zieht eine äußerst positive Bilanz der diesjährigen »Schuhkarton«-Aktion: Insgesamt 1.100 liebevoll verpackte Päckchen konnten in dieser Woche an Frauenhäuser und andere Unterstützungsangebote für Frauen verteilt werden. Damit wurde das Vorjahresergebnis erneut um mehr als 200 Geschenke übertroffen.

»Die starke Anteilnahme und die vielen berührenden Rückmeldungen aus den Einrichtungen motivieren uns jedes Jahr aufs Neue«, betont SUSANNE BERG, Vorsitzende des Landesbezirksfrauenrats Berlin-Brandenburg. Neben 18 Berliner Einrichtungen – von klassischen Frauenhäusern bis zu Angeboten für obdachlose Frauen – konnten dank der hohen Spendenbereitschaft auch Frauenhäuser in Brandenburg, unter anderem in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Eberswalde, unterstützt werden.

SOPHIE SCHMIDT

Führungen im Kreishaus

Seit Juli 2025 finden immer am zweiten Sonnabend des Monats und beginnend um 14 Uhr unter der Regie von Mescal und im Auftrag des Landkreises Barnim als Träger der Stiftung für das Paul-Wunderlich-Haus Führungen im so benannten Kreishaus statt (www.paul-wunderlich-haus.de/news).

Die nächsten Führungen gibt es am 10. Januar 2026 (»Die Heimkehr des Paul Wunderlich und die aktuellen Ausstellungen« mit Udo Muszynski) und am 14. Februar 2026 (»Paul Wunderlich, Zeichner ausgeprägter Leidenschaften. Wir entdecken zusammen, was sonst im Verborgenen bleibt.« mit Gudrun Sailer).

Wir bitten für die Führungen um Anmeldung per eMail via post@mescal.de.

UDO MUSZYNSKI

»machen!2025«

Eberswalde/Britz (bbp). Im Rahmen des bundesweiten Engagementwettbewerbs *machen!2025* sind auch zwei Vereine aus Eberswalde und Britz ausgezeichnet worden. In Eberswalde durften die Mitglieder der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. jubeln. Und auch der Seniorenclub Britz e.V. gehört zu den Ausgezeichneten, die sich über ein Preisgeld von je 2000 Euro freuen können.

Der Wettbewerb *machen!* würdigt Projektideen, die das Zusammenleben stärken, Innovationen im ländlichen Raum anstoßen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Insgesamt werden in diesem Jahr 235 Projekte mit einem Gesamtpreisgeld von rund 900.000 Euro ausgezeichnet.

Kommentiert:

Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung geben den Mieterinnen und Mietern im Land Brandenburg Sicherheit. Beide Verordnungen sorgen dafür, daß die Mieten nicht unkontrolliert in die Höhe gehen. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung reduziert eine Mieterhöhung zu Vertragsbeginn auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Über die Kappungsgrenzenverordnung wird zusätzlich erreicht, daß Mieterinnen und Mieter, die seit Jahren in ihren Wohnungen leben und nicht umziehen können oder möchten, weil sie sich in ihrem Wohnumfeld wohl fühlen, innerhalb von drei Jahren nur mit moderaten Mieterhöhungen rechnen müssen. Unabhängig davon wird das Land Brandenburg alle wohnungspolitischen Anstrengungen unternehmen, um eine weitere Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt herbeizuführen. Dazu gehört z.B. die Wohnraumförderung. Die Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus, insbesondere des sozialen Wohnungsbaus, haben in diesem Jahr einen Höchststand erreicht. Das gilt es zu verstetigen. Wir müssen auch das Bauen und die damit verbundenen Genehmigungsverfahren einfacher und schneller machen, damit neuer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Bauminister DETLEF TABBERT (BSW)

Neue Mietpreisbremse

Potsdam (bbp). Um im Land Brandenburg bezahlbaren Wohnraum zu sichern, wird für 36 brandenburgische Städte und Gemeinden ab 1. Januar 2026 eine neue Mietpreisbegrenzungs- sowie eine Kappungsgrenzenverordnung eingeführt.

Die seit 2021 geltenden Regelungen galten in 19 Gemeinden und laufen Ende des Jahres aus. Im Ergebnis eines Gutachtens wurde festgestellt, daß sich die bisherigen Verordnungen positiv auf die Mietentwicklung ausgewirkt haben. Eine Dämpfung der Mieten lasse sich belegen. Es sei davon auszugehen, daß die Mietpreise ohne die Verordnungen noch höher ausgefallen wären, als sie es aktuell tun. Investitions- oder Neubaurückgänge sind demnach überwiegend nicht erkennbar. Die Investitionen in den untersuchten Gemeinden sind überwiegend stabil oder nehmen zu.

Generell kommt das Gutachten, auf dessen Grundlage das Kabinett seine Entscheidung fällte, zu der Einschätzung, daß weiterhin eine hohe Dynamik bei den Mieten herrscht und sie weiter ansteigen. Die beiden neuen Verordnungen gelten daher als wirkungsvolle Instrumente, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Zugleich bleibe die Verhältnismäßigkeit gegenüber den Eigentumsrechten der Vermieter gewahrt.

Von besonderer Relevanz ist vor diesem Hintergrund, daß nur Mietverhältnisse betroffen sind, die für Wohnungen, die vor dem 1. Oktober 2014 fertiggestellt wurden, geschlossen werden. Damit werde den hohen Investitionskosten der jüngsten Zeit Rechnung getragen. Diese Investitionen bleiben somit über die Miete refinanzierbar. Hier gibt es keine gesonderte Mietpreisbremse.

Im Landkreis Barnim gelten die neuen Verordnungen wie bisher für Bernau, Panketal und Ahrensfelde. Zusätzlich kommt ab 2026 die Stadt Biesenthal dazu.

Die Mietpreisbegrenzungsverordnung legt fest, daß für neu abzuschließende Mietverträge in Gebäuden, die vor dem 1. Oktober 2014 fertiggestellt und bezogen wurden, die ortsübliche Vergleichsmiete höchstens um zehn Prozent überschritten werden darf. Durch die Kappungsgrenzenverordnung wird zusätzlich geregelt, daß bei bereits bestehenden Mietverträgen die Miete innerhalb von drei Jahren nicht um mehr als fünfzehn Prozent steigt.

Genossenschaftspläne ohne Genossenschaftler

»Der Kämmerer der Stadt Eberswalde wird sich bestimmt freuen über einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag für den Eberswalder Stadthaushalt«, meint der Stadtverordnete Carsten Zinn. Die lokale Tageszeitung hatte am 28. November berichtet, daß die Eberswalder Wohnungsgenossenschaft beabsichtigt, das bislang unbebaute Grundstück von 3000 Quadratmetern an der Brandenburger Allee nördlich der einstigen EDEKA-Kaufhalle von der Stadt Eberswalde zu erwerben, um dort eine neue Geschäftsstelle zu errichten. Das Grundstück ist kleiner als das bisher genutzte in der Ringstraße. Somit kann davon ausgegangen werden, daß die Genossenschaft bereits das ehemalige EDEKA-Grundstück im Besitz hat. Insgesamt stehen somit etwa 6.800 Quadratmeter zur Verfügung. Die Eigentümer der Genossenschaft – also die Mitglieder, einschließlich der gewählten Vertreter – erfuhren davon aus der Zeitung, was einigen Vertretern negativ aufstieß. Vorsichtig ausgedrückt.

Ein Umzug des genossenschaftlichen Hauptquartiers ins Brandenburgische Viertel wäre gewiß zu begrüßen. Nicht zuletzt aus Sicht der hier lebenden Genossenschaftsmitglieder. Allerdings sollte solch eine Investition eines genossenschaftlichen Unternehmens gegenüber deren Mitgliedern auch stichhaltig begründet werden. In der Tageszeitung begründet die Genossenschaftssprecherin Caroline Breit das Ansinnen damit, daß es in der

bisherigen Geschäftsstelle in der Ringstraße »längst zu eng« sei und »kein Potential zur Erweiterung oder Optimierung mehr« vorhanden sei. In den vergangenen Jahren sei die Genossenschaft gewachsen. Letztere These darf bezweifelt werden. Richtig ist, daß es der Genossenschaft gelang, die Leerstandsquote zu verringern. Dafür wurden jedoch zahlreiche Wohngebäude der Genossenschaft »zurückgebaut« – also abgerissen. Die Genossenschaft ist also geschrumpft und nicht gewachsen. Die Geschäftsstelle in der Ringstraße reichte aus, als die Genossenschaft noch viel mehr Wohnungen als heute in der Verwaltung hatte und wurde schon um die einstige Gaststätte im Gebäude erweitert.

So schön so eine neue Geschäftsstelle wäre, muß doch beachtet werden, daß damit auch erhebliche Investitionen verbunden sind, die weder mit Fördermitteln abgedeckt, noch durch künftige Mieteinnahmen refinanziert werden können. Hier handelt es sich also um einen reinen Kostenfaktor, der letztlich nur über die Nutzungsentgelte der Genossenschaftsmitglieder für ihre Wohnungen bezahlt werden kann. Nicht zuletzt deshalb bleibt völlig unverständlich, wieso der Genossenschaftsvorstand eine solch wichtige Investitionsentscheidung der Presse preisgibt, ohne vorab zumindest mit den Vertretern darüber gesprochen zu haben. Die Presse informiert im Zusammenhang, daß »das Unter-

nehmen« inzwischen 52 Mitarbeiter beschäftigt. Das sind rund 15 mehr als noch vor ein paar Jahren. Die Personalkosten bezahlen selbstredend die Genossenschaftsmitglieder mit ihren Nutzungsentgelten. Es mag sein, daß so eine Personalerweiterung binnen weniger Jahre zur Aufgabenerfüllung nötig war. Allerdings sollte der Vorstand diese Notwendigkeit dann auch gegenüber den Genossenschaftsmitgliedern, die das finanzieren müssen, begründen. Die aktuell verbreiteten bunt bedruckten Papiere der Genossenschaft, die sicherlich auch einiges kosten, erfüllen diese Informationsfunktion leider nur sehr unzureichend – auch das vorsichtig ausgedrückt.

Die Tageszeitung gibt einige schönredende Phrasen der genossenschaftlichen Öffentlichkeitsarbeiterin wieder, wie beispielsweise die Aussage, daß es sich um eine Brachfläche handle, »die derzeit mehr oder weniger als wilder Parkplatz genutzt wird«. Das trifft indes nur auf etwa die Hälfte des Areals zu, das von der Stadt erworben werden soll. Beim Rest handelt es sich um eine Waldfläche. Und auch auf dem übrigen Teil des Areals – die ehemalige Edeka-Fläche – ist inzwischen, ein Wald gemäß Waldgesetz herangewachsen.

Das sind natürlich lösbare Probleme. Allerdings fehlt es dem Ansinnen an Sinnhaftigkeit und Legitimität. Darüber kann man sich hinwegsetzen. Folgen unbekannt.

GERD MARKMANN

Hervorgehoben in der Landschaft

Der einstige »Eisenbahnerblock« wird mit Leben erfüllt

Eberswalde (bbp). »Endlich mal ein privater Investor der Wohnungsbranche, der im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel zu seinen Investitionen jederzeit gestanden hat. Und dies ohne Öffentliche Förderung und in Zeiten nicht einfacher Rahmenbedingungen in der Baubranche.« Der Stadtverordnete Carsten Zinn

ist des Lobes voll über den Investor, der nach mehreren Eigentümerwechseln den ehemaligen Eisenbahnerwohnblock in der Rheinsberger Straße übernommen hat. Die Advisum GmbH aus Berlin, die den Block 2022 übernommen hat, gründete eigens eine eigene Firma, die Rheinsberger Straße GmbH & Co.KG.



Foto: THOMAS GADICKE

Der Wohnblock war einst von vielen anderen Wohnhäusern umgeben, welche aber im Rahmen des sogenannten Stadtumbaus längst abgerissen wurden. Nun steht das Haus ziemlich einsam, dafür aber hervorgehoben, in der Landschaft.

Zinn spricht auch an, daß die Mietpreise von »gut 10 Euro« pro Quadratmeter kalt für viele Interessierte wohl eine ziemliche finanzielle Herausforderung darstellen werden. Insgesamt investierte Advisum mehr als 5 Millionen Euro in den Block. Geld, das über die Mieten refinanziert werden muß. Aber im Unterschied zu vielen anderen, Zinn nennt sie in seiner griffigen Art »marodierende Immobilienheuschrecken«, die mit potentiellen Bauvorhaben in Eberswalde unterwegs sind und oft auch über fertige Bebauungspläne oder Baugenehmigungen verfügen, habe dieser Investor eben auch tatsächlich gebaut und bereichert nun den Eberswalder Wohnungsmarkt mit 44 neuen Wohnungen.

Kampf gegen Windmühlen

Eberswalde (bbp). In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt am 14. Oktober griff der Ausschußvorsitzende TILO WEINGARDT zu einem nicht alltäglichen Mittel. Er schloß die sachkundige Einwohnerin PEGGY SIEGEMUND, die online an der Sitzung teilnahm, von der weiteren Beratung aus, »da sie zum wiederholten Male, diesmal schwerwiegend, die Geschäftsordnung mißachtet« und »kein angemessenes, ordnungsgemäßes Verhalten gezeigt habe«.

Näheres ist der Niederschrift nicht zu entnehmen, außer, daß bereits vorher die sachkundige Einwohnerin KARIN WAGNER Kritik übte. Peggy Siegemund hatte zuvor die frühere Beigeordnete und Baudezernentin ANNE FELLNER als »fähige Frau« bezeichnet, dem »der Typ« ILJA HAUB im Amt gefolgt sei.

Im Nachgang dankt PEGGY SIEGEMUND dem Ausschußvorsitzenden, daß dieser »die Reißleine« gezogen hatte. Sie habe sich in Rage geredet und dabei gewiß einige unangemessene Formulierungen verwendet. Dafür habe es aber Gründe gegeben, die ihr sehr wichtig sind. Um das nachvollziehbar zu machen, hat sie ihre Beweggründe aufgeschrieben:

1. Frauenrechte

Wir haben deutschlandweit, aber eben auch hier in Eberswalde, ein großes Problem damit, daß Frauen in Führungspositionen gelangen. Das Baudezernat war hier in der Vergangenheit immer schon anders. Hier werden fünf von sechs Ämtern von Frauen geleitet. Und auch dem Dezernat stand eine Frau vor.

Dieser Trend dreht sich nun allerdings um, denn die fähigen Mitarbeiterinnen gehen nach und nach in den Ruhestand. So wurde zuletzt auch die Dezernentin ersetzt – und wer hätte es gedacht – durch einen Mann. Und dann stellen sich noch »Pickmegirls« in der Ausschußsitzung auf und empfinden Kritik daran als unangemessen?

2. Wasser für alle

Leider hatte der neue Dezernent gerade in diesem Zusammenhang alles andere als glänzt. Ich spüre da geradezu Unwillen und mangelnde Kommunikationsbereitschaft. Da gab es zum Beispiel die Debatte über den Zugang zu Wasser im Brandenburgischen Viertel. Das Viertel liegt auf einem Sandberg, wo es kein natürliches Oberflächenwasser gibt. Im Zuge des Klimawandels ist zunehmend mit Hitze und Trockenheit zu rechnen.

Man weigert sich allerdings, flächendeckend Fassaden zu begrünen und Flächen zu entsiegeln. Zumindest sind entsprechende Aktivitäten völlig unzureichend. Statt dessen versiegeln die neuen Bauprojekte immer größere Flächen und vorhandenes Fassadengrün wird im Zusammenhang mit Sanierungen ersatzlos entfernt. Somit sorgt man in den immer wärmer werdenden Sommern zusätzlich für Überhitzung im Inneren von Stadtvierteln und für ein enorm trockenes Mikroklima.

Wasserflächen und eine Möglichkeit, sich wenigstens die Füße abzukühlen, kann in solchen Zeiten Leben retten. Gerade in Vierteln, in denen die Menschen wegen Alter und Armut oft ortsgelassen sind und viele Kinder nicht in den Urlaub oder an die Badeseen fahren können.

Die Vorgängerin des neuen Dezernenten hatte unsere Probleme ernst genommen und wenigstens versucht, Kompromisse zu finden.

Seit Jahren diskutieren wir darüber. Es war im Gespräch, einen Wasserspielplatz auf dem Gelände des Hortes Kinderinsel zu bauen. Ein Investor wollte hinterm Heidewald ein Wasser-tretbecken bauen, das sogar für Rollstuhlfahrer nutzbar wäre – bevor sich die Pläne änderten. Auch auf dem sogenannten »Gummiplatz« (Märkischer Park) gäbe es die Möglichkeit, einen Wasserspielplatz zu errichten, während auf dem Hundeplatz sogar eine begehbare Tränke möglich wäre. Aber anstatt darüber auch nur nachzudenken, wurde der Vorschlag vom Tisch gewischt. Stattdessen wird darüber diskutiert in der Innenstadt, wo immerhin die Schwärze durchfließt, weitere Wasserquellen freizugeben. Ja Trinkbrunnen sind auch dort gut und richtig, aber eben auch in jedem anderen Viertel.

3. Die kleinen Wälder

In der besagten Ausschußsitzung ging es mit den Friedhöfen um die letzten innerstädtischen Grünflächen. Doch die Debatte darüber, wie diese Grünflächen später geschützt werden könnten (Stichwort Friedwald), damit sie eben nicht in 10 oder 20 Jahren an Investoren fallen, die sie zubetonieren, wird unterbunden.

Ich habe früher in Neukölln gewohnt und durfte dort genau diese Entwicklung erleben. Ein Friedhof wird für einige Jahre stillgelegt, es entwickelt sich ein Hotspot der Artenvielfalt und sobald es rechtlich möglich war, wurde alles verkauft und bebaut.

Es sei nicht einfach in einem Ausschuß zu sitzen, »der von betagten Herren der Baulobby dominiert ist und dort für Frauenrechte, Zugang zu Wasser für alle Bewohner und Artenvielfalt zu kämpfen. Es fühlt sich manchmal wie ein Kampf gegen Windmühlen an, wenn es darum geht, auch in Zukunft noch ein lebenswertes Eberswalde für alle, die hier leben, zu haben.«



Militär an Schulen?

Der Schüler Bentik und seine Freunde und Freundinnen hatten am Angell-Gymnasium in Freiburg gegen den Besuch der Bundeswehr protestiert. Deshalb wird gegen diesen Schüler strafrechtlich ermittelt. Das machte Schlagzeilen, sodaß sogar die »Junge Welt« am 31.10.25 diesen mysteriösen Vorgang kommentierte. (siehe auch Seite 4)

Der Schüler wird solidarisch von anderen Jugendlichen unterstützt und sie setzen ihre Proteste gegen die Anwesenheit von Militärangehörigen an der Schule fort. Eine Gruppe von ihnen war am 21. November auf der lokalen Berufsmesse zu Gast und verkündete ihren Unwillen mit genannten Zuständen.

Die Initiative INTERNATIONALE JUGEND FREIBURG schrieb dazu: »Freitag waren wir bei der Berufsmesse in Freiburg, um der Bundeswehr zu zeigen, was wir von Kriegspropaganda & Rekrutierungsversuchen halten! Wehren wir uns gegen die Wehrpflicht. Die Bundesregierung hat sich inzwischen auf den Gesetzesentwurf für das neue Wehrdienstgesetz geeinigt. Wir werden bei der Verabschiedung des Gesetzes auf die Straße gehen.« Der Schülerprotest ist inzwischen bundesweit entflammt und führte zu einem Schülerstreik am 5. Dezember.

SOLID BARNIM notierte dazu einen Aufruf auf Instagram: »An Eberswalder Schulen wird am 5. Dezember gegen die schrittweise kommende Wehrpflicht gestreikt. Selbstverständlich unterstützen wir den Aufruf, denn es gibt Schlimmeres als einen Fehltag in der Schule. Zum Beispiel in einem Schützengraben liegen und auf Gleichaltrige schießen. Oder sich auf einem Kasernenhof anschreien lassen.« Offenbar ist hier massiv sowohl Angst als auch Wut ausgelöst worden. Hier baut sich ein Konflikt zwischen Generationen auf: »Ihr wollt nicht für die Interessen eines Staates sterben, der sich kein bißchen um eure eigenen Interessen oder eure Zukunft schert? Ihr wollt nicht auf Menschen schießen, die euch viel näher sind, als es irgendein Minister, Kanzler oder Rheinmetall-Aktionär jemals war? Dann teilt das Plakat mit euren Freundinnen, Freunden, Geschwistern oder im Klassenchat. Gemeinsam gegen Aufrüstung und Wehrpflicht!« (Spendensammlung für Bentik <https://gofund.me/e2608de7f>, mehr Infos im Netz nie-wieder-krieg.org).

THOMAS TOBLER

Gemeinsame Erklärung zentraler Mediensammler:

Umgang mit Künstlicher Intelligenz

Leipzig (bbp). Die rasanten Entwicklungen hinsichtlich der Nutzung von Systemen der künstlichen Intelligenz (KI-Systeme) tragen derzeit große Hoffnungen, aber auch große Unsicherheiten in die Wissenschafts- und Publikationscommunity.

Während wir unsere kleine Zeitung noch selber am eigenen PC setzen, erreichen uns im Eingang unseres Postfachs bereits Texte und Bilder, die mit generativen KI-Modellen, welche Text-, Bild-, Audio- und Videoinhalte erzeugen können, produziert oder unterstützt wurden. Dies zu erkennen ist eine nicht einfache Aufgabe, die jedoch in jedem Einzelfall gelöst werden muß, um stets eine saubere Zuordnung der Quellen zu gewährleisten.

Demgegenüber stehen in der Presselandschaft professionell arbeitende Verlage, die als Rechteinhaber vor allem geschäftlich in ganz erheblicher Weise betroffen sind, jedoch mit vielen ungeklärten Fragen im Bereich des Urheberrechts, Datenschutz- und Persönlichkeitsrechts allein dastehen.

Neue KI-Systeme bedeuten, daß sowohl neue Möglichkeiten für die Auffindbarkeit und Auswertung wissenschaftlichen Quellmaterials ersichtlich werden, als auch eine neue Dimension des (wissenschaftlichen) Arbeitens geschaffen wird. So setzen Forschende bereits für die Textanalyse oder Informationsrecherche KI-Systeme ein, ohne daß der geldwerte Vorteil dieser Art von Datenbeschaffung auf Rechtmäßigkeit oder die Qualität angerechnet würde. Auch Bibliotheken passen ihre Dienstleistungen den Nutzererwartungen an und stellen Literatur und Informationen für die Forschung mit relevanten neuen Methoden zur Verfügung. Parallel können einige KI-

Systeme und die dahinterstehenden Unternehmen eine Gefahr für Teile des klassischen Publikationsmarktes darstellen und geistige Urheber in ihrer kreativen und wirtschaftlichen Beziehung zu ihren Werken bedrohen.

In der Vergangenheit wurden generative KI-Modelle zu kommerziellen Zwecken teilweise ohne rechtliche Grundlage mit urheberrechtlich geschützten Werken trainiert. Doch die heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von KI-Systemen beim Umgang mit urheberrechtlich geschützten Werken sind darauf noch gar nicht eingestellt.

Die Deutsche Nationalbibliothek, die Technische Informationsbibliothek und der Börsenverein des deutschen Buchhandels haben sich daher kürzlich konstruktiv zur Nutzung von Systemen Künstlicher Intelligenz ausgetauscht und hierzu eine gemeinsame Erklärung verabschiedet.

Dabei stand ein verantwortungsbewußter, transparenter, rechtlich erlaubter und ethisch einwandfreier Umgang mit KI im Vordergrund. Den beteiligten Bibliotheken ist wichtig, daß insbesondere die tagtägliche bibliothekarische Arbeit (wie das Erschließen von Werken) mit KI-Instrumenten im Sinne einer »maschinellen Nützlichkeit« modern und effizient unterstützt werden kann und sie so ihrem ureigenen Auftrag nachkommen können.

Die Gemeinsame Erklärung zwischen DEUTSCHER NATIONALBIBLIOTHEK (DNB), TECHNISCHE INFORMATIONSBIBLIOTHEK (TIB) und BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS E.V. zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz ist im Netz unter diesem Link der Deutschen Nationalbibliothek abrufbar: <https://ogy.de/cny9>



Bild: Szene an den Medienboxen (rechts) neben dem Durchgang zum Lesesaal der Geisteswissenschaften. In der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig stehen insgesamt acht Lesesäle mit ganz unterschiedlicher fachlicher Ausrichtung und Atmosphäre zur Verfügung.

FOTO: DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK

Kriegstüchtigkeit – wie Wörter die Weltsicht verändern

Vortrag und Lesung von Dr. Dieter Korczak am 6. November 2025 im Treff23 in Bernau

Bernau (bbp-ber). Der Soziologe und Publizist Dr. DIETER KORCZAK hat am 6. November in der URANIA Barnim einen Vortrag zur Wirkmacht von Wörtern und Sprache gehalten, insbesondere zum Wort »Kriegstüchtigkeit«.

Durch sogenannte Narrative, wie beispielsweise die Erzählung von unserer angeblich fehlenden Kriegstüchtigkeit, werden politische Ziele in die Gesellschaft gebracht und tief verankert. Tagtäglich wird in Fernsehen, Rundfunk und der Presse die »Notwendigkeit« der Kriegstüchtigkeit propagiert. Dadurch wird eine politische Agenda geschaffen, die die Ausgabe von vielen Milliarden Euro für Kriegsmaterial als alternativlos postuliert. Doch die Mehrheit der Bevölkerung will Frieden und daß die deutsche Regierung an der Friedensfähigkeit unseres Landes arbeitet.

Anhand zahlreicher Beispiele wies der Referent auf die Verquickung von Medien und Politik hin. Durch die Presselizenzenvergabe unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges konnten sich in Folge mehrere große Eigentümer-Medienkonzerne in Deutschland etablieren und die Meinungsmache bestimmen. Dies sind der Bertelsmann-Konzern (Umsatz 2024: 19 Mrd. €), die Holtzbrinck-Verlagsgruppe (3,6 Mrd. €), Burda (2,7 Mrd. €), Axel Springer (2,2 Mrd. €), Bauer (2,2 Mrd. €) und die Funke Mediengruppe (1,1 Mrd. €). Zunehmend deutlicher wirken in diesem Konzert in Deutschland Internet-Plattformen wie Instagram (46 Millionen Nutzer), Facebook (32,9 Millionen) und TikTok (22,8 Millionen) mit.

Neben anderen Beispielen (Schröder-Köpf, Klöckner-Pilawa, Lindner-Lehfeld) wies er auf den Einfluß der Familie Schäuble hin. Juliane Schäuble ist die diesjährige Preisträgerin des »Wolfgang-Holtzer-Preises« für Auslandsjournalismus. Sie ist eine Tochter des verstorbenen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble. Verteidigungsminister Boris Pistorius hielt die Festrede. Juliane Schäuble wurde für ihre Berichterstattung über die USA geehrt.

Die 49-jährige hat eine bezeichnende Karriere hinter sich: Während ihres Studiums arbeitete sie in Teilzeit beim AMERICAN COUNCIL OF YOUNG POLITICAL LEADERS (ACYPL), seit 2008 ist sie als Alumna Mitglied der ATLANTIK-BRÜCKE, einem Verein, der 1952 mit dem Ziel gegründet wurde, eine wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den USA und der BRD zu schlagen. Ab 1. Juni 2018 war Juliane Schäuble Korrespondentin des Tagesspiegels in Washington. In diesem Jahr wechselte sie am 1. August als US-Korrespondentin in Washington zur ZEIT. In diesem Jahr wurde sie auch Mitglied der TRANSATLANTIC CORE GROUP, die von der BMW

FOUNDATION HERBERT QUANDT, der ROBERT BOSCH FOUNDATION, dem ATLANTIC COUNCIL UND DEM CHICAGO COUNCIL ON GLOBAL AFFAIRS gegründet wurde, um das transatlantische Vertrauen unter den Führungskräften der nächsten Generation aufzubauen.

Schäubles Schwester Christine Strobl ist übergangs Programmdirektorin bei der ARD und mit dem CDU-Politiker Strobl, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident in Baden-Württemberg verheiratet.

Besonders betont wurde von Dieter Korczak auch, daß nicht vergessen werden sollte, daß die Macht der Wörter primär durch die Macht der Sprechenden hervorgerufen wird. Wer würde sich für die Meinungen und Ansichten von Olaf Scholz oder Friedrich Merz interessieren, wenn sie nicht kraft des Kanzleramtes geäußert würden? Beispielfürhaft dafür ist die Aussage von Friedrich Merz im ZDF Spezial vom 17. Juni 2025 (ab Minute 3:29): »Israel macht die Drecksarbeit für uns alle. Größten Respekt dafür, daß die israelische Staatsführung den Mut gehabt hat, das zu machen.«

Mit dieser Aussage bezog er sich auf einen völkerrechtswidrigen Großangriff, den Israel am 13. Juni auf den Iran durchgeführt hat. Dabei wurden Atomanlagen und militärische Einrichtungen im Iran bombardiert und zahlreiche führende Kommandeure des iranischen Militärs getötet. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists wurden bei den Angriffen im Iran mindestens 585 Menschen getötet. Menschen ohne rechtliche Grundlage einfach umzubringen, ist nach Ansicht eines bei 60,5 Millionen Wahlberechtigten von 11,1 Millionen gewählten Kanzlers also »Drecksarbeit«.

Weiß Merz eigentlich, was er da gesagt hat? Die Bezeichnung »Drecksarbeit«, so Korczak, ist ein Zuschreibungsphänomen, das Fragen nach kulturellen Praktiken und Ökonomien aufwirft. Als Selbst- oder Fremdzuschreibung dient »Drecksarbeit« der Etablierung und Legitimierung von Hierarchien. Die Bezeichnung taucht im 12. Jahrhundert im Althochdeutschen (»threc«) auf und steht für eine niedere, unbeliebte Arbeit, für die sich bestimmte Personen zu gut dünken und für Kot, Exkremente, Schmutz, Unrat. Die Verwendung dieser Vokabel im Zusammenhang mit der Ermordung von Hunderten von Menschen ist eine sprachliche Entgleisung ohnegleichen. Die Burda-Zeitschrift FOKUS toppt diese skandalöse Aussage noch, indem sie sie als einen Moment der »außenpolitischen Ehrlichkeit« (20.6.2025) bezeichnet.

Aufgrund seiner Stellung – Leiter des ZDF-Auslandsstudios in Washington – kann auch Elmar Thevesen Ungeheuerlichkeiten aus-

sprechen und wird gehört. Er hatte am 16. Januar 2025 nach der Amtsübernahme von Donald Trump bei Maybritt Illner formuliert: »Also [...], die gute Nachricht ist, es wird nicht am ersten Tag schon der Frieden ausbrechen in dieser Region«. Seit wann ist der Verzicht auf Frieden eine gute Nachricht? Er sollte sich bei Cicero, römischer Staatsmann und Philosoph vor 2.000 Jahren, schlau machen »Ein unge-rechter Frieden ist besser als ein gerechter Krieg«.

Das Durchsetzen von Bezeichnungs- und Bedeutungshoheit war ebenfalls Gegenstand der Veranstaltung. Donald Trump demonstrierte seine Bezeichnungshoheit, als er den Golf von Mexiko kurzerhand in Golf von Amerika umbenannte und jeden sanktioniert, der dem Sprachgebrauch nicht folgt, so z.B. die Nachrichtenagentur Associated Press.

Massiv an dem Erringen von Bedeutungshoheit arbeiten die Bundeswehr und der Bundesverteidigungsminister. Es ist nicht nur das unsägliche Wort von der »Kriegstüchtigkeit« (Goebbels, 26.7.1944), das der Generalinspekteur Carsten Breuer seit seinem Dienstantritt nicht müde wird herauszuposaunen. Es ist neuerdings auch die Umkonnotation des Wortes »Aufwuchs«. Wurde es früher nur im Zusammenhang von Pflanzenwachstum verwendet oder als Verb, um Lebensumstände zu beschreiben (»Er wuchs in bedrückenden Umständen auf«), gehört es neuerdings zum Militärjargon, der willig von den Medien aufgegriffen wird. »Einsatzbereitschaft stärken. Aufwuchs beschleunigen. Sicherheit garantieren«, das war das Motto der Bundeswehrtagung am 7. November in Berlin. Der rasche personelle und materielle »Aufwuchs« der Bundeswehr sei entscheidend für die weitere Umstellung auf die Landes- und Bündnisverteidigung, so Minister Pistorius auf der Bundeswehrtagung.

Die Bundeswehr kann laut Generalinspekteur Breuer in dieser Zeit nur bestehen, wenn sie rasch »aufwächst«. An einem »Neuen Wehrdienst« werde gearbeitet. 460.000 Soldatinnen und Soldaten seien für den »Aufwuchs« der Streitkräfte insgesamt die Zielvorgabe. Die Bundeswehr solle zur stärksten konventionellen Armee in Europa werden. Keinen geringeren Anspruch formulierte Bundeskanzler Friedrich Merz auf der Tagung.

Dies ist ein kleiner Einblick in die reichhaltigen Erörterungen und Schilderungen auf der Veranstaltung. Unterlegt wurden die Aussagen durch Passagen aus dem Buch »Die Sprache und ihre Wirkmacht« (ISBN 978-3-95853-980-8) und dem Artikel »Kriegstüchtigkeit und Lumpenpazifismus – Die Wirkmacht von Wörtern und Sprache. Wie Framing zum Agenda-Setting eingesetzt wird«, die Dieter Korczak auf der Veranstaltung vorgelesen hat.

B167neu:

Landesamt informiert

Eberswalde (bbp). In der lokalen Tageszeitung hatte der leitende Redakteur THORSTEN PIFAN Anfang November mit der spekulativen Frage, ob der Neubau der B167 »nun schneller als gedacht« komme, letztlich nur offenbart, daß es nichts Neues gibt, obwohl er selbst hinterher behauptete, er berichte »Neuigkeiten«.

Es war mal wieder der Initiative von OSKAR DIETTERLE von der Bürgerinitiative »Gegen die B167neu. Für Umwelt und Natur!« zu verdanken, daß nun tatsächlich ausführliche und vor allem klare Informationen über den aktuellen Stand der Dinge zur B167neu einschließlich der Abfolge der Verfahrensschritte auf den Tisch kamen. Die jüngste Antwort von KATHLEEN BERNAU vom Landesamt für Bauen und Verkehr ist auf den 20. November 2025 datiert. Sie schreibt:

Der Landesbetrieb Straßenwesen hat bisher keine aktualisierten Planunterlagen zur OU B167n, 1. Abschnitt eingereicht. Eine erneute Auslegung steht demnach nicht unmittelbar bevor. Die Entwurfsplanung ist das, was dem Planfeststellungsverfahren zugrunde liegt und dann geändert/ergänzt wird, bis es zum Planfeststellungsbeschluß kommt. Die dann planfestgestellten Pläne und anderen Unterlagen (Berichte etc.) bilden die Grundlage für die anschließende Ausführungsplanung.

Die Erstellung der Entwurfsplanung für das anschließende Planfeststellungsverfahren für den 2. Planabschnitt führt nicht zwangsläufig zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens für den 1. Planabschnitt. Es ist gar nicht ungewöhnlich, daß bei großen Verkehrsvorhaben mehrere Abschnitte gleichzeitig im Planfeststellungsverfahren sind.

Zur Planungsbeschleunigung: Das für dieses Verfahren maßgebliche Bundesfernstraßengesetz wurde bereits aufgrund eines Planungsbeschleunigungsgesetzes früherer Bundesregierungen angepaßt. Hauptsächlich wurden Verfahrensschritte digitalisiert bei der Beteiligung/Auslegung, Einreichung der Stellungnahme/Einwendungen und bei der Erörterung [...]

Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß weitere Gesetzesänderungen folgen werden, von denen man sich eine Beschleunigung verspricht.

Allerdings sind dabei neben den grundgesetzlich geschützten individuellen Rechten (z.B. körperliche Unversehrtheit, Gesundheit) und Gütern (z.B. Eigentum) die Schutz- und Verfahrensvorschriften anderer nationaler und insbesondere europäischer Rechtsnormen zu beachten, wie Umwelt-, Natur- und Klimaschutz.

Ein Verzicht auf eine Beteiligung der Öffentlichkeit und ein Versagen der individuellen Einwendungsbefugnis ist [...] nicht geplant. Thematisiert werden laut Medien mögliche Änderungen bei den Rechtsbehelfen, z.B. etwa Einschränkungen des Verbandsklagerechts.

Lehrstück des Journalismus

Wie man aus einer Nicht-Nachricht eine Nachricht macht

Anfang November hatte die lokale Tageszeitung mal wieder das Thema B167neu in die Erinnerung ihrer Leserinnen und Leser zurückgeholt. Um selbige auch tatsächlich zum Lesen zu animieren, wählte die Redaktion die Überschrift »Kommt die Umgehungsstraße nun schneller als gedacht?«. Schon im zweiten Absatz kommt die Antwort: Die Pläne seien laut Landesbetrieb Straßen »offenbar weiter gediehen«. Um sogleich als Quelle für diese Nachricht auf eine Information zum ersten Bauabschnitt zu verweisen, die »bereits zu Jahresbeginn durchgesichert« sei. Nicht grad neu.

Um diese Nicht-Nachricht etwas zu kaschieren, beginnt dann gleich der nächsten Satz mit »Nun wird bekannt«. Allerdings geht es »nun« nicht mehr um den ersten, sondern um den zweiten Bauabschnitt der B167neu von Nordend in Richtung Bad Freienwalde. Hier soll der Antrag auf Planfeststellung Ende 2026 erfolgen. Zur Erinnerung: Der Antrag auf Planfeststellung für den ersten Bauabschnitt wurde im Jahr 2012 gestellt. Insofern ist das »schneller als gedacht« auch für den zweiten Bauabschnitt eine sehr relative Formulierung.

Erst im dritten Absatz wird die aufgebaute Spannung dem tatsächlichen Nachrichtenstand entsprechend abgewickelt. Zu den nicht wirklich neuen Neuigkeiten hatte der Redakteur beim Landesbetrieb nachgefragt und die längst bekannten Antworten erhalten. Deren Sprecherin will »nicht spekulieren« und »schon

gar nicht« konkrete Angaben machen. Fest stehe »allerdings« – denn das ist ja gesetzlich so festgelegt, worauf nicht extra hingewiesen wird – mit dem Baurecht durch die Planfeststellung könne »nicht sofort gearbeitet werden«. Auf den zweiten Bauabschnitt, zu dem es tatsächlich die eine neue Nachricht gab, wird übrigens nicht weiter eingegangen.

Im folgenden werden auch nochmals die bekannten Argumente der seit 2023 bestehenden Bürgerinitiative »Pro Waldstadt« wiederholt, was löblich ist. Die schon viel länger existierende Bürgerinitiative »Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!« blieb allerdings unerwähnt. Immerhin griff der Artikel aber deren Hinweise zur Bedeutung der B167 als Bestandteil des Militärstraßennetzes auf – als Nachricht, »die hinter vorgehaltener Hand die Runde« mache. Mit der Erfindung »vorgehaltene Hand« erreichte die Lokalredaktion, die Wichtigkeit dieser Nachricht zu betonen. Wieder so ein journalistisches Mittel zur Aufwertung von Meldungen. Hier sehr klug eingesetzt. Tatsächlich hatte sich die BI »Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!« darüber keineswegs »hinter vorgehaltener Hand«, sondern offen und öffentlich ausgelassen.

Aber letztlich wurde das Ziel erreicht. Mit diesem Artikel konnte das lokale Tagesblatt überdurchschnittliche Aufmerksamkeit erzielen. Und nur das zählt.

GERD MARKMANN

Märchen und Spekulationen

Hier mal wieder was aus der Rubrik »Nicht gedruckte Leserbriefe« zum Beitrag »Kommt die Umgehungsstraße nun schneller als gedacht?« (Barnim-Echo, 4.11.2025). Der Autor des Artikels und MOZ-Regionalleiter Barnim-Uckermark Thorsten Pifan lehnte einen Abdruck des Leserbriefs ab. Darin sei unzutreffend dargestellt, »wir (also die MOZ – gm) würden als Nachrichtenmedium die Aussage treffen, daß die Umgehungsstraße schneller als gedacht kommt«. Daher sei der Beitrag »als unsachlich« zurückzuweisen. Hier nun der Leserbrief von GERD MARKMANN:

Der Beitrag rief den geplanten Neubau der Bundesstraße B167n als Schnellstraße von der Autobahn A11 bis zum Eberswalder Marktplatz mal wieder in Erinnerung. Tatsächliche Neuigkeiten konnte der MOZ-Redakteur allerdings nur zum zweiten Bauabschnitt in Richtung Bad Freienwalde vermelden, für den nun doch schon Ende 2026 der Antrag auf Planfeststellung gestellt werden soll. Insofern bleibt die Formulierung »schneller als gedacht« pure Spekulation ohne irgendeine neue Information. Ansonsten werden bekannte Behauptungen wiederholt, die mit der Realität wenig zu tun haben. So wird auch mit der hundertsten Wiederholung das Märchen nicht wahrer, wonach der Verkehr in Eberswalde entlastet wird. Stattdessen wird zusätzlicher Verkehr in die Breite Straße und die dafür gar nicht ausgebauten Zubringerstraßen zu den wenigen

Anschlußstellen der B167neu geleitet. Der Verweis auf die Bürgerinitiative »Pro Waldstadt«, die sich seit Sommer 2023 gegen das Vorhaben stemmt, ist korrekt. Aber warum verschweigt der Autor die schon viel länger bestehende Bürgerinitiative »Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!«, die mit Oskar Dietterle seit 2019 sogar in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde vertreten ist?

Schließlich kann davon, daß die Informationen zur militärischen Bedeutung der B167neu lediglich »hinter vorgehaltener Hand die Runde« machen, keine Rede sein. Vertreter der Bürgerinitiative »Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!« haben darüber offen und öffentlich informiert, beispielsweise in der Ende 2024 veröffentlichten Broschüre »Diese ‚B 167 neu‘ wird nicht gebraucht« von Oskar Dietterle und Johannes Madeja.

Das Büro von Herrn X am Rollbergeck

Ein Besuch an dem Eck, wo Bernau weder lebenswert noch attraktiv ist
Heute morgen wurde, wie auch sonst wochentags, vor meinem Wohnzimmer die ganze Straßenlänge zugestellt. Das geht jetzt etwa seit 2023 so. Doch just entdeckte ich vor meinem Fenster den Firmenwagen eines geschäftlichen Mieters von zwei Straßen weiter, gleich am Rollbergeck. Dort rief ich glatt mal an und fragte, warum man denn so weite Wege gehen muß, um an die Arbeit zu kommen. Da sich mein Gesprächspartner in einer Vertragssituation befindet, die sich angesichts der Zustände doch eher delikats darstellt, nenne ich es mal Büro X.



Am 13.10.2023 wurde das neue Gesundheitszentrum Rollbergeck eröffnet. Seitdem stieg am Neuen Schulweg der Parkraumbedarf massiv an. Dies wurde aber nicht durch die Erweiterung des privaten und unterirdischen Parkhauses aufgefangen, denn diese Möglichkeit ist eben nur für private Mieter mit Sondervertrag nutzbar. Es strömt nun ein Vielfaches an Tageskunden und Beschäftigten zum Rollbergeck als je zuvor. Diese Misere hält nun schon zwei Jahre so an.

Jedoch hat sie sich jetzt nochmals verschärft. Seit Oktober gibt es am Rollbergeck eine neue private Parkraumbewirtschaftung mit zeitlicher Limitierung. Endlose Fahrzeugschlangen drängen sich von Montag bis Freitag an den Zuwegungen, auf der Parkfläche der Zufahrtsstraße und natürlich im Hof, währenddessen im Parkhaus am Ladeburger Dreieck gegenüber jeden Tag 200 bis 300 Parkplätze frei bleiben (Foto). Die am Eck vorgehaltenen Parkplätze sind freilich rar. Das Parken ist nun auf drei Stunden Stehzeit limitiert, und das wird auch kontrolliert. Überschreitungen werden jeweils mit 29,99 € geahndet. Das ist mehr als ein Haltverbot im öffentlichen Raum kostet.

Und was machen die Leute, die mit dem Auto kommen und dort den ganzen Tag arbeiten? Mieter wie Herr X dürfen zwar wie Tagesgäste kostenlos am Objekt draußen parken, aber es gibt keine dauernde Reservierung für Geschäftsträger wie z.B. Arztpraxen mehr, je nach Vertragsgestaltung. Auch die Konditionen zur Nutzung des unterirdischen privaten

Parkhauses für Mieter liegen monatlich im dreistelligen Bereich und erreichen damit das Kostenlevel der städteigenen Parkhäuser. Aber über 1.000 € im Jahr nur fürs Parken hinzulegen, ist das wirklich eine Alternative? Und so suchen sich niedergelassene Dienstleister des Gesundheitswesens tatsächlich im Umfeld einen Parkplatz und belasten genauso wie es auch viele Lehrer der Schule am Kirschgarten (ehemals: Oberschule am Rollberg) tun, zusätzlich die angespannte Parkraumsituation in anliegenden Wohnstraßen.

Beparkt wird die Tobias-Seiler-, Rollenhagen-, Hermann-Duncker- und Sachtelebenstraße. Hier parkten bis 2022 nur Anlieger, denn es waren einst Wohnstraßen, die tatsächlich vorzugsweise zu Wohnzwecken genutzt wurden. Auch Herr X kennt noch den wilden Parkplatz neben dem Krankenhaus, der 2021 ersatzlos geräumt wurde. Er erinnert sich, früher gab es selbst im Parkhaus am Bahnhof einen Tarif für 35 € monatlich, aber das ist lange her und auch zu weit weg vom Rollbergeck. Auch das Parkhaus »Ladeburger Dreieck« ist keine Alternative, da die Jahresgebühren ebenso viel zu teuer sind und es zudem keine sondervertraglichen Tarife für Büromieter gibt. Von der Stadtverwaltung ist ihm dazu keine vernehmliche Reaktion bekannt. Das Rathaus behandelt einen solchen Zustand scheinbar als zu dulddenden Makel. Ich denke aber, eine Stadt, die von sich behauptet, attraktiv und lebenswert zu sein, sollte sich anders organisieren.

THOMAS TOBLER

Ortsumgehungsstraße?

Sachstandsanfrage auf der StVV

Bernau (bbp-ber). Auf Anfragen des Abgeordneten PÉTER VIDA zum Planungsstand einer Ortsumgehungsstraße, speziell einer Südumgehung von Bernau, gibt es einen neuen Stand, vorgetragen auf der 11. Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 16. Oktober:

Nachfrage zur Antwort auf die Anfrage »Realisierung einer Ortsumgehungsstraße« vom September 2025.

1. Welche Streckenführung wird im Rahmen der Planungsvereinbarung angestrebt? Welche Vorschläge wurden/werden durch wen vorge-tragen?

2. Es erfolgte keine Antwort auf die seinerzeitige Frage 3, welche Planungsüberlegungen bezüglich der zweiten Anbindung von Bernau-Süd bestehen und inwiefern diese in Harmonisierung bzw. Synchronisierung mit den Überlegungen zur Ortsumgehungsstraße stehen.

Ich bitte um zeitnahe Beantwortung. Die Sachstandsmitteilung zum Mobilitätskonzept ist ein allgemeiner Bericht, der das Fragerecht nicht verdrängt.

Für die Verwaltung antwortete Ingo Hildebrand vom Stadtplanungsamt. Zu Frage 1 führte er aus, daß im Rahmen der Untersuchungen im Jahr 2020 »sich eine Vorzugsvariante zwischen L200/L31 und Sonnenallee/Venusbogen« ergeben habe. Ausgehend vom Beschluß 7-0612 seien »hierzu weitere Untersuchungen durchzuführen und ein geeignetes Planverfahren vorzubereiten. Eine Streckenführung kann im Moment nicht benannt werden, da hierzu die im Rahmen des Verfahrens durchzuführende Linienbestimmung noch nicht erfolgte.«

Damit ging Hildebrand zur Beantwortung der zweiten Frage über: »Zur Vorbereitung eines Planfeststellungsverfahrens zählt die Durchführung einer Bedarfsplanung. Die bisherigen Unterlagen (Voruntersuchungen) erfüllen dies nur bedingt.

Aktuell befindet sich die Stadtverwaltung bereits in Abstimmungen mit einem Planungsbüro für die Vorbereitung der Bedarfsplanung einschließlich der zu untersuchenden Punkte. Derzeit wird zudem ein neues Verkehrsmodell erstellt. Mit diesem Instrument lassen sich auch Änderungen in der Verkehrsinfrastruktur simulieren. Die Ergebnisse hieraus werden für die Bedarfsplanung sehr wichtig sein.

Im Rahmen des Planverfahrens werden relevante Punkte oder Zielvorgaben (wie beispielsweise die Vermeidung von Durchgangsverkehr) mit geprüft«.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
 eMail: abo@barnimer-buergerpost.de

Historienspaziergang

Die Akademie der Gesundheit e.V. – Campus Eberswalde und ver.di Berlin-Brandenburg ziehen eine positive Bilanz ihres Pilotprojektes »Demokratie und Mitbestimmung«. Die speziell entwickelten Unterrichts-Module stießen bei den Auszubildenden auf außerordentlich großes Interesse.

In vier Klassen beteiligten sich insgesamt 120 Auszubildende aktiv an den Seminarinhalten. Ein zentraler Bestandteil war ein »History-Walk«, der die Entwicklung der Arbeiterbewegung, ihre Errungenschaften und ihre gewaltsame Zerschlagung im Faschismus erlebbar machte. Die angehenden Gesundheitsfachkräfte diskutierten engagiert über die Bedeutung demokratischer Rechte – damals und heute – und knüpften Verbindungen zu ihrer zukünftigen Rolle im Gesundheitswesen.

»Die Auszubildenden haben äußerst interessiert und reflektiert diskutiert. Es war beeindruckend zu sehen, wie ernsthaft sie sich mit der Geschichte der Mitbestimmung und den aktuellen Herausforderungen auseinandergesetzt haben«, betont Ivo Garbe, ver.di-Gewerkschaftssekretär.

Auch seitens der Akademie der Gesundheit fällt die Bilanz äußerst positiv aus. Schulleiterin der Pflegeschule Eberswalde Wilma Möhring betont: »Die Kooperation mit ver.di hat unsere Ausbildungsinhalte spürbar bereichert. Die praxisnahen Module zeigen, wie gut Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen und junge Menschen zusammenarbeiten können. Ich empfehle eine solche Kooperation ausdrücklich zur Nachahmung.«

Mit dem Projekt setzt die Akademie der Gesundheit ein sichtbares Zeichen für Respekt, Offenheit und Vielfalt. Die erfolgreiche Bildungsreihe zur Demokratiebildung ist dabei ein wesentlicher Baustein – und zeigt, wie wichtig es ist, demokratische Werte bereits in der Ausbildung zu stärken.

KALLE KUNKEL

Lied des Herzens

Hör die Sonne in dir scheinen
Lausche den Strahlen des Lichts
Lieb die Farben deiner Seele
Hol dir die Sterne ins Herz ...

Gib den Freunden deine Wärme
Laß sie wie Blumen erblüh'n
Glaub im Menschen an das Gute
Sieh durch das Auge hindurch ...

Im Grunde eines jeden Herzens
Klingt ein verborgenes Lied
Trink das Schicksal bis zur Neige
Und fang ... ganz von vorne an.

JÜRGEN GRAMZOW

HoKaWe-Kauf vom Tisch?

Neue Informationen und ein alter Leserbrief

Eberswalde (bbp). Zur Diskussion um die Übernahme des Eberswalder Holzkraftwerks (HoKaWe), die wir in den BBP-Ausgaben vom Juni und vom September veröffentlicht hatten, erreichte die Redaktion noch ein weiterer Leserbrief, den wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten wollen. Auch wenn nach neuen – bislang unbestätigten – Informationen der Landkreis bzw. die Kreiswerke Barnim aufgrund neuer Sachstände ernsthaft überlegen sollen, auf den Kauf des HoKaWe zu verzichten.

Die sinnlose Verbrennung von Qualitätsholz

Zu: »Linke für HoKaWe-Kauf« in BBP Sommer 2025, Seite 8

Durch den Kauf des HoKaWe will nun der Kreis Barnim auf einem weiteren Geschäftsfeld unternehmerisch tätig werden. Bevor man ein Unternehmen gründet oder erweitert, ist ein Geschäftsplan nötig. Davon sind aber Landrat und Kreistag in diesem Falle meilenweit entfernt, wie die Stellungnahmen der Parteien zeigen. Es fehlt wirklich an allem.

Ist das HoKaWe wirklich »klimaneutral«? Holz muß von immer weiter entfernt liegenden Lagerstätten herantransportiert werden. Damit wird zukünftig mehr Treibstoff verbraucht und mehr CO₂ wird ausgestoßen. Dadurch wird der CO₂-Preis für diese Holzverbrennung mit Sicherheit ansteigen.

Auch an der ökologischen Bilanz gibt es Zweifel. Das eingeschlagene Holz wird lange im Wald für den Abtransport gelagert, um es dann getrocknet der Verbrennung zuzuführen. Nach diesem Prozeß kann der abführende LKW mehr Holz laden. Gleichzeitig wirkt das lagernde Holz als Vorrat für mögliche Waldbrände, aber mit Sicherheit als Brutstätte für Forstschädlinge.

Hinsichtlich der Ökonomie gibt es bisher nur Ideologie und Wunschdenken. Physikalisch ist es sinnvoll, Abwärme für Heizung zu

nutzen. Aber wie teuer wird diese Nutzung für den Verbraucher oder Nichtverbraucher unter den Bedingungen einer subventionierten staatlichen Mißwirtschaft – in den Qualitätsmedien Marktwirtschaft genannt?

Das sinnlose Verbrennen von Qualitätsholz wurde bisher staatlich gefördert durch die EEG-Umlage, die alle zu zahlen haben.

Sollen nun alle Barnimer zur Kasse gebeten werden, damit eventuell einige Fernwärmeverbraucher keine CO₂-Abgabe für die Heizung zahlen müssen?

Über diese Fragen entscheiden die gewählten Abgeordneten der Parteien nicht.

Besonders schlimm finde ich die Aussage der Kreistagsabgeordneten Schneemilch (Die Linke), das Verbrennen von Holz gelte bundesrechtlich als nachhaltig – obwohl es das nicht ist. Also, wenn man nicht weiß, was man beschließt, dann beruft man sich auf Recht und Vorschriften, obwohl diese eventuell Naturgesetzen widersprechen. Von demokratisch gewählten Volksvertretern erwartet der Bürger sachkundige Entscheidungen, und nicht das Nachplappern von Gesetzen und Vorschriften.

Dr. ULRICH POFAHL (Juli 2025)

Klimaanpassung für den Bahnhofsvorplatz

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung soll prüfen, welche Maßnahmen erforderlich und geeignet sind, um die klimatische Situation auf dem Bahnhofsvorplatz zu verbessern, fordert die Fraktion Bündnis 90/Grüne in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde.

»Der Bahnhofsvorplatz ist sehr stark versiegelt«, stellt KAREN OEHLER fest. »Der längere Aufenthalt auf dem Platz birgt an Hitzetagen für Reisende gesundheitliche Gefahren, da wenig Schattenplätze vorhanden sind und sich sommerliche Hitze auf Grund der großflächigen Versiegelung des Platzes dort staut.«

Diese Situation ist nicht zuletzt Folge der Umgestaltung des Platzes vor rund zwanzig Jahren. Damals verschwand die grüne Insel in der Platzmitte und von den Grünflächen an der Bahnhofsbücke blieben nur kärgliche Reste. Außerdem wurden auch Teile der damals ruderalen Flächen des einstigen RAW einbezogen und weitgehend versiegelt. Auf-

grund der bald aufkommenden Kritik wurde 2017 ein etwa zehn Quadratmeter großes Rondell entsiegelt und mit einem Baum bepflanzt. Die Bündnisgrünen verweisen nun auf das Klimaanpassungskonzept, nach dem eine Reihe von baulichen Veränderungen denkbar seien, die das Klima auf dem Platz erträglicher machen. Die Verwaltung solle Möglichkeiten der Entsiegelung von Flächen prüfen. Dies dürfte mittlerweile nach Ende der Förderfristen auch rechtlich möglich sein.

»Durch ein Konzept zur Begrünung mit geeigneten Pflanzen könnte zudem die Attraktivität des Platzes erhöht werden«, Karen Oehler. Zugleich regt sie an, in die konzeptionelle Betrachtung auch den mit einer hohen Priorität versehenen Zugang zu Trinkwasser (Trinkwasserbrunnen) zu berücksichtigen. Zudem wird ein fachlicher Austausch mit Bernau vorgeschlagen, da der dortige Bahnhofsvorplatz gerade vorbildlich umgestaltet wird.

Auf drei wackligen Beinen

In der lokalen Tageszeitung gab es kürzlich mal wieder einen Bericht zum Holzkraftwerk Eberswalde (*»Übernahme läßt auf sich warten«*, MOZ 14.11.2025). Es geht um den Stromerzeuger durch Holzverbrennung in Eberswalde, besser bekannt unter dem Kürzel HoKaWe. Den will der Landrat von unserem Steuergeld kaufen. Es geht nicht um das Pelletierwerk, das will er nicht kaufen. Abgesehen von dieser *»Ungenauigkeit«* war das, was das Blatt verkündete, also eine gute Nachricht!

Das HOKAWE *»steht«* auf drei Beinen: Zum einen muß es billig Holz kaufen können, das anfallende sogenannte Energieholz reicht nicht aus. Zweitens: Es muß von der – längst fälligen – CO₂-Abgabe weiter befreit werden, obwohl es jährlich mehr als 150.000 t CO₂ freisetzt, das die Bäume in hundert Jahren gespeichert haben. Von *»klimaneutral«* kann also gar keine Rede sein! Drittens: Die Subventionen, es handelt sich um circa 12 Cent je erzeugter Kilowattstunde, dürfen nicht wegfallen. Sie werden aber wegfallen, wenn *»Brüssel«* endlich begriffen hat, daß die Verbrennung von Holz klimaschädlicher ist als die Verbrennung von Braunkohle. Der Plan, die anfallende Wärme verkaufen zu wollen, muß zeitnah

gelingen. Die dafür erforderlichen Fernwärmeleitungen gibt es aber noch gar nicht und dann ist auch noch die Turbine so umzurüsten, daß die Wärme in ausreichend guter Qualität zur Verfügung steht. Natürlich sollen das die Strom- und Wärmekunden bezahlen, wer sonst?

Zurück zu den drei Beinen. Es ist wie bei einem dreibeinigen Tisch. Wenn nur eines dieser drei Beine wegbriecht, dann fällt der Tisch um. Das HoKaWe wäre dann *»tot«*, nicht mehr rentabel! Der Kauf war dann eine glatte Fehlinvestition. Am schnellsten bricht das Bein CO₂-Abgabe, für Müllverbrenner gilt sie jetzt endlich!

Hier sollte der Landrat dreimal gut überlegen. Im nächsten Jahr sind Wahlen und er will ja Landrat bleiben. Sein Amtsvorgänger war, das ist mehr als zehn Jahre her, klug genug, auf den – vom Kreistag genehmigten – Kauf zu verzichten. Damals ging es um das *»Bein«* billiges Holz. Nun dürfen wir gespannt sein, ob die *»Übernahme«* doch passiert oder bis zum Sankt Nimmerleinstag auf sich warten läßt. Das wäre dann eine weitere gute Nachricht wert.

JOHANNES MADEJA

»Familienpolitik aktiv gestalten«

Eberswalde (prest-ew). Im Oktober fand in Eberswalde das erste Regionaltreffen der Lokalen Bündnisse für Familie aus der Region Brandenburg Nord statt. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung vom Lokalen Bündnis für Familie Eberswalde in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Tagungsort war das *»Büro e«*, Sitz des Eberswalder Amtes für Wirtschaftsförderung.

Das Treffen bot eine konstruktive Plattform für Austausch, Vernetzung und fachliche Diskussion. Ziel war es, Koordinatoren und Vertreter aus verschiedenen Bündnissen zusammenzubringen, um über Strukturen, Herausforderungen und Erfahrungen zu sprechen.

Im Austausch wurde deutlich, wie unterschiedlich die Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen sind: Während einige Bündnisse rein ehrenamtlich arbeiten, sind andere institutionell an Kommunalverwaltungen angebunden. Die Vielfalt an Organisationsformen machte zugleich das gemeinsame Ziel deutlich: Familien in ihrer gesamten Bandbreite zu unterstützen – unabhängig von Lebensform und Konstellation.

Ein besonderes Merkmal des Eberswalder Bündnisses ist seine enge Anbindung an die Stadtverwaltung. Die Koordination erfolgt direkt aus dem Rathaus – eine Struktur, die im Land Brandenburg selten ist. *»Daß wir in Eberswalde eine feste Stelle im Rathaus geschaf-*

fen haben, die sich unter anderem um die Koordination des Familienbündnisses kümmert, zeigt unseren Anspruch, Familienpolitik aktiv zu gestalten und nicht dem Zufall zu überlassen«, betonte Bürgermeister Götz Herrmann, zugleich Schirmherr des Eberswalder Bündnisses. *»Familienfreundlichkeit entsteht nicht zufällig; sie ist das Ergebnis koordinierter Maßnahmen, engagierter Menschen und guter Zusammenarbeit. Ich bringe mich persönlich ein – ob beim Seniorennachmittag während der Familienwoche oder bei der Auszeichnung familienfreundlicher Unternehmen. Die Unterstützung von Familien ist für mich eine kommunale Kernaufgabe. Familienfreundlichkeit lebt vom Austausch, regional wie überregional.«*

Eberswalde setzt seit Jahren gezielt familienfreundliche Maßnahmen um – darunter die Förderung von Eltern-Kind-Zentren, Projekte wie die *»Guten Orte«* oder die jährlich stattfindende Familienwoche. Das lokale Netzwerk deckt ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten ab – von Schwangerschaftsberatung über Frühförderung bis hin zur Begleitung am Lebensende.

Im Verlauf des Treffens wurde deutlich, daß trotz struktureller Unterschiede ähnlicher Bedarf besteht: Wunsch nach verbindlichen Standards, größerer Sichtbarkeit in Politik und Öffentlichkeit sowie einer stärkeren Unterstützung durch die kommunale Ebene.

15 Kleinprojekte

Zum zweiten Mal unterstützt die Lokale Aktionsgruppe Barnim (LAG) Kleinprojekte im Rahmen des LEADER-Regionalbudgets. Bis zum 31. Oktober konnten Vereine ihre Ideen einreichen. Insgesamt gingen 26 Projektanträge aus der LEADER-Region Barnim ein. Nun hat der Vorstand der LAG entschieden, wie die verfügbaren 200.000 Euro Fördermittel verteilt werden. Ziel des Regionalbudgets, das aus Mitteln des Landes und der Europäischen Union finanziert wird, ist die Stärkung des Engagements im ländlichen Raum.

»Wir freuen uns über die Vielzahl spannender Projektideen«, erklärt BURKHARD HORN, Vorstandsvorsitzender der LAG, nach der Ausschlussitzung des LAG-Vorstandes. *»Das Budget wurde um rund 120.000 Euro überzeichnet. Leider konnten wir nicht alle Vorhaben berücksichtigen. Nach den festgelegten Bewertungskriterien haben jedoch immerhin 15 Projekte einen Platz in unserem Aktionsplan erhalten.«* Die ausgewählten Kleinprojekte verfügen über ein finanzielles Volumen zwischen 2.000 und 20.000 Euro. Horn kündigt an: *»Auch in den Jahren 2026 und 2027 wird es voraussichtlich weitere Aufrufe zur Einreichung von Projektideen zur Förderung im Rahmen des Regionalbudgets geben.«*



FOTO: STEFAN ESCHER

Der Bau eines Kulturlandschaftspfades in der Gemeinde Liepe mit 13 Stationen wird mit rund 5000 Euro LEADER-Mitteln gefördert.

Die Bandbreite der Ideen zeigt die lebendige Entwicklung im Barnim. Zu den ausgewählten Projekten gehören unter anderem die Elektrifizierung des historischen Salonboots *»Funtensee«* auf dem Finowkanal nach Originalvorbild von 1919, die Anschaffung mobiler Tribünen zur besseren Durchführung von Sport- und Kulturveranstaltungen in Biesenthal sowie eine mobile Kinderwerkstatt in Werneuchen, die handwerkliche Fähigkeiten in städtischen und freien Kitas fördern soll. Der Aktionsplan wird nun dem Landesamt für ländliche Entwicklung und Flurneuordnung in Prenzlau zur Prüfung vorgelegt. Die Freigabe wird für Ende des ersten Quartals 2026 erwartet, sodaß die Projekte anschließend starten können.

Ganzheitliche Ernährung (51)

Auf welche Lebensmittel sollten Sie bei Gicht lieber verzichten und welche Lebensmittel sind empfehlenswert?

Bei *Gemüse* können Sie sich nach Lust und Laune bedienen. Ob Möhren, Tomaten oder Gurke, sämtliche Arten von Salaten mit Bitterstoffen (z.B. Rucola, Chicoree, Endivie, Radicchio) oder auch Kohlrabi können gerne auf Ihrem Speiseplan stehen. Maximal zweimal in der Woche sollten Sie Spinat, Spargel, Schwarzwurzeln, Champignons und Hülsenfrüchte (z.B. Sojabohnen, Linsen und Bohnen) verzehren, da diese Gemüsesorten purinreich sind. Verzichteten sollten Sie auf jedes Tiefkühlgemüse, welches Butter oder Sahne enthält.

Bei *Obst* greifen Sie gerne zu zuckerarmen Obstsorten wie Zitrusfrüchte (z.B. Orangen, Mandarinen, Grapefruit, Limetten, Pomelos), Papaya, Äpfeln und Beeren (z.B. Stachelbeeren, Johannisbeeren, Himbeeren, Heidelbeeren). Dagegen sollten gezuckerte Obstkonserven und Obstmus sowie Trockenobst nicht auf Ihrem Einkaufszettel stehen.

Bei *Fleisch* darf es gerne Hühner- oder Putenfleisch (ohne Haut) sein. Nur in Maßen sollten Sie Wild, mageres Rind- oder Kalbfleisch verzehren. Nicht empfehlenswert sind fettes Fleisch von Gans und Ente. Auch auf Schweinebraten und Haxe sollten Sie lieber verzichten. Ebenso ungeeignet sind Speck, Schinken oder Innereien. Auch fettreiche Wurstwaren wie z.B. Salami, Mettwurst oder Bratwurst sind absolut ungeeignet.

Bei *Samen, Kernen und Nüssen* können Sie gerne zu Walnußkernen, Mandeln, Hasel- oder Paranüssen greifen. Da Sonnenblumenkerne und Kürbiskerne reich an Purin sind, sollten Sie davon nur wenig verzehren. Jegliche Arten von gesalzenen Nüssen sowie Erdnüsse sind nicht zu empfehlen.

Vollkornbrot, Vollkornreis, Vollkornnudeln, frisch zubereiteter Kartoffelbrei und Pellkartoffeln sind immer eine gute Wahl. Vorsichtig sollten Sie bei Haferflocken, Grünkern, Knäckebrötchen und Buchweizen sein, da diese sehr purinreich sind. Auf jeden Fall sollten Sie Sie Fastfood, Bratkartoffeln, Fertiggerichte und Chips meiden. Auch Salzgebäck, Pommes frites, Kartoffelpuffer und süße Backwaren sollten nicht auf Ihrem Einkaufszettel stehen.

Gerne können Sie zu Leinöl, Weizenkeimöl, Rapsöl und Walnußöl greifen. Auch ein wenig Butter ist erlaubt. Dagegen sind Schmalz, Mayonnaise, Sonnenblumenöl und Distelöl für Sie absolut ungeeignet.

Empfehlenswert sind Eier, Milch bis 3,5%, Speisequark bis 20% und Naturjoghurt bis 3,5%. Auch zu Eier, Käse bis 45% Fett i.T. und Buttermilch können Sie gerne greifen. Ungeeignet sind Pudding, Milchreis, Kakao sowie Fruchtjoghurt, -quark und -buttermilch.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Akademie der Gesundheit Eberswalde:

»Markt der Toleranz«

Eberswalde (bbp). Am 6. November stellte die Akademie der Gesundheit in ihrem Eberswalder Campus in der Schicklerstraße 20 den »Markt der Toleranz« vor. Das Projekt setzt ein deutliches Zeichen für Respekt, Offenheit und gelebte Vielfalt in der Gesundheitsbranche.

»Gesundheitsberufe sind so vielfältig wie die Gesellschaft selbst«, heißt es in der Mitteilung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die das Projekt mit einer Schreibwerkstatt unterstützt. »Menschen unterschiedlichster Herkunft, mit verschiedenen Geschlechtern, Lebensentwürfen und sexuellen Orientierungen arbeiten hier Seite an Seite – und kümmern sich um andere. Ebenso vielfältig sind die Menschen,

die auf Pflege, Begleitung und medizinische Unterstützung angewiesen sind – Menschen mit vielfältigen Geschichten, Hoffnungen und Bedürfnissen.«

Gerade in diesem Umfeld sei Toleranz kein Zusatz, sondern eine unverzichtbare Grundlage professioneller und menschlicher Gesundheitsarbeit. Die Akademie der Gesundheit setzt sich deshalb dafür ein, Toleranz, Demokratie und gegenseitigen Respekt schon in der Ausbildung zu verankern.

Am Eberswalder Standort der Akademie werden Pflegefachkräfte, Pflegehelferinnen und -helfer, Hebammen, Notfallsanitäter und Logopäden ausgebildet.

Notstand »Rechtliche Betreuung«

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland insgesamt rund 1,4 Millionen Betreuungsverfahren registriert, davon etwa 1.046.000 laufende Betreuungen. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig das Thema rechtliche Betreuung für viele Menschen ist. Der Bedarf an rechtlichen Betreuungen steigt, doch es besteht ein akuter Fachkräftemangel – besonders in Berlin und im Land Brandenburg! Viele Berufsbetreuer, die in den 1990er Jahren dort begonnen haben, gehen in den Ruhestand, und es gibt zu wenige Neueinsteiger.

Um rechtlicher Betreuer werden zu können, muß man die Ausbildung »Sachkundelehrgang rechtliche Betreuung« absolvieren. Das AGAPE-INSTITUT hat im November 2023 als erstes Institut im Land Brandenburg die staatliche Anerkennung als Ausbildungsinstitut für zukünftige Betreuer erhalten und bildet seit Januar 2024 aus.

Das Agape-Institut eröffnet so für viele diese neue berufliche Perspektive und hilft, die Versorgungssituation im Land Brandenburg

zu verbessern. Zusätzlich zum Lehrgang in Präsenz unterstützt das AGAPE-INSTITUT die Teilnehmenden bei der Gründung ihrer neuen Existenz.

Aber: Wer weiß von dieser Möglichkeit?

Viele Menschen, die sich in der Mitte ihres Lebens beruflich verändern möchten, wissen und erfahren oft nicht, daß sie als rechtliche Betreuer tätig werden können. Die Arbeitsämter und die Deutsche Rentenversicherung promoten dieses Berufsbild nach unseren Recherchen nicht. Gemeinsam können wir dafür sorgen, daß mehr Menschen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen – professionell mit Respekt, Selbstbestimmung und Würde.

Das staatlich anerkannte AGAPE-INSTITUT bildet bundesweit rechtliche Betreuer aus. Weitere Informationen beim AGAPE-INSTITUT für Weiterbildung, Psychotherapie und Seelsorge in der Eberswalder Straße 24 b in 16227 Eberswalde (www.agape-therapie.de).

Prof. Dr. GUNTRAM PLATTER, Agape-Institut

Brodowiner Meierei schließt

Brodowin (bbp). Im Ökodorf Brodowin, speziell im dortigen landwirtschaftlichen Betrieb, stehen Veränderungen an. Veränderungen, die vor allem den Kunden des traditionsreichen Ökolandwirtschaftsbetriebes nicht gefallen werden. Die Meierei (Milchverarbeitungsbetrieb) in Brodowin muß schließen. Am 20. November teilte die Geschäftsleitung mit:

»Zum 30. November 2025 beenden wir die Produktion in unserer Meierei. Damit endet auch die Abfüllung unserer Brodowiner Milch. Die Gründe sind eindeutig: stark steigende Energiekosten, hohe Verarbeitungskosten und ein Marktumfeld, das handwerkliche Bio-Erzeugung massiv unter Druck setzt. Alle Einspar- und Rationalisierungsmöglichkeiten haben wir genutzt – ohne Spielraum nach unten.« Damit

ist das, worüber schon länger gesprochen wurde, eingetreten. Das bislang praktizierte Halten von Kühen in Ställen, nur um Milch zu verkaufen, rentiert sich nicht und ist auch im Sinne des ökologischen Kreislaufs nicht sinnvoll. Doch wie geht es weiter?

»Transparenz bleibt unser Anspruch. Und genauso klar möchten wir sagen: Auch ohne Meierei bleibt unser Hof ein lebendiger Ort ökologischer Landwirtschaft – mit vielen Produkten, die euch weiterhin begleiten, wie zum Beispiel den Brodowiner Käse. Parallel entwickeln wir den Hof für Besucher weiter – informativer, erlebnisreicher, zukunftsfähiger. Danke für eure Treue und eure Überzeugung, die uns seit Jahrzehnten trägt.«

Exkursionsbegleitung im Oktober

Gelungene Exkursion mit Prof. Ibisch im Wald an der Wandlitzer Chaussee



JONATHAN ETZOLD und KARIN TALABUDZINOW, beide Teil des Sprecherinnen- und Sprecherteams der *Bürgerinitiative BernauerWald Retten*, waren am 20. Oktober die Exkursionsbegleitung einer Studierendengruppe der HNEE unter Leitung von Prof. Dr. Ibisch durch den Wald an der Wandlitzer Chaussee (gegenüber OBI) in Bernau.

Bei strahlendem Sonnenschein trafen wir uns 9.15 Uhr mit Prof. Ibisch, dessen Kollegen und einigen Studierenden der HNEE vor dem Bernauer Bahnhof, dessen Vorplatz sich gerade im klimarobusten Umbau befindet. Beinahe zeitgleich mit unseren Gästen traf die Lieferung der neu zu pflanzenden Bäume auf dem zuvor teilweise entsiegelten Bahnhofsvorplatz ein.

Ein bemerkenswerter Zufall, der großes Interesse bei unseren Gästen erregte: War doch Prof. Ibisch maßgeblich am Projekt »Bernau Pro Klima« von 2018/19 beteiligt. Es handelte sich dabei um einen zweijährigen Prozeß mit hoher Bürgerbeteiligung, an dessen Ende die Entwicklung einer wissenschaftlich fundierten Klimaanpassungsstrategie für die Stadt Bernau stand.

Ziel der heutigen Exkursion war es zu erkunden, inwieweit die formulierten Empfehlungen umgesetzt wurden: Gelang es, die damals identifizierten Problemsituationen in der Stadt so zu verändern, daß man den Herausforderungen des Klimawandels inzwischen besser gerecht werden kann?

Nach einer kurzen Einführung und Begrüßung auf dem lauten Bahnhofsvorplatz ging es von dort mit den Fahrrädern direkt

zum Wald an der Wandlitzer Chaussee. Hier gab Prof. Ibisch mithilfe von Kartenmaterial einen groben Überblick über die Ergebnisse der Studie von 2019 und erläuterte z.B., welche Flächen sich in Bernau besonders aufheizen. Dabei wurde sofort die Bedeutung der sechs Hektar großen Waldfläche an der Wandlitzer Chaussee als Kaltluftschneise für Bernau ersichtlich.

Anschließend beschrieb Jonathan Etzold den politischen Prozeß, an dessen Ende der Beschluß der Stadtverordneten im September 2024 stand, demzufolge dieser Wald gerodet und zum Gewerbegebiet ausgebaut werden soll. Er berichtete über die Gründung der *Bürgerinitiative BernauerWaldRetten* im November 2024 und die Aktionen, die seither von der BI organisiert wurden, um den Wald zu schützen.

Anschließend fand eine geführte Begehung statt, bei der deutlich wurde, daß es sich um einen vitalen, klimarobusten Mischwald handelt; ein gesundes Ökosystem, das viele wichtige Funktionen erfüllt.

Prof. Ibisch hob zum Schluß noch die Notwendigkeit des Engagements der Zivilgesellschaft zum Schutz der Natur hervor, da es leider keine andere Lobby für diesen eher kleinteiligen und lokalen, aber doch so fundamental wichtigen, weil direkt spürbaren Umweltschutz gibt.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für das Interesse und die Zusicherung weiterer Unterstützung zum Schutz unseres Waldes!

BÜRGERINITIATIVE
BERNAUERWALDRETTE

ZENAPA
Zero Emission Nature Protection Areas



Die Klimaschutzrubrik (8)

Der Naturpark Barnim will gemeinsam mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ein treibhausgasneutrales Großschutzgebiet werden. Der Klimaschutzmanager JAN BUCHNER des EU-Projekts ZENAPA stellt klimaentlastende Maßnahmen vor, die es jedem ermöglichen, aktiv zur Energiewende und damit zum Klima- und Naturschutz beizutragen.

Elektromobilität – Ein Schritt in die Zukunft

Elektromobilität bietet eine effiziente und umweltfreundliche Alternative im motorisierten Individualverkehr.

Elektroautos sind umweltfreundlich, da sie lokal keine Abgase verursachen und bei Nutzung von erneuerbarem Strom nahezu emissionslos fahren. Emissionen entstehen lediglich durch den Reifenabrieb und die Bremsen.

Auch in Bezug auf die Betriebskosten stellen sich Elektroautos oft günstiger als herkömmliche Fahrzeuge dar. Durch die höhere Effizienz sind die Stromkosten in der Regel geringer als die Kosten für Benzin oder Diesel, und auch die Wartungskosten fallen niedriger aus. Zudem profitieren Elektroautos von Steuerbefreiungen und kostenlosen Park- oder Lademöglichkeiten in einigen Städten.

Eine der größten Herausforderungen für Elektroautos war lange Zeit die begrenzte Reichweite. Mittlerweile existieren Fahrzeugmodelle, die eine Reichweite von über 500 Kilometern aufweisen. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur schreitet voran und wird durch stetig neue öffentliche Ladepunkte im gesamten Bundesgebiet verbessert. Darüber hinaus stellen auch Unternehmen vermehrt Ladestationen der Allgemeinheit zur Verfügung. Zu Hause können Elektroautos bequem an einer Wallbox oder einer Haushaltssteckdose aufgeladen werden. Vor dem Kauf eines Elektroautos empfiehlt es sich, verschiedene Modelle Probe zu fahren, um das am besten zu den individuellen Bedürfnissen passende Fahrzeug auszuwählen.

Steigerung der Biodiversität im eigenen Zuhause

Der Schutz der Biodiversität ist eine wichtige Herausforderung. Auch im Garten, an der Hausfassade und auf dem Balkon kann jeder einen Beitrag leisten.

Vielfältige Lebensräume sind entscheidend für die Biodiversität. Durch gezielte Maßnahmen wie das Anlegen blühender Beete, artenreicher Wiesen, Totholzinseln und Steinhäufen sowie das Aufhängen von Nistkästen für Vögel und Fledermäuse können Lebensräume für heimische Flora und Fauna geschaffen werden und Nahrungsquellen geboten werden. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der heimischen Flora und Fauna.

Herzlose Geschäfte auf dem Rücken der Natur

Wie wir das Weltklima unter dem ungebremsen Freilauf der Nahrungskonzerne leiden lassen

Wie inzwischen überall durchgesickert ist, hat Deutschland ein großes Problem mit der Nitrat-Überdüngung im Grundwasser.

In zahlreichen Regionen Deutschlands ist das Grundwasser bereits jetzt erheblich durch Überdüngung bzw. die Stickstoffverbindung Nitrat belastet. Wesentliche Ursache hierfür sind Massentierhaltungsbetriebe, die weitaus mehr Dünger produzieren, als auf dem vorhandenen Land aufgebracht werden kann und darf. Man spricht hier von einer sogenannten hohen Viehdichte. Das Problem der Überdüngung und der daraus resultierenden hohen Nitratkonzentration im Grundwasser ist seit Jahrzehnten bekannt und die Folgen für die Trinkwassergewinnung sind in vielen Regionen mittlerweile gravierend.¹

Besonders im Flachland fällt die Fäkalienabfuhr aus Tierfabriken ins Gewicht, da dort das Risiko auf einen Grundwassereintrag am höchsten ist. Erst kürzlich wurde sogar der Bund gerichtlich dazu verpflichtet, in solchen Fällen tätig zu werden, um in seiner Obhutspflicht derartigen Fehlentwicklungen grundsätzlich entgegen zu wirken.

Passend dazu erschien nun der im Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung übersetzte Bericht der EAT-Lancet-Kommission.² Um das Schlimme gleich vorweg zu nehmen: Der Kommissionsbericht zeigt, daß rund dreißig Prozent der globalen Treibhausgasemissionen durch die von Menschen vollführte Nahrungsmittelproduktion entsteht.

Selbst wenn fossile Brennstoffe weltweit vollständig ersetzt würden, kann die Erderwärmung aufgrund unserer praktizierten Ernährungsprämissen nicht auf 1,5 Grad begrenzt werden. Besonders problematisch ist hierbei der weiterhin hohe Fleischkonsum der Menschen, gerade auch in Deutschland.

Doch das hierzulande bekannte Güllephänomen ist bei weitem nicht einmal das gravierendste. Wenn es um die globale Klimabilanz geht, wird die Gülle von Federvieh und Schweinen aus Ställen hoch übertroffen durch alle Wiederkäuerarten, wie zum Beispiel Rinder oder Schafe. Diese weltweit in großen Farmen unter freiem Himmel gehaltenen Nutztiere stellen mit ihrem Methanausstoß die größten Treiber der Klimakrise überhaupt: Methangase haben eine explizit höhere Gefährlichkeit im Vergleich zu CO₂ und übertreffen mit ihrer exponierten Gasentwicklung alle sonst üblichen CO₂-Verursacher der Branche.

Die Alternative? Statt sich im EU-Parlament darüber zu streiten, ob Wurst Wurst heißen darf, oder eine Schweinebox 5cm breiter werden soll, wäre eine Ernährungsumstellung hin zur sogenannten »Planetary Health Diet«



Gülleausbringung mittels Schleppschlauchverteiler. Übermäßige Nitratbelastung durch ungebremsen Gülle-eintrag ist das Ergebnis etablierter Massentierhaltungsanlagen in der westlichen Welt.

(PHD), einer flexitarischen Ernährungsweise, viel sinnvoller. Dieses Konzept würde gleich mehrfach wirken: Sie würde allein durch den verringerten Verbrauch von fleischlichen Endprodukten genannte Emissionen senken, 15 Millionen durch Ernährungsgewohnheiten bedingte vorzeitige Todesfälle jährlich verhindern und zugleich den Verlust der Biodiversität in jenen Gegenden bremsen, in denen zugunsten von Riesenfarmen natürliche Kreisläufe zerstört werden, wie zum Beispiel in Argentinien, Brasilien oder den USA.

Die angepasste Ernährungsweise setzt auf viel Obst, Gemüse, Vollkornprodukte, Hülsenfrüchte und Nüsse, während Fleisch und Milchprodukte stark reduziert werden. Um das global umzusetzen, müßte sich die Landwirtschaft jedoch grundlegend verändern – mindestens durch eine geringere Fleischproduktion und anteilig deutlich mehr pflanzliche Erzeugnisse. Nur durch solche tiefgreifenden Anpassungen, sagt der übersetzte Bericht³, ließe sich ein klimaneutrales Ernährungssystem erreichen.

Doch dies funktioniert nicht mit dem guten Willen der Verbraucher selbst, die vielerorts die Zeichen der Zeit erkannt haben. Deutschland hat es noch nicht einmal geschafft, obwohl dies hinlänglich begründet war, eine Agrarwende hin zu nachhaltiger Produktion einzuleiten. Das Ziel liegt noch viel höher. An diesem Punkt müssen weltweit politische Regularien geschaffen werden, die jeweils über den Tellerrand der einzelnen Branchen hinausreichen. Der erbärmliche Ausgang der letzten Weltklimakonferenz im November in Brasilien jedenfalls wird diesem Sinne nicht gerecht.

THOMAS TOBLER

Quellen

1 – DVGW »Zu viel Vieh – zu wenig Land« <https://t.ly/vC5PG>

2 – thelancet.com: »The EAT-Lancet Commission on healthy, sustainable, and just food systems« <https://t.ly/S1Dn3>

3 – pik-potsdam.de: »EAT-Lancet-Report: Ernährungssysteme überschreiten planetare Grenzen – Transformation kann Gesundheit und Gerechtigkeit fördern« <https://t.ly/TQJyK>

Gut zu wissen:

Klare Regeln schaffen für eine gewässerschonende Landwirtschaft

1991 verabschiedete die Europäische Union eine Richtlinie »zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen« (Richtlinie 91/676/EWG). Diese sogenannte Nitratrichtlinie wurde in Deutschland 2006 durch die Düngeverordnung umgesetzt.

Von Beginn an hat der DVGW betont, daß die darin definierte »gute fachliche Praxis« des Düngens aus Gewässerschutzsicht völlig unzureichend und dringend nachzubessern sei.

Zu dieser Einschätzung kam auch die Europäische Kommission und leitete 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein, das bis zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof führte; der EuGH hat der Kommission in seinem Urteil vom 21. Juni 2018 in allen Klagepunkten recht gegeben

Wärmepotentiale in Eberswalde

Der Gesamtwärmebedarf in Eberswalde beträgt 334 Gigawattstunden pro Jahr (GWh/a), was einem Endenergiebedarf von 383 GWh/a entspricht. Davon werden rund 73 Prozent durch dezentrale fossile Energieträger, vor allem Erdgas, gefolgt von Heizöl, bereitgestellt. Der Anteil von Wärmenetzen beträgt etwa 14 Prozent, von Biomasse etwa 7 und von Elektroenergie etwa 5 Prozent.

In der Potentialanalyse wurden die verfügbaren technischen Potentiale für eine erneuerbare Wärme- und Stromerzeugung erhoben. Sie zeigt, daß es technisch möglich ist, den gesamten Wärmebedarf durch erneuerbare Energien auf der Basis lokaler Ressourcen zu decken.

Das größte Potential für die Wärmeversorgung bietet demnach mit 1.037 GWh/a die oberflächennahe Geothermie über vertikale Sonden. Zusätzlich kann auch über horizontale Kollektoren (906 GWh/a) ein großer Anteil Wärme bereitgestellt werden.

Durch Solarthermie auf Freiflächen könnten 863 GWh/a und auf Dächern 232 GWh/a gewonnen werden. Diese Potentiale unterliegen allerdings einer starken saisonalen Schwankung. Daher spielen hier auch die Möglichkeiten einer Wärmespeicherung eine Rolle.

Mit Luft-Wasser-Wärmepumpen, umgangssprachlich Luftwärmepumpen, können 302 GWh/a nutzbar gemacht werden. Industrielle Abwärme ist mit bis zu 203 GWh/a vorhanden, im wesentlichen durch den Betrieb des Holzkraftwerkes. In Form von Abwasserwärme sind 136 GWh/a an Wärmepotenzial verfügbar. Außerdem verfügt Eberswalde über ein Potenzial von 41 GWh/a zur Nutzung mittels Biomasse.

Die Umwidmung bestehender Gasnetze zur langfristigen Substitution des Energieträgers Erdgas durch Wasserstoff wird für Privathaushalte aus Effizienzgründen und aufgrund von Planungsunsicherheiten derzeit ausgeschlossen.

Unter der Annahme einer vollständigen Sanierung aller Gebäude könnte eine Gesamtreduktion des Wärmebedarfs um 178 GWh bzw. um 47 % realisiert werden. Tatsächlich wird davon ausgegangen, daß 2045 der jährliche Wärmebedarf noch 251 GWh beträgt, was einer Minderung um 24,9 % gegenüber dem Basisjahr 2024 entspricht.

Im Zielszenario wird der Ausbau von Wärmenetzen als ein Schlüssel für die Wärmewende bezeichnet. Es wurden 17 Eignungsgebiete für Wärmenetze identifiziert.

Für die Versorgung der Netzgebiete wurden zwei Szenarien entwickelt: Einerseits die nahezu komplette Versorgung durch das Holzkraftwerk, andererseits die Versorgung über Großwärmepumpen, die die Umgebungsluft, Erdwärme oder Abwasser als Umweltwärmequelle nutzen.

Außerhalb der Eignungsgebiete für Wärmenetze, den Einzelversorgungsgebieten, soll die

Dekarbonisierung der Wärmeversorgung vor allem durch die Nutzung von Wärmepumpen erreicht werden. Nach den Berechnungen des Wärmeplans würden 2045 zwanzig Prozent der Gebäude über Wärmenetze versorgt werden, während rund 73 Prozent der Gebäude dezentral mit Luftwärmepumpen und Erdwärmepumpen beheizt werden könnten. Die restlichen sieben Prozent würden über einen Biomassekessel versorgt werden.

Die CO₂-Reduktion würde demnach im Zieljahr 2045 gegenüber 2024 zwischen 93 und 98 Prozent liegen. CO₂-Restbudget im Wärmesektor muß bilanziell kompensiert oder durch weitere technische Maßnahmen im Rahmen des kommunalen Klimaschutzes reduziert werden, damit die angestrebte Treibhausgasneutralität erreicht wird.

Zur Erreichung des Zielszenarios werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, deren Umsetzungsschritte bis 2030 abgeschlossen oder mindestens eingeleitet werden sollen:

Die bestehenden Wärmenetze in Finow-Ost, im Brandenburgischen Viertel und in Nordend sollen bedarfsgerecht ausgebaut und gemäß den Transformationsplänen dekarbonisiert werden. Zusätzlich sollen die beiden Netze in Finow-Ost und im Brandenburgischen Viertel miteinander verbunden werden. Der Ausbau und Anschluß weiterer Wärmenetze, beispielsweise Nordend, soll mittels Machbarkeitsstudien vorangebracht werden. Insbesondere die Gebiete in der Innenstadt und im Binnenhafen sollen auf die technische und wirtschaftliche Machbarkeit von Wärmenetzen hin untersucht werden.

Eine Machbarkeitsstudie bewertet die Einspeisung von Abwärme aus dem Holzkraftwerk unter aktuellen und zukünftigen energiewirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Parallel ermittelt eine weitere Studie das Potential lokal verfügbarer Biomasseressourcen und bewertet ihre nachhaltige Nutzbarkeit. Mit der fortlaufenden energetischen Sanierung kommunaler Liegenschaften übernimmt Eberswalde eine Vorbildfunktion. Parallel dazu wird die Förderlandschaft regelmäßig geprüft, um Fördermittel (z.B. für Quartierssanierungen) zu sichern.

durch gezielte Kommunikationsmaßnahmen, wie zum Beispiel der Organisation von Veranstaltungen zur kommunalen und privaten Wärmewende, soll die Akzeptanz in der Bevölkerung gestärkt und frühzeitig Investitionen angeregt werden.

Quelle: Kommunale Wärmeplanung Eberswalde (Entwurf 2025)

Kommunaler Plan

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordneten sollen im Februar 2026 über die kommunale Wärmeplanung für die Stadt Eberswalde beschließen. In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (ASWU) am 14. Oktober informierte die Amtsleiterin für Stadtentwicklung Silke Leuschner über den aktuellen Bearbeitungsstand.

Der Entwurf des Abschlußberichtes sei an diesem Tag vom beauftragten Büro GREEN PLANET ENERGY EG aus Hamburg an das Stadtentwicklungsamt übergeben worden. Zunächst sei eine Bestands- und Potentialanalyse erfolgt, unter anderem zu den Energieträgern, dem Energieverbrauch, den vorhandenen Wärmenetzen sowie den Potentialen für die Nutzung »Erneuerbarer Energie« (EE). Ziel sei, bis zum Jahr 2045 die klimaneutrale Wärmeversorgung in der Stadt zu gewährleisten. Der hierfür erstellte Wärmeplan fungiert dabei als rechtlich verbindlicher Orientierungsrahmen, so Leuschner.

Die Fachbeteiligung erfolgte über verwaltungsinterne Fachgespräche und in Workshops mit den laut Wärmeplanungsgesetz relevanten Akteuren. Noch im Oktober wurde nach der Kommentierung durch das Stadtentwicklungsamt ein korrigierter Entwurf übergeben. Im November erfolgte die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Fraktionen und die Offenlegung im Stadtentwicklungsamt sowie online mit einer Rückmeldefrist bis 2. Dezember. Dazu gab es auch am 19. November eine Bürgerinformationsveranstaltung im Tourismuszentrum.

Am 2. Dezember erfolgte dann die Abschlußpräsentation im ASWU mit einer Rückmeldefrist von zwei Wochen. Der finale Wärmeplan soll dann am 9. Januar 2026 vorliegen, am 27. Januar im ASWU beraten, um dann in der Stadtverordnetenversammlung am 12. Februar 2026 beschlossen zu werden.

Der kommunale Wärmeplan, so die Amtsleiterin, ist ein strategischer Plan, der einen möglichen Weg aufzeigt, die Wärmeversorgung in Kommunen bis 2045 klimaneutral, effizient und kostengünstig zu gestalten. Der Plan untersucht die aktuelle Wärmeversorgungssituation, prognostiziert den Wärmebedarf für die Zukunft und bewertet Potentiale für erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz. Er zeigt auf, welche Gebiete sich für den Ausbau von Wärmenetzen eignen und welche Stadtgebiete voraussichtlich auch in Zukunft individuelle Heizlösungen benötigen.

Ergebnis des Wärmeplans ist ein Zielszenario mit konkreten Maßnahmenvorschlägen in Form eines Berichts, die auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten sind. Antworten auf individueller Gebäudeebene liefert die Wärmeplanung hingegen nicht. Vielmehr geht es um eine strategische Bewertung.

In der Sitzung des Eberswalder Ausschusses für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur (ASBOK) am 27. November stimmte die AfD-Fraktion gegen zwei Förderanträge des afrikanischen Kulturvereins Palanca.

Unser afrikanischer Kulturverein Palanca leistet seit vielen Jahrzehnten eine unglaubliche ehrenamtliche und wichtige gesellschaftliche Arbeit für Eberswalde. Am 6. Dezember gedenken wir in jedem Jahr der Ermordung von Amadeu Antonio, eines der ersten bekannten Todesopfer rechtsextremer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland – hier bei uns in Eberswalde. Der Palanca e.V. hat sich auch in Reaktion auf dieses schreckliche Er-

AfD contra Palanca-Förderung

ignis gegründet und sorgt dafür, daß die wichtige Erinnerung und das Gedenken an Amadeu Antonio in würdiger Form aufrecht erhalten bleibt. Darüber hinaus setzt sich der Verein tagtäglich für ein besseres Miteinander in unserer Gesellschaft ein und leistet eine ganz wichtige Geflüchteten- und Integrationsarbeit. Daß wir diese Tätigkeit mit Blick auf unsere Geschichte als Stadt mit einer kleinen finanziellen Summe unterstützen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Daß die AfD-Stadtfraktion in der Sitzung des Kulturausschusses – unter den anwesen-

den AfD-Stadtverordneten war auch der AfD-Landratskandidat Matthäus Mikolaszek – geschlossen und ohne Begründung gegen diese Förderung stimmt, ist für uns absolut erschreckend und ein wahrer Offenbarungseid.

Das kann nur auf das Schärfste kritisiert werden. Hier zeigt die AfD auch bei uns vor Ort einmal mehr ihr wahres Gesicht. Sie hat kein Verständnis für unsere Stadtgeschichte und ist aus bloßer Ideologie gegen gut funktionierende Kultur- und Integrationsarbeit. Wirklich peinlich.

KURT FISCHER und RINGO WRASE

Die Meute erwischte Amadeu Antonio auf der Flucht und schlug ihn brutal zusammen. Einer der Täter sprang dem am Boden Liegenden mit beiden Füßen auf den Kopf. Amadeu Antonio erlitt schwerste Kopfverletzungen und wachte nie mehr aus dem Koma auf. Am 6. Dezember 1990 starb er. Die Täter wurden später vom Gericht nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu maximal 4 Jahren Haft verurteilt.

In Eberswalde wird seitdem an jedem 6. Dezember an diesen ersten rassistischen Mord im »wiedervereinten« Land erinnert. Auch in diesem Jahr gedachten am Abend des 6. Dezember auf Einladung der »Kampagne Light Me Amadeu« mehr als hundert Eberswalderinnen und Eberswalder an der Gedenktafel vor der ehemaligen Chemischen Fabrik dem Opfer rassistischer Gewalt. Nach einem kurzen Demonstrationszug zum Familiengarten gab es dort eine Podiumsdiskussion mit Angehörigen verschiedener Opfer rechter Gewalt und Aktivisten unterschiedlicher Gedenkinitiativen aus der gesamten BRD.

Eine andere Form der Erinnerung ist der »Amadeu Antonio Preis«, der bereits am 18. November im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio von der gleichnamigen Stiftung und der Stadt Eberswalde vergeben wurde.

Der mit 3.000 Euro dotierte erste Platz des Amadeu Antonio Preises 2025 ging an das DESSAU AFRO FESTIVAL.

Der Preis wurde in diesem Jahr bewußt neu ausgerichtet. Er legt den Fokus gezielt auf Projekte an der »Schnittstelle von Kultur und politischer Bildung im ländlichen und kleinstädtischen Ostdeutschland«, so die Stiftung.

Die siebenköpfige Jury, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aus Kunst, Journalismus, Kulturmanagement sowie der Amadeu Antonio Stiftung und der Stadt Eberswalde, würdigt die Projekte unter anderem als »wichtige Plattformen für Austausch, Sichtbarkeit und Solidarität«. Neun Nominierungen fanden den Weg in die Endrunde des Hauptpreises. Zwei weitere Preise in Höhe von je 1000

32 | Euro vervollständigen die Preisverleihung.

Amadeu-Antonio-Gedenken

Eberswalde (bbp/prest-ew). Knapp zwei Monate nach dem Anschluß der DDR an die BRD zog in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 ein faschistischer rassistischer Mob durch die Straßen von Finow. Mehr als fünfzig Skinheads aus der Umgebung und jugendliche Besucher des Finower Jugendklubhauses (heute KULTURBAHNHOF) wollten »Neger klatschen«. Der »Hüttengasthof« gegenüber der Chemischen Fabrik in der Eberswalder Straße war als Treffpunkt für die in Eberswalde verbliebenen ehemaligen Vertragsarbeiter aus Angola und Moçambique bekannt.



Gewinner und Gewinnerinnen des 3. Preises – Hopesport e.V. Eberswalde.

Der von der Stadt Eberswalde mitgetragene Preis ist Ausdruck eines kontinuierlichen Engagements der Stadt gegen jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus und Homophobie. Die Gewinner 2025 sind:

1. Preis: Dessau Afro Festival

Die Dessau Afro Community ist eine selbstorganisierte Gruppe, die 2018 gegründet wurde und jährlich das Afro Festival organisiert. Ziel ist es, die Menschen zu vereinen und gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung zu kämpfen.

2. Preis: AJK Torgau Nordwest

Die Gruppe junger Romni und Rom aus Torgau, hat ein Jahr lang im Rahmen des Antirassistischen Jugendkinos zusammen Filme

geschaut. Es ging um Rassismus und Ungerechtigkeit und vieles mehr. Sie erleben Rassismus und fragen sich, wie sie damit umgehen sollen. Sie tauschen sich über die Filme aus, zeigen mit Texten und Standbildern, was sie zu den Filmen denken und was sie mitnehmen und weitergeben wollen.

3. Preis: Integration durch Sport

Das Projekt Integration durch Sport vom HOPESPORT E.V. EBERSWALDE fördert seit 2021 in Eberswalde den Zusammenhalt zwischen Menschen aus über fünfzehn Nationen. Durch Sport, kulturelle Aktivitäten und soziale Unterstützung schaffen sie Begegnungen, bauen Vorurteile ab und stärken Freundschaft, Respekt und Integration in einer vielfältigen Gemeinschaft.

Schluß mit Parteiengeschacher

BVB/Freie Wähler mit Vorschlag zur Verfassungsrichterwahl

Bernau (bvb/bbp). Zum diesjährigen Sommerlochtheater gehörte der Streit um die Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes. Um die unappetitlichen Einzelheiten der Streitereien zwischen den Regierungsparteien CDU, CSU und SPD soll es hier nicht gehen. Denn aus Bernau kam eine interessante Idee, wie dem »Parteiengeschacher«, so der Ideengeber, künftig Einhalt geboten werden könnte.

Die Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FW)) und ihr Landesvorsitzender Péter Vida haben eine Reform des Besetzungsverfahrens vorgeschlagen: Die Debatte der letzten Monate um die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts zeige deutlich, daß es eine Reform in der Bestellung der Richter geben muß. »Das aktuelle Problem verläuft nur dem Schein nach entlang ideologischer oder weltanschaulicher Bruchlinien. Vielmehr wurde deutlich, daß das Grundübel darin besteht, daß die Funktionen nach parteipolitischen Proportionalität verhandelt und vergeben werden.«

Nie zuvor sei es einer breiten Öffentlichkeit so bewußt gemacht worden, daß parteipolitische Befindlichkeiten die zentrale Rolle spielen. Dies stehe weder im Einklang mit den ursprünglichen Intentionen des Grundgesetzes noch trage es zu einer Vertiefung der Unabhängigkeit der Justiz bei.

Vida und seine Wählerversammlung schlagen daher eine grundlegende Veränderung des Besetzungsmodus im Bundesverfassungsgericht vor. Folgt man dem BVB-Vorschlag, dann würden künftig die insgesamt 16 Richter

auf Landesebene bestimmt werden. Jedes Bundesland soll einen Richter ins Bundesverfassungsgericht schicken, wobei die Entscheidung im Land durch eine Direktwahl durch die Bevölkerung vollzogen werden soll. Auf diese Weise, so die Hoffnung beim BVB, werde die Besetzung der Richterstühle der parteipolitischen Auseinandersetzung entzogen und in die Hände der Bürger gelegt.

»Dies schafft eine stärkere Identifikation mit den Entscheidungen des obersten deutschen Gerichts. Zugleich wird dem föderalen Grundgedanken damit auch auf der justiziellen Ebene Rechnung getragen. Zu beachten ist nämlich, daß eine Vielzahl von Verfahren, die tatsächlich zu einer Entscheidung angenommen werden, staatsorganisatorische Fragen betrifft.«

Durch die nach Bundesländern verteilte Wahl durch die Bevölkerung sei auch eine »Lagerbildung« nicht möglich, »da die Besetzungsverfahren keiner zentralen Absprache mehr zugänglich wären«.

»Die Bürger haben es satt«, erklärte Péter Vida zu seinem Vorschlag, »bei der Besetzung solcher wichtiger Richterstellen von Parteiengeschacher lesen zu müssen. Davon müssen wir wegkommen. Es braucht Bürgerrichter, mit denen sich die Menschen identifizieren können und die sie auch kennen.« Er ist sich sicher, daß der Vorschlag »ein weiterhin hohes rechtswissenschaftliches Niveau bei gleichzeitiger Verschiebung der Besetzungsabläufe weg von Parteiabsprachen hin zu bürgerschaftlicher Mitwirkung« garantiert.

Völkermord kann keine Staatsräson sein

»Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind Teil der deutschen Staatsräson«, heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag. Doch was bedeutet das genau? In Gaza verhungern Kinder, während Menschen, die um Lebensmittel anstehen, gezielt von der israelischen Armee ermordet werden. Die Bundesregierung sieht nicht einmal die Notwendigkeit, sich dem Appell von 30 befreundeten Staaten anzuschließen, die ein sofortiges Ende des Krieges fordern und das Vorgehen der israelischen Regierung kritisieren. Kein Wort zur Zerstörung Gazas oder dem anhaltenden Völkermord im Koalitionsvertrag. Deutschland bleibt der zweitgrößte Waffenexporteur nach Israel. Unter dem Deckmantel des »Kampf gegen Antisemitismus« geraten Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit massiv unter Beschuß.

Angesichts der grausamen Bilder aus Gaza wird das eiserne Festhalten an dem nie rechtlich definierten oder vom Bundestag abgesegneten Begriff »Staatsräson« immer stärker zum Problem. Staatsräson bedeutet gerade auf-

grund des Wissens um die deutsche Vergangenheit, seine Stimme immer dann zu erheben, wenn irgendwo auf der Welt epochales Unrecht geschieht. Die Bundesregierung muß aufhören, diesen Gummi-Begriff als Vorwand für autoritäre Einschränkungen von Freiheiten zu mißbrauchen und sich stattdessen für die Anerkennung Palästinas, scharfe Sanktionen gegen Israel und ein Ende des Genozids einsetzen. Frieden wird es nur geben, wenn auch die Palästinenser ein Recht auf Leben haben! **Keine Waffen mehr an Israel!**

Immer mehr Stimmen aus der Mitte der Gesellschaft erheben sich, die auf ein Ende des Krieges in Gaza dringen. Das BSW begrüßt ausdrücklich den Appell der 200 Künstlerinnen und Künstler, in dem sie die Bundesregierung zu mehr Druck auf Israel auffordern. Konkret bedeutet das: Deutsche Waffenexporte nach Israel stoppen, EU-Assoziierungsabkommen mit Israel aussetzen, Ungehinderter Zugang für humanitäre Hilfe.

MICHAEL LÜDERS

Lebenssituation

Eberswalde (bbp). Die Arbeitsgruppe »Afrikanische Schutzsuchende mit ungesichertem Aufenthalt« des Landesintegrationsbeirates und die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg DIANA GONZALEZ OLIVO berichteten am 12. Dezember in Eberswalde über die Lebenssituation afrikanischer Schutzsuchender in Brandenburg. Nach der Vorstellung der Arbeitsergebnisse und einer Podiumsdiskussion wurde gemeinsam diskutiert.

Anschließend fand gemeinsam mit Studierenden der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde ein Kontaktforum statt, das über die Veranstaltung hinaus Neugekommene und Alteingesessene vernetzt.

Rechtswidrigkeit bestätigt

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Berlin-Brandenburg begrüßt die rechtskräftige Entscheidung des Verwaltungsgerichts Potsdam, wonach die polizeilichen Maßnahmen gegen Teilnehmende der G20-Proteste im Juli 2017 rechtswidrig waren. Das Gericht stellte fest, daß die Kontrolle und die erkennungsdienstliche Behandlung von Versammlungsteilnehmenden auf einer Raststätte bei Berlin am 9. Juli 2017 gegen geltendes Recht verstießen. Das Urteil ist nach der Ablehnung der Berufung durch das Obergericht Berlin-Brandenburg rechtskräftig. ver.di hatte die Klägerin in dem Verfahren unterstützt.

Das Gericht stellte fest, daß die Polizei in erheblichem Maße gegen Grundrechte verstossen hat. Daß Versammlungsteilnehmende offensichtlich ohne Rechtsgrundlage stundenlang festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt wurden, stellt eine Form der Einschüchterung dar, die in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz haben darf.

ver.di Berlin-Brandenburg kritisiert, daß solche Polizeimaßnahmen geeignet sind, Menschen davon abzuhalten, von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen. Gerade in Zeiten, in denen demokratischer Protest und gesellschaftliches Engagement wichtiger denn je sind, müsse das Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln der Sicherheitsbehörden gestärkt und nicht untergraben werden.

Zugleich weist ver.di Berlin-Brandenburg auf die außergewöhnlich lange Verfahrensdauer von mehr als sieben Jahre. Die Länge des Verfahrens ist für die Betroffenen belastend und für die Rechtspflege insgesamt problematisch. ver.di fordert, daß die Polizei die gerichtlichen Feststellungen ernst nimmt und Konsequenzen zieht. Es müsse sichergestellt werden, daß die Versammlungsfreiheit ohne Angst ausgeübt werden kann.

KALLE KUNKEL, ver.di Berlin-Brandenburg | 33

6.000 km entfernt und doch so nah

Freundschaft ist keine Frage der Distanz, sondern der Nähe! So erging es den Menschen in den Gemeinden Finowfurt und Dorossiamasso in Burkina Faso seit nunmehr 28 Jahren. Am 08.10.1994 wurde die Idee einer kommunalen Partnerschaft bei einer Veranstaltung der Deutschen Welthungerhilfe in Finowfurt, auf Anregung der Honorarkonsulin von Burkina Faso, Frau Helga Exner, geboren.

Es begann ein gemeinsamer Weg mit Bürgermeister, Finowfurter Gemeindevertretern und einigen Berliner Vereinen, die bereits Erfahrungen auf dem Gebiet nichtstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit hatten, auf dem man Ideen für eine weitere Zukunft entwickelte, verwarf, erfolgreiche Beispiele kennenlernte und viele »dicke Bretter« bei Kommunalpolitikern und Parlamentariern »bohren« mußte, die anfänglich keinen Zugang zu dem Thema fanden. Letztlich konnten die Initiatoren viele Gemeindevertreter in Finowfurt davon überzeugen, das Projekt »Freundschaftsvertrag« Stück für Stück weiterzuentwickeln. Dankbar sind die Initiatoren heute noch dafür, daß die Bürgerschaft in der Gemeinde offen auf die Vorschläge reagierte und den Engagierten zumindest die Chance auf ein Scheitern ermöglichte.

Das Vorhaben wurde langsam aber sicher konkreter und erreichte eine Menge Fürsprecher. Eine erste gemeinsame Delegationsfahrt nach Burkina Faso wurde für den Dezember 1997 geplant. Da die Initiatoren von Beginn an überzeugt waren, daß Spenden und Zuwendungen nur wirkungsvoll sein können, wenn diese ausschließlich in konkreten, Gemeinwohl orientierten Projekten investiert werden, war die Frage nach der Übernahme der Reisekosten von vornherein geklärt: Jeder bezahlt seine eigenen Reisekosten selbst!

Am 13.12.1997 unterzeichneten der Bürgermeister der Gemeinde Finowfurt und der Chef du Village von Dorossiamasso (traditioneller Dorfchef) einen Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Dörfern. Vorangegangen waren jahrelange Debatten und Verhandlungen auf kommunaler- und Vereinsebene in Finowfurt und Brandenburg. Aus der im Oktober 1994 geborenen Idee, eine Partnerschaft zwischen einem Ort im »Norden« und einem Ort im »Süden« einzugehen, wurde nun Wirklichkeit.

Die Ideengeber dieser Partnerschaft, die sich später zum Verein Förderkreis Burkina Faso e.V. zusammenschlossen, entschieden sich seinerzeit gegen eine offizielle Städtepartnerschaft, die besonderen kommunalrechtlichen Erfordernissen unterworfen ist und mitunter Initiativen, Motivation und Engagement hemmt und wählten die, im östlichen Teil Deutschlands vertrautere Bezeichnung, eines »Freundschaftsvertrages«. Die Gemeinde Schorfheide als Nachfolgerin der Gemeinde Finowfurt ist die einzige kommunale Partnerschaft im Bundesland Brandenburg, die auf dieser Ebene erfolgreich ist, gleichwohl haben Brandenburger Kommunen offizielle Städtepartnerschaften mit Städten und Gemeinden im »Süden«. Immerhin ist das Bundesland Brandenburg das einzige Bundesland, welches sich bereits in der Präambel seiner Landesverfassung zu seiner »Rolle in der einen Welt« bekennt. Kritisch ist anzumerken, daß es bei diesem 35 Jahre alten Bekenntnis geblieben ist.

Die Ursachen des Erfolgs dieser Partnerschaft sind möglicherweise in der Verlässlichkeit der Partner zu finden. So agieren auf deutscher Seite der FÖRDERKREIS BURKINA FASO E.V. und auf burkinischer Seite das COMITÉ DE GESTION DE DOROSSIAMASSO als Partner auf Augenhöhe, einem Arbeitsgrundsatz des Förderkreises von Anfang an. Der Präsident des COMITÉ DE GESTION ist ehemaliger Stipendiat des DAAD und lebte während seines Germanistikstudiums viele Jahre in Berlin und Potsdam, spricht hervorragend deutsch, vermittelt bei interkulturellen Mißverständnissen und ist Motivator für die Dorfbevölkerung von Dorossiamasso.

In dem 1997 geschlossenen Freundschaftsvertrag bekennen sich beide Seiten zueinander und erklären ihren Willen, voneinander zu lernen. Der Förderkreis erklärt seinen Willen, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten Entwicklungshilfeprojekte in Burkina Faso zu unterstützen. Besondere Förderungsschwerpunkte sind hierbei ländliche Gesundheitsförderung, Bildung und Frauenförderung sowie die Stärkung der ländlichen Infrastruktur im Partnerdorf.

Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit ist dem Förderkreis eine Herzensangelegenheit und Mission zugleich. So organisierte er auch internationale Jugendbegegnungen zwischen Brandenburger Jugendlichen und jungen Menschen aus Dorossiamasso, um gemeinsam ganz aktiv an ausgewählten Projekten tätig zu werden. Es konnten vier Brandenburger Jugendliche gemeinsam mit zwölf jungen Menschen aus Doros-

siamasso im Jahr 1999 gemeinsam Umfeldarbeiten an der mit Unterstützung des Berliner Senates, des Landes Brandenburg, der Gemeinde Finowfurt und des FÖRDERKREIS BURKINA FASO E.V. finanzierten Gesundheitsstation des Dorfes durchführen. Als praxisbezogenes Projekt im Rahmen der Deutsch-Burkinischen Jugendbegegnung pflanzten sie Bäume.

Im Jahr 2001 folgte eine weitere Delegationsreise und die 2. Deutsch-Burkinische Jugendbegegnung anlässlich der Übergabe einer Entbindungsstation mit Personalwohnung in Dorossiamasso. Für dieses Projekt hatte der gegründete FÖRDERKREIS BURKINA FASO E.V. mittlerweile so viel Projekterfahrung erworben, daß dieses Projekt mit Förderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Stiftung »Nord-Süd-Brücken«, der Gemeinde Schorfheide und Eigenmitteln des FÖRDERKREIS BURKINA FASO E.V. finanziert werden konnte. Die mitgereisten Jugendlichen übernahmen gemeinsam mit den Jugendlichen des Dorfes die Erneuerung des Farbanstriches an der Grundschule in Dorossiamasso.

Im Schnitt fuhr alles zwei Jahre nach Abschluß eines finanzierten Projektes eine Delegation des Förderkreises auf Evaluationsreise, um die sachgemäße Verwendung der investierten Mittel und die sich daraus ergebende verbesserte Lebenssituation im Partnerdorf selbst in Augenschein zu nehmen und zu überprüfen. Bei diesen Besuchen entstanden per Video Projektdokumentationen, die in Finowfurt öffentlich präsentiert wurden, um Finowfurter Spenderinnen und Spendern direkt den Einsatz ihrer Zuwendungen zu dokumentieren. So gewann der Förderkreis weiter an Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Verlässlichkeit ihres Vereines bei der spendenbasierten konkreten Projektarbeit im Finowfurter Partnerdorf.

In den nunmehr 28 Jahren des Bestehens der Freundschaftsbeziehung zwischen Finowfurt und Dorossiamasso konnten zahlreiche erfolgreiche Projekte, wie 2003 die Errichtung einer Apotheke und Installation einer Solaranlage zur Stromerzeugung, 2007 die Errichtung eines Wasserrückhaltebeckens, 2008 die Errichtung einer Hirsemühle, 2010 die rückseitige Stabilisierung des Deiches am Wasserrückhaltebeckens, 2011 die Sanierung der Staumauer des Wasserrückhaltebeckens, in den Jahren 2013–2016 der Bau einer Sekundarschule in Dorossiamasso, in den Jahren 2017–2018 die Modernisierung der traditionellen Geflügelzucht in Burkina Faso und Verbesserung der Berufsausbildung im landwirt-

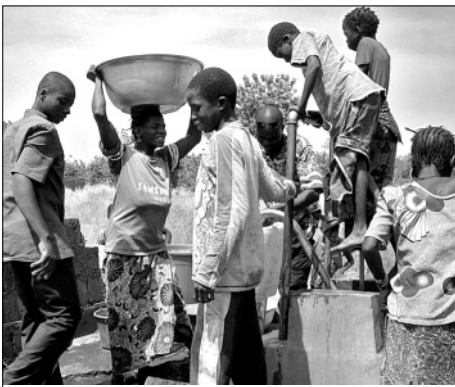


FOTO: FÖRDERKREIS BURKINA FASO E.V.

Menschen aus Dorossiamasso am Tretbrunnen der Gemeinde.

schaftlichen Sektor, im Jahr 2019 der Erweiterungsbau der Sekundarschule in Dorossiamaso, 2020 ein Aufforstungsprojekt zur Verbesserung der Bodenqualität und im Jahr 2024 der Bau und die Installierung einer Getreidebank zur Verbesserung der Einkommenssituation der Bäuerinnen und Bauern in Dorossiamaso, umgesetzt werden.

Vom Beginn der Arbeit dieser Partnerschaftsbeziehung erfuhr der Förderkreis ein großes Interesse und tatkräftige Unterstützung nicht nur in der Bürgerschaft der Gemeinde Schorfheide. Vielleicht liegt es an einer der Leitthesen des Förderkreises Burkina Faso: »Helfen muß Spaß machen!«. So sorgt das gemeinsame Erlebnis bei kulturellen Veranstaltungen, verschiedenen Formaten der Spendengewinnung, wie gemeinsames Kartenspiel oder Flohmärkte für eine Identifikation mit den Zielen der Initiatoren. Im politischen Raum fand die Arbeit der Finowfurter regional, national und international Anerkennung und Wertschätzung.

Am 19. September 2025 überreichte der Botschafter von Burkina Faso in Deutschland, Prof. Toro Justin Ouoro dem Vorsitzenden des Förderkreises den vom Staatspräsidenten Burkina Fasos verliehenen Verdienstorden und erhob ihn in den Ritterstand.

Der Förderkreis agiert seit seiner Gründung in Burkina Faso politisch neutral. Seit vielen Jahren leidet Burkina Faso und ein Großteil seiner Bevölkerung unter islamistischem Terror. Ein Fakt, der auch die konkrete Arbeit in Burkina Faso und die Bereitschaft von potentiellen Unterstützern der Arbeit des Förderkreises in Burkina Faso beeinflusst. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung mußte ihre Dörfer verlassen und wurden zu Binnenflüchtlingen, sodaß die Zukunft vieler Jugendlicher, die so willens sind, Ihre Heimat zu gestalten, schlichtweg verbaut ist.

Ein Leitsatz, der die Initiatoren vom ersten Tag in Burkina Faso geprägt hat, ist die Gewißheit, daß die Zukunft denen gehört, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben. Wir als Mitglieder des FÖRDERKREISES BURKINA FASO E.V. wünschen den jetzt politisch Verantwortlichen in Burkina Faso, daß dies wieder gelingt. Daß Burkina Faso wieder mutig und selbstbestimmt in Richtung Zukunft schreiten kann, dafür seine komplette territoriale Integrität wiedergewinnt und selbstbewußt, ohne äußere Einflüsse und Manipulationen wieder zum »Land der Aufrechten« wird.

Die Arbeit der Finowfurter in Dorossiamaso ist schwieriger geworden, wird aber unter angepaßten Sicherheitsvorkehrungen kontinuierlich und erfolgreich weitergeführt.

MARCO GRENSING

Unser Autor ist Vorsitzender des FÖRDERKREIS BURKINA FASO E.V. Spendenkonto: IBAN: DE98 1009 000 3601 5070 04 bei der Berliner Volksbank

Ohne Frieden droht die Ausrottung der Menschheit

Buchbesprechung zum Fall Shannon im Interview mit Clare Daly

Der Verlag DAS NEUE BERLIN hat vor wenigen Wochen das Buch »Der Fall Shannon oder das Tribunal des Gewissens« herausgebracht. Es handelt sich um die deutsche Erstausgabe eines 2020 in Irland erschienenen Buches über den spektakulären Antikriegsprozeß, den die beiden irischen Europa-Abgeordneten Clare Daly und Mick Wallace führten, um der Friedensbewegung Gehör zu verschaffen. Ein beeindruckendes Dokument über die steigende Kriegsgefahr und den notwendigen Protest.

Ich habe das Buch anlässlich seiner Neuerscheinung nicht nur besprochen, sondern Clare Daly auch interviewt. Nachzulesen auf etos.media. Auf meine Frage, wie ernst die

Kriegsgefahr ist, sagte Clare: »Was wir aktuell erleben, ist der Zerfall der Nachkriegsordnung und des Völkerrechts. Es geht nicht allein um die Frage des Rückfalls in die Barbarei, sondern mittlerweile um die Frage, ob die Menschheit aussterben wird – auch wenn der Weg dorthin gewiß barbarisch sein wird. Die Herausforderung, mit der die Friedensbewegung heute konfrontiert ist, ist die Erkenntnis, daß die Friedensfrage untrennbar mit dem Kampf für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit verbunden ist. Frieden für Mensch und Planet oder der Weg ins Aussterben. Das ist die Wahl, vor der wir stehen.« Das Interview hier: t.ly/IIIXof.

ULRIKE EIFLER



Bild: Clare Daly und Mick Wallace im EU-Parlament anlässlich des 6. Jahrestags der Ermordung von Pavlos Fyssas durch die Neonazis der »Goldenen Morgenröte«

Kalkül eines Drohnenkriegers

TIM JUDAH* berichtet über die Veränderung der Kriegsführung in der Ukraine, die vor allem durch den Einsatz von Drohnen geprägt ist. Während die Ukraine zu Beginn des Kriegs 2022 kaum Drohnen besaß, verfügte sie 2024 über 2,2 Millionen Drohnen und rechnete damit, in diesem Jahr 4,5 Millionen Drohnen einzusetzen. Ein Grund für den gestiegenen Einsatz von Drohnen ist der Mangel an Soldaten.

Die ukrainische Armee umfaßt gegenwärtig mehr als eine Million Soldaten und verfügt über viele Erfahrungen in der Führung eines Drohnenkrieges. Im April gab es Berichte, daß britische Armeeeinheiten von ukrainischen Soldaten in der Führung des Drohnenkrieges unterrichtet wurden. Da auch die Abwehrmittel gegen Drohnenangriffe entwickelt wurden, schätzt man, daß auf beiden Seiten zwei Drittel der Drohnen ihre Ziele nicht erreichen. Dennoch werden gegenwärtig 70 Prozent der Verluste auf dem Schlachtfeld dem Einsatz von Drohnen zugeschrieben.

Die Mentalität eines Drohnenkriegers wird in folgendem Auszug deutlich: Vor ein paar Tagen hatte ich in einem Bunker mit einem Kommandeur gesprochen. Wir beobachteten in Echtzeit den Fronteinsatz einer Drohne und er zoomte das Bild eines verwundeten russischen Soldaten heran. »Sehen Sie, er hat ein Bein verloren«, sagte er. »Sie werden ihn jetzt fertigmachen?« fragte ich ganz naiv. »Nein, nein«, antwortete er. Ein schwerverletzter Soldat sei für die Russen schlechter als ein toter, erklärte er. Zunächst würden sich all jene in Gefahr bringen, die versuchten, ihn zu retten und in dieser Zeit davon abgehalten, ihre Position zu halten. Schließlich wird er langfristige Behandlung seiner Verletzungen benötigen, Rehabilitationsmaßnahmen und eine Kriegesopferrente.

Zusammenfassung und Übersetzung von HARTMUT LINDNER

* – Tim Judah, Arms Race in Ukraine (Rüstungswettlauf in der Ukraine), NYRob, 12.6.2025

Foto: GUEINGL (CC-BY-SA 2.0)

Ja, Gnädigste, da haben Sie recht, es sieht schlecht aus für Gelb/Blau oder Blau/Gelb, wie Sie's wünschen. Der Himmel über der Ukraine ist schon lang nicht mehr blau. Schwarze Rauchwolken und die Schwärme der Drohnen egal, ob aus Rußland oder der Ukraine, sie verdunkeln den einst blauen Himmel über dem Dnjepr. Das Gelb der Weizenfelder ist auch schon längst verbrannt, wie die reiche Weizenernte aus der ehemaligen Kornkammer der Welt.

Zeit, die Fahne einzuziehen, die ja nur noch eine Reminiszenz an einst bessere Tage ist. Gelb/Blau strahlt nicht mehr, kein Wunder nach dreijährigem Krieg mit dem einstigen Brudervolk. Vor diesem düsteren Bild erscheint nun der Retter, der Friedensstifter, der große Deal-Maker, der Präsident Trump.

Die Tazlerin teilt diese optimistische Sicht nicht und hat Zweifel: »Der Trump ist doch unberechenbar, der kennt keine Hemmungen, dem Mann fehlt doch jede Selbstkontrolle. Der verachtet die Diplomatie und zerschlägt alles Porzellan. Wer soll das denn zusammenkitten? Die Aussichten sind trübe. Hier fehlt eine mäßige, ausgleichende Kraft.«

»Spielen Sie Golf?«, fragt Schweyk die Tazlerin unvermittelt.

»Golf? Ja, manchmal Minigolf im Urlaub mit meinen Kindern nach einem verregneten Vormittag, um die Stimmung wieder etwas aufzubessern. Also richtiges Golf spiele ich nicht. Weshalb fragen Sie? Sie sind ja auch nicht der typische Golfer, das ist ja eher eine Sportart für die Besserverdienenden!«

Ohne Golf werden Sie niemals einen guten Draht zum US-Präsidenten Trump finden. Ihr Einfluß auf ihn wird also auch weiterhin gegen Null gehen. Ganz anders verhält es sich beim finnischen Präsidenten Alexander Stubb, der ein begnadeter Golfer ist und mit Trump schon in Mar-a-Lago und jüngst in Schottland gegolft hat und seitdem zu den bedeutendsten Trumpflüsterern zählt. Man ist sich einig, daß es allein ihm zu verdanken ist, daß es beim jüngsten Empfang der Europäer im Weißen Haus nicht zu einer Beschimpfung der Gäste gekommen ist, wie bei Selenskis erstem Besuch beim neuen US-Präsidenten mit seinem anschließenden Rausschmiß. Eigentlich sollte am 28. Februar ein amerikanisch-ukrainisches Rohstoffabkommen unterzeichnet werden, aber auf der gemeinsamen Pressekonferenz im Weißen Haus liefen die Dinge völlig aus dem Ruder und Selenskij wollte sich nicht als jemand, der einen ‚dritten Weltkrieg riskiere‘, abkanzeln lassen und erlaubte sich Widerworte, was den Gastgeber arg erbitterte und erst so richtig auf die Palme brachte.

Diesmal ging es also gesitteter zu. Selenskij hat sich aber auch Trump gegenüber entgegenkommender gezeigt, indem er bei der Auswahl seiner Garderobe die Befindlichkeiten

Das Ende aller Kriege

Schweyk, der von der K.u.K.-Militärkommission superarbitrierte Halbidiot, der Veteran zweier Weltkriege, von Jaroslav Hasek und Bert Brecht treffend porträtiert, strandete schließlich in Berlin im Café Einstein und lotet mit seinen vom Amt für Gesprächsaufzeichnung (AGA) dokumentierten Auslassungen die Untiefen und Abgründe der großen Weltpolitik aus. Unser Dank gilt den ungenannten Mitarbeitern des AGA, die uns ab und an mal das eine oder andere chiffrierte Dokument aus ihren Aufzeichnungen zukommen lassen. Für die Dekodierung danken wir HARTMUT LINDNER.

Hier also nun der gute Schweyk zu den Spitzengesprächen zur Beendigung des Ukraine-Kriegs und die Aspiranten für den nächsten Friedensnobelpreis:

des Gastgebers respektierte und nicht im T-Shirt, seinem *battledress*, sondern im schwarzen Anzug aufgetreten ist. Ja, er trug ein Hemd mit Kragen(!), was von allen Kommentatoren als beachtliches Signal seiner Geschmeidigkeit hervorgehoben wurde.

Weil man das Schlimmste befürchtete und abwenden wollte, war zur Unterstützung Selenskis eine hochrangige europäische Delegation angereist, die Ministerpräsidenten aus Frankreich, England und Italien, ja auch der Bundeskanzler Friedrich Merz, dazu noch die Kommissionspräsidentin, der Nato-Chef und der finnische Präsident Alexander Stubb.

Während des Gesprächs des US-Präsidenten mit Selenskij mußten die Europäer draußen bleiben, nicht einmal am Katzentisch durften sie sitzen, sondern sie mußten in einem ungeheizten Raum in einem Nebenflügel des Weißen Hauses warten, bis auch sie zum Gespräch gebeten wurden. Ein Fernsehgerät stand ihnen hier auch nicht zur Verfügung, so daß sie auf ihre Smartphones angewiesen waren, um dem Gang der Weltgeschichte folgen zu können. Denn daß hier und jetzt Weltgeschichte geschrieben wurde, hatte Trump ja bereits im Vorfeld und auf *Truth Social* dezent angedeutet, wie es so seine Art ist.

Bei der Vorbereitung dieser Begegnung gab es schlimmste Befürchtungen, weil Trump unberechenbar ist und er es liebt, sein Gegenüber, mit dem er einen Deal aushandeln will, erstmal durch böartige und unverschämte Beleidigungen aus der Fassung zu bringen, um es kompromißbereiter zu stimmen. Der Mann ignoriert alle Regeln von Anstand und Benimm. Ich hab mich mal umgehört, welche Szenarien die Referenten im Vorfeld dieses Staatsbesuchs durchgespielt haben.

Friedrich Merz sollte sich darauf einstellen, daß Trump ihn nach der Höhe seiner Bezüge als Bundeskanzler fragen könnte, mit der Be-

merkung, daß er bei Black Rock doch mehr verdient habe, der Wechsel ins Kanzleramt also kein guter Deal gewesen sei: »Frederic, wenn Du knapp bei Kasse bist und dich verbessern willst, ruf mich an, ich glaube, in der Finanzabteilung meines Immobilienbüros suchen sie einen smarten Anlageberater, da könntest du anfangen. Das wäre ein besserer Deal für dich, überleg mal und sag mir rechtzeitig Bescheid.« Solch ein vergiftetes freundschaftliches Angebot sollte Merz freundlich entgegnen und einfach schlucken, so der Rat seiner Leute.

Macron rieten die Referenten, damit zu rechnen, daß Trump den erheblichen Altersunterschied zu seiner Ehefrau ansprechen könnte, mit der Bemerkung, daß er nicht verstehe, weshalb sich ein attraktiver junger Mann an eine alte Schachtel binde. »Ich habe immer darauf geachtet, daß meine Frauen erheblich jünger waren als ich, da hatte ich auch mehr Spaß.«

Aber diese Szenarien sind nicht eingetreten, Trump zeigte sich, nach dem angenehmen Empfang, den er Putin in Kanada bereitet hatte, ganz entspannt und in bester Laune. Er scherzte mit den Gästen, pries das neue Outfit Selenskis und lud ihn zu einem Gipfgespräch mit Putin binnen der nächsten 14 Tage ein. Der Friedensschluß in der Ukraine ist dank seiner forschen Art zum Greifen nahe, sozusagen eine Hemdkragenbreite entfernt, so daß man erst gar nicht lange über einen Waffenstillstand verhandeln müsse, sondern gleich zu einem Deal kommen könne.

Immerhin habe er in den ersten 100 Tagen seiner Präsidentschaft schon sechs Konflikte beigelegt. Nun, da der Friedensnobelpreis 2025 nicht an Trump ging, wird es der für 2026 sein, und in der Zwischenzeit wird die Zahl der durch ihn beendigten Kriege sicher auf ein gutes Dutzend anwachsen, so daß ihm dieser Preis sicher ist. Diese Sichtweise mag

ICH GLAUBE, DASS DER MANGEL AN GESCHICHTSBEWUSSTSEIN IN DER POLITIK EIN GROSSER SCHADEN IST, WEIL ER EBEN DIE POLITIKER AN DEN WIRKLICHEN WURZELN DER HEUTIGEN PROBLEME VORBEILOST. ALS OB DAS GAR NICHT WICHTIG WÄRE, WAS FRÜHER GEWESEN IST.

UND WENN MAN UNSER ZENTRALES PROBLEM GEGENWÄRTIG – DEN UKRAINEKRIEG – BEDENKT, DANN MUSS MAN NATÜRLICH SEHEN, WELCHEN WEG DIESER UKRAINEKRIEG GEGANGEN IST UND WIE DER WESTEN SEHR FRÜH BEGONNEN HAT, DIE UKRAINE GEWISSERMASSEN AUF SEINE SEITE ZU ZIEHEN UND DANN ZU MILITARISIEREN UND DANN AUCH – TROTZ DER WARNUNGEN VON LEUTEN WIE BRZEZINSKI UND BURNS ETC. – IMMER WEITERGEMACHT HAT UND DIE UKRAINE IN DIE NATO TREIBEN WOLLTE.

DAS WAR NATÜRLICH EIN PROBLEM, MIT DEM WIR HEUTE UND WAHRSCHEINLICH FÜR LANGE ZEIT ZU TUN HABEN WERDEN.

Klaus von Dohnanyi

von manchen Kommentatoren als naiv bezeichnet werden, sie ist aber in erster Linie Ausdruck seiner Friedensnobelpreisaffinität. Was Präsident Obama bekommen hat, steht dem Präsidenten Trump auch zu. Gleiches Recht für alle!

Es gab für ihn auch keinen Grund, Georgia Meloni, die er zwischen sich und Friedrich Merz platziert hatte, auf das häufig kolportierte Verwandtschaftsverhältnis zu Mussolini anzusprechen. Offenbar war er gebrieft worden, daß Meloni in keinerlei verwandtschaftlichem Verhältnis zu Mussolini stehe. Sie wird nur häufig mit Rachele Mussolini, der richtigen Enkelin des Duce verwechselt, der einst stimmstärksten Abgeordneten der neofaschistischen Fratelli d' Italia, die sich inzwischen aber der moderateren Forza Italia zugewandt hat. Also der Mann nimmt schon Rücksicht auf die Gefühle seiner Gäste, vor allem der Damen an seinem Tisch.

Ein bißchen getrübt wurde die gute Stimmung aller Teilnehmer, als es kurzfristig so aussah, als ob die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen von den Gesprächen mit den Ministerpräsidenten ausgeschlossen werden könnte, da sie ja nur Kommissionspräsidentin und keine Ministerpräsidentin ist. Da hat Trump mal kurz gezeigt, was er von der EU hält, aber es kam nicht so weit und die freundliche Atmosphäre blieb ungetrübt.

Trump zeigte sich also mal von seiner friedfertigen Seite und allein schon dies ist nobelpreiswürdig. Wenn es also zu einen Friedensdeal in der Ukraine kommen sollte, dann müßte der Friedensnobelpreis an das Trio Trump, Selensky und Putin gehen. Den Friedensnobelpreis aber mit den beiden Kampfhähnen teilen zu müssen, das wäre in den Augen Trumps ein schlechter Deal. Da käme der Friedensstifter einfach zu kurz.

Andrerseits könnte natürlich die Aussicht auf den Friedensnobelpreis die erbitterten Kampfhähne friedlicher stimmen, so daß Trump doch noch seinen großen Ukraine-Deal einfädeln kann. Hier sehe ich das Nobelpreiskomitee in der Verantwortung.

Beim jüngsten Treffen hat Trump dem ukrainischen Präsidenten die erhoffte Lieferung von Tomahawk-Cruise-Missiles verweigert und damit unterstrichen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, das Kriegsbeil endgültig zu begraben. Immerhin gebe es lohnendere Ziele als die Rückeroberung der Krim oder des ukrainisch-russischen Grenzlands.

Das nächste vielversprechende Treffen der drei Friedensnobelpreisaspiranten ist in Budapest bei Orban angedacht. Da werden wir sehen, was dran ist an Trumps Macherqualität.*

Also Servus, gnäd'ge Frau. Wir sehen uns, spätestens am Freitag nach'm Krieg um sechs in Prag im Kelch.

* Die Gesprächsaufzeichnung fand statt, bevor das Treffen in Ungarn abgesagt wurde.

Koalition der (Kriegs-)Willigen

Eine delikate Mischung reiste jüngst nach Washington zur Kriegsvorbereitung: ein französischer Präsident ohne Regierungsmehrheit, eine neofaschistische Ministerpräsidentin aus Italien (*»Mussolini war ein guter Politiker«*), Frau von der Leyen (bei den Zollverhandlungen mit Trump als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet), ein deutscher Bundeskanzler mit dem *»Führungsanspruch«* (Großmachtanspruch) Deutschlands in der Ukraine und Europa, der ukrainische Präsident (der noch immer den Faschisten Bandera als Nationalheld verehrt), der finnische Präsident als neues NATO-Mitglied, der seine Luftwaffe mit einem adlerschwingenden Hakenkreuz fliegen läßt etc. pp.

Sie trafen sich alle am Tisch des US-Präsidenten, jedoch mußte von der Leyen den Saal verlassen, weil sie keinen Staat repräsentiert, was die Presse aber geflissentlich verschweigt!

Sie alle glauben, daß die Russische Föderation der Stationierung ihrer Bodentruppen vor der russischen Haustür zustimmen wird. Es ergeben sich jedoch einige essentielle Fragen. Zum Beispiel an den Bundeskanzler: Wo bleiben die innenpolitischen Versprechungen aus dem Wahlkampf, wie Erleichterungen für die Bürger und die Wirtschaft oder die niedrigen Strompreise für die Bürger?

Bekommen haben wir als Wirtschaftsministerin eine Lobbyistin der Stromkonzerne. Und einen Verteidigungsminister, der schon in der Vorgängerregierung einen unvergeßlichen Beitrag zur Ruinierung der Staatsfinanzen leistete, wie beispielsweise mit den nicht aufhörenden Geldgeschenken an die Ukraine, die der Korruption nicht Herr werden kann, mit der Ersatzfinanzierung (5 Milliarden) der Produktion von 3.000-km-Marschflugkörper *»Fleming«* in der Ukraine. Und wie sich herausstellte, gibt es diese Flamingos gar nicht.

Und damit die in der Bundesrepublik seit langem *»bewährte Kooperation«* zwischen Politik, Militär und Rüstung auch weiterhin stabil bleibt, hat man einen Ex-SPD-Vorsitzenden, den Ex-Außenminister Sigmar Gabriel zum Rheinmetall-Aufsichtsrat gemacht. Das

ist der Konzern, dessen Aktienkurs seit dem Ukraine-Krieg von 95 Euro auf 1.700 Euro anstieg und der jetzt als Kern des neuen militärisch-industriellen Komplexes in einer neuen Fabrik jährlich 350.000 Artillerie-Geschosse produzieren will. Warum wohl? Gewiß nicht, um damit dem Klimawandel zu begegnen.

Das US-Verteidigungsministerium (aktuell in Kriegsministerium umbenannt) verwehrt hingegen der Ukraine den Einsatz von US-Langstreckenraketen gegen Ziele in Rußland.

Jahrzehnte russophober Propaganda und Infiltration haben für Kriegsbereitschaft der US-amerikanisch sozialisierten Einwohnerschaft westdeutscher Bundesländer gesorgt, so daß man sich im Osten seine Gedanken macht, ob die Vereinigung tatsächlich der richtige Weg war. Denn im Falle eines Krieges, zumal gegen dem Feind im Osten, dürfte vor allem der ostdeutsche Raum wieder platt gemacht werden.

Umfragen besagen, daß im Westen 70 % für Hochrüstung, jedoch in Ostdeutschland 67 % gegen Hochrüstung und Militarisierung sind.

Hieraus leitet sich der Bundeskanzler als sogenannter Außenkanzler das Recht ab, mit den o.g. Mittätern über militärische Aktivitäten Richtung Osten zu entscheiden. Ohne jede Spur einer Legitimation, denn die fehlt seit der letzten Wahl.

BERND C. SCHUHMANN

Rußland: Gedenktag für Indigene

Neben den gesetzlichen Feiertagen existieren verschiedene Gedenk- und Aktionstage, die an bestimmte Ereignisse erinnern oder *»über wichtige gesellschaftspolitische oder medizinische Problemlagen«* (Wikipedia) informieren sollen. Viele dieser Tage gelten als *»offizielle Gedenktage«*, wenn sie von Parlamenten, Staatsoberhäuptern oder Regierungen ins Leben gerufen wurden. Beispiele dafür sind der sogenannte *»Volkstrauertag«* im November (siehe Seite 1 und 3) oder der *»Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Völkermordes«* am 27. Januar, den 1996 der damalige Bundespräsident Herzog proklamiert hatte. Der an jedem zweiten Septembersonntag begangene *»Tag der Opfer des Faschismus«* ist in der BRD hingegen kein offizieller Gedenktag.

Solche Gedenktage gibt es auch ich anderen Ländern. In Rußland beispielsweise ka-

men erst kürzlich zwei neue Gedenktage hinzu. Hier per Erlaß des Präsidenten. So wird nun in Rußland der *»Tag der indigenen kleinen Völker«* am 30. April gefeiert. Außerdem wird in Rußland der Tag der Sprachen der Völker des Landes eingeführt – gefeiert wird er am 8. September.

Diese Meldung beruht auf Informationen der Wandlitzerin Liane Kilinc, die wegen ihres Engagements im Verein FRIEDENSBRÜCKE-KRIEGSOPFERHILFE E.V. in der BRD verfolgt und bedroht wurde, deshalb 2022 nach Rußland flüchtete und dort inzwischen politisches Asyl erhalten hat (vgl. BBP Sommer/2024). In der BRD wird Liane Kilinc inzwischen wegen ihrer Kriegsopferhilfe im Donbass per Haftbefehl gesucht (BBP Sommer/2025).

2017 war Liane Kilinc übrigens Kreisvorstandsmitglied bei den Barnimer Linken.

GERD MARKMANN | 37

Zahlreiche Mitglieder aus dem Kreisverband Barnim diskutierten über die Zukunft liberaler Politik und insbesondere über die vier Themenschwerpunkte:

1. Bildungsnation: Vom vernachlässigten Rohstoff zum Gamechanger
2. Deutschland im Aufbruch: Modernisierung schafft neue Zuversicht
3. Leben und Altern: Gesundheit, Teilhabe und Chancen des demografischen Wandels
4. Von der Komfortzone zu neuem Erfolg: Politik für Leistung und Anpacken

Die Menschen haben zunehmend den Glauben daran verloren, daß politische Parteien die Probleme in Deutschland wirklich lösen können – und das spüren wir auch vor Ort. Bei der letzten Bundestagswahl konnten wir nicht genügend Wählerinnen und Wähler überzeugen. Deshalb arbeiten wir intensiv an uns selbst, an unseren Strukturen und vor allem an unseren Inhalten.

Jede Idee, jeder Gedanke und Diskussionsbeitrag waren willkommen, um gemeinsam das liberale Profil zu schärfen. Das Ziel der Ideenwerkstatt war es, neue Ansätze für das derzeit entstehende bundesweite Grundsatzprogramm der FDP zu entwickeln, zukunftsorientiert, pragmatisch und freiheitlich.

»Wir haben einen lebendigen Abend erlebt, an dem zahlreiche konstruktive Vorschläge diskutiert wurden – von der Stärkung der Eigenverantwortung und des Bildungssystems bis hin zu neuen Konzepten für Bürokratieabbau, wirtschaftliche Innovation, Technologieoffenheit oder moderne Renten- und Pflegereform, um nur einige Punkte zu nennen«, sagt Wenke Surauf, stellvertretende Kreisvorsitzende der FDP Barnim, im Anschluß der Veranstaltung. »Es zeigt sich deutlich: Auch die Bürgerinnen und

Ideenwerkstatt: »Freiheit konkret gedacht«

Unter diesem Motto lud die FDP Barnim am 5. November ins Café im BÜRGERBILDUNGSZENTRUM AMADEU ANTONIO in Eberswalde ein. Mit einer Ideenwerkstatt aktiv sollte ein Beitrag zum neuen Grundsatzprogramm der Freien Demokraten geleistet werden. Bundesweit werden Vorschläge gesammelt, analysiert und diskutiert, um ein modernes, freiheitliches und lebensnahes Programm für die kommenden Jahre zu entwickeln.



Bei der Ideenwerkstatt der FDP Barnim mit dabei: (v.l.) Der Kreisvorsitzende der FDP Uckermark Ivo Smolak, Ombudsmittglied und Mitglied im Bundesvorstand der FDP Maja Pfister, die stellv. Kreisvorsitzende der FDP Barnim Wenke Surauf und der FDP Kreisvorsitzende Martin Hoeck.

Bürger wollen Freiheit und liberale Werte nicht nur als Schlagwort, sondern als spürbare Realität im Alltag. Sie wollen aktiv mitgestalten, wie das gelingen kann. Freiheit bedeutet für uns Freie Demokraten Verantwortung und Mut zur Veränderung. Das hat dieser Abend eindrucks-voll gezeigt.

Die Veranstaltung orientierte sich an agilen Methoden, um einen dynamischen und kreativen Austausch in den vier Arbeitsgruppen zu fördern. Im Nachgang wurden die Vorschläge aufbereitet und online in die Themenfelder der Zukunft integriert. Die Ergebnisse fließen in den bundesweiten Prozeß zur Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms ein, das im

kommenden Jahr auf dem Bundesparteitag beschlossen werden soll.

Verstärkt wurde die Ideenwerkstatt durch die Teilnahme von Maja Pfister, die Ombudsmittglied und Mitglied im Bundesvorstand der FDP ist. Somit wurden auch Einblicke in den bundesweiten Prozeß geliefert und Impulse für die Integration der vor Ort gemachten Vorschläge in das neue Grundsatzprogramm gegeben. Auch Ivo Smolak, Kreisvorsitzender der FDP Uckermark, unterstützte die Ideenwerkstatt mit seinen Ideen und Erfahrungen aus dem Nachbarlandkreis.

MARTIN HOECK,
Kreisvorsitzender FDP Barnim

Zachor! Namen leuchtet!

Eberswalde (prest-ew). Seit dem 27. November gibt es im Museum Eberswalde die Ausstellung »Zachor! Namen leuchtet! Eine Spurensuche junger Menschen in Eberswalde.« zu sehen.

Im Judentum lebt ein Mensch weiter, solange sein Name erinnert wird. Mit dem Titel »Zachor! Namen leuchtet!« möchte das Museum Eberswalde dazu auffordern, sich an die Namen verstorbener jüdischer Mitmenschen zu erinnern. Der Ausdruck »Zachor!« bedeutet im Hebräischen »Erinnere Dich!« und transportiert das Anliegen der Ausstellung: die Erinnerung an jüdisches Leben in Eberswalde.

Dazu haben Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums Grabsteinabriebe angefertigt, welche in der Ausstellung mit dazugehörigen Biografien zu sehen sind.

Die Ausstellungseröffnung am 27. November wurde von einer eigens von den Schülerinnen und Schülern choreografierten Tanzperformance von Amelie Gloede und Mathilda Villwock begleitet.

Frieden in Gaza?

Vortrag zur humanitären Lage im Gazastreifen und zu Trumps Friedensplan

In der letzten Oktoberwoche war der Nahostreferent von medico international, Riad Othman, auf Einladung des Palästina-Kreises Eberswalde im Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio« in der Puschkinstraße 13 zu Gast und gab einen Überblick über die derzeitige humanitäre Lage im Gazastreifen.

Im Mittelpunkt seines Vortrages standen die dramatische Situation der Zivilbevölkerung, die weitreichende Zerstörung der Infrastruktur und die angespannte medizinische Versorgung. Gestützt auf Einschätzungen von UN-Institutionen und Menschenrechtsorganisationen vor Ort thematisierte er auch völkerrechtliche Aspekte, wie die Folgen von Blockade und Belagerung.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vortrags widmete sich der kritischen Auseinandersetzung mit dem sogenannten 20-Punkte-Plan von Donald Trump: Welche politischen Ziele verfolgt er – und kann er tatsächlich zu Stabilität

und einem nachhaltigen Frieden in der Region beitragen?

Im Anschluß an den Vortrag stand Riad Othman für den Austausch mit dem Publikum zur Verfügung.

www.palaestina-reiseberswalde.de

Tödliche Solidarität

Eberswalde (bbp). Die Politikwissenschaftlerin JACKIE ANDRES von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) informierte am 10. Dezember im Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio« über die Geschichte und die aktuelle Entwicklung der militärischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel. Mit Blick auf die Zerstörung Gazas wurden die deutschen Rüstungsexporte und die außenpolitische Rolle Deutschlands kritisch analysiert. Die Referentin zeigte auch Beispiele des Protests gegen die Rüstungsexporte nach Israel.

Nakba – Flucht und Vertreibung

Kein Frieden ohne Verständnis, kein Verständnis ohne Kenntnis der Ursachen

Der Palästinakreis Eberswalde brachte in der zweiten Dezemberwoche die renommierte Wanderausstellung »Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948« über die Wurzeln des Nahostkonflikts nach Eberswalde. Vom 7. bis 14. Dezember war die Ausstellung im Haus- und Wohnprojekt RUH in der Ruhlaer Str. 17 zu sehen.

Hintergrund zur Ausstellung

Kernanliegen der Ausstellung ist, die hierzulande kaum bekannte palästinensische Perspektive auf die Ursachen des Nahostkonflikts in der Öffentlichkeit bewußt zu machen. So verdeutlicht die Ausstellung eindrücklich, daß ohne Kenntnis der Vergangenheit kein Verständnis der heutigen Situation möglich ist – in diesem Fall die Kenntnis über die Nakba. Das arabische Wort für Katastrophe, Zerstörung oder Unglück umschreibt die Flucht und Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser anlässlich der Staatsgründung Israels im Jahr 1948.

Im Katalog zur Ausstellung heißt es dazu: »In Israel werden die Ereignisse um 1948, die mit der Ausrufung des israelischen Staates verbunden waren, als Wiedergeburt nach zweitausendjährigem Exil und nach jahrhundertelanger Verfolgung gefeiert. Den überwiegenden Teil der Palästinenser haben diese Ereignisse dagegen zu einem Volk von Flüchtlingen gemacht, die sich ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt sehen, ohne Aussicht auf nationale Selbstbestimmung, geschweige denn auf Entschädigung oder gar Rückkehr.«

Das mit der Nakba verbundene Leid des palästinensischen Volkes ist in der BRD weitgehend unbekannt oder wird vergessen; bis hin zu Stimmen, die es verharmlosen oder gar leugnen – überwiegt hierzulande doch das israelische Verständnis dieser Zeit. Daher gilt ihre Thematisierung, insbesondere die Forde-

rungen nach Rückkehr und Entschädigung der damals Entrechteten, vielfach als Tabubruch. Diese Seite des Konflikts als Voraussetzung für Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten zu zeigen und sie gebührend anzuerkennen, ist Ziel der Ausstellung.

Historisch detailgetreu stellt die Ausstellung die Ereignisse dar und fragt auch, inwiefern die Nakba ein vergangener oder nach wie vor anhaltender Prozeß ist.

Konzipiert, wissenschaftlich erarbeitet und kuratiert wurde die Ausstellung durch den Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V., der seit 1996 sozial-humanitäre Projekte vor allem für Kinder, Jugendliche und Frauen in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon fördert – mit finanzieller Unterstützung des Evangelischen Entwicklungsdienstes und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg. Unterstützt wird die Ausstellung, die 2008 anlässlich des 60. Jahrestages der Nakba erstellt wurde, von über 50 namhaften Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Kirchen, Medien und Kultur.

Bislang stieß die Ausstellung auf großes Publikumsinteresse, wurde inzwischen in mehr als 200 Orten gezeigt – darunter im EU-Parlament und im Palast der Vereinten Nationen in Genf – und zählt rund 21.000 verkaufte Begleitkataloge.

Endlich auch in Eberswalde

Der Palästinakreis freut sich sehr, daß es gelungen ist, die Ausstellung nach Eberswalde zu bringen und zudem, passende Räumlichkeiten in den Begegnungsräumen des im Aufbau befindlichen Haus- und Wohnprojekts RUH gefunden zu haben.

Weitere Informationen sind auf der Seite des Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V. (www.lib-hilfe.de) zu entnehmen.

SASCHA STANICIC

Stolzer Bundestagsabgeordneter

Prenzlau (bbp). Der »SPD-Bundestagsabgeordnete für Uckermark und Barnim« STEFAN ZIERKE teilte jüngst mit, daß im ersten Halbjahr 2025 143,5 Millionen Euro an KfW-Fördermitteln in seinen Bundestagswahlkreis flossen.

»Stolze 106,6 Millionen Euro in die Uckermark und 36,9 Millionen Euro in den Barnim«, verkündet er stolz. Dies sei »bereits viel Geld, das im ersten Halbjahr 2025 als Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in unsere Region gegangen ist«. Damit unterstützen »wir als Bund«, so Zierke, »unternehmerisches Handeln, Investitionen in Energieeffizienz, Infrastruktur und erneuerbare Energien sowie gutes Wohnen vor Ort«.

In der Uckermark, so der SPD-Abgeordnete, wurden dieses Mal insbesondere Fördergelder für »Energieeffizienz und erneuerbare Energien« abgerufen. Insgesamt gingen hier 96,9 Millionen Euro an Mittelstandsbanken, um Kredite und Bundesprogramme abzuwickeln. Ob und inwieweit diese Fördermittel in Projekte flossen, gegen die derzeit diverse Bürgerinitiativen aktiv sind, teilte Zierke nicht mit.

Im Barnim ging ein Hauptteil der KfW-Förderung an private Kunden: Insgesamt 22,6 Millionen Euro gingen in die Bereiche »Wohnen/Leben« und »Erneuerbare Energie«. Für Unternehmen wurde ein Fördervolumen von 14,2 Millionen Euro abgerufen.

Im Sommer 1990

»Der Landrat, Vertreter der VP und Vertreter der Stadt Eberswalde treffen sich zu einer Sicherheitskonferenz. Die Vertreter der VP berichten, daß sie keine Leute mehr hätten, um die Geldtransporte zu den Banken zu überwachen. Weiterhin wird seitens der VP kritisiert, daß es 13 Totalverweigerer gibt. Dies habe auch mit einem Artikel von Udo Muszynski zu diesem Thema zu tun und es wird eine Aussprache mit Udo Muszynski gefordert. Weiterhin wird über den »Zigeunerplatz« gesprochen. Dort haben sich Sinti und Roma unerlaubt niedergelassen und dies wird als Sicherheitsproblem gesehen.« (Protokollnotiz vom 21.7.1990; VP = Volkspolizei)

Diese vorangestellte Notiz fiel mir beim Besuch der Ausstellung der KLEINEN GALERIE EBERSWALDE im Sparkassenforum ins Auge. Unter dem Titel »35 Jahre Deutsche Einheit – Friedliche Revolution und demokratischer Umbruch in Eberswalde« waren bis zum 27. November Fotografien aus dieser nun schon dreieinhalb Jahrzehnte zurückliegenden Zeit zu sehen, es sind Arbeiten der Fotografen Andreas Mross, Karen Oehler, Thomas Burckhardt, Jens Gericke, Günter Rinnhofer und Klaus-Dieter Rühls. Dazu eine Chronologie, Ereignisse werden stichpunktartig aufgeführt.

Das obige Protokoll war selbst mir neu, eine diesbezügliche »Aussprache« hat es im Übrigen nie gegeben. Ich habe mich gemeinsam mit meinen Mitstreitern von der Gruppe »Entmilitarisierung« des »Neuen Forum« Friedemann Gillert und Günter Bochow für ein Eberswalde ohne Armee als Teil eines neutralen Deutschlands stark gemacht, größer als Anfang der neunziger Jahre war die Chance wohl nie, so sahen jedenfalls wir das. Und so sehr ich über die zitierten Sätze auch lachen muß, so sehr wird doch auch deutlich, daß alles, was ehemals nicht gesellschaftlich ausdiskutiert, sondern unter Teppiche gekehrt wurde, irgendwann wieder als Problem auftaucht.

UDO MUSZYNSKI

MAKING History

Geschichtsschreibung ist immer Teil politischer Auseinandersetzungen. Auch die Geschichte der Linken – und Geschichte von links – ist geprägt vom ständigen Kampf um Deutungshoheit: Von Marxismus als Herrschaftstheorie bis hin zu neuen Bewegungen, die patriarchale Strukturen und den historischen Sozialismus herausfordern.

Der Sammelband »Making History« der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist open access erschienen und beleuchtet die Frage, zu welchem Zweck linke Geschichte geschrieben wurde – und noch immer geschrieben wird.

KARL DIETZ

Böhm/Ehms/Hüttner/Kempff (Hrsg.): MAKING History. dampfboot-verlag.de/de/buecher/making-history

Europa und das liebe Geld

Eberswalde (bbp). MARTIN HOECK ist nicht nur Vorsitzender der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung und ein sehr aktiver Politiker der hiesigen FDP, sondern auch sonst in vielen Vereinen und Netzwerken präsent. Ein solches ist die Europa-Union Deutschland (EUD), deren Landesverband in Potsdam seinen Sitz hat. Martin Hoeck ist dort stellvertretender Landesvorsitzender.

Als solcher hatte er am 14. November im Rahmen der landesweiten Diskussionsrunde »Europa im Fokus« in Eberswalde im Bildungsbürgerzentrum »Amadeu Antonio« ein moderiertes Gespräch zum Thema »Europa und das liebe Geld« zwischen ihm und dem bündnisgrünen Europaabgeordneten Dr. SERGEY LA-GODINSKY organisiert.

»Wie verteilt die Europäische Union ihr Geld – und wie werden die Weichen der EU für die Zukunft gestellt? Derzeit laufen die Verhandlungen über den neuen EU-Finanzrahmen ab 2028. Dabei geht es nicht nur um knapp 2 Billionen Euro, sondern um Werte, Zusammenhalt und politische Schwerpunkte. Es stehen dabei große Fragen im Raum: Soll mehr in Verteidigung, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit fließen? Wie sieht eine gerechte Verteilung der Mittel aus – und was hält Europa überhaupt zusammen?«

Das sind die Fragen, die vorab für das moderierte Gespräch formuliert wurden.

»Gemeinsam möchten wir darüber diskutieren, wie die EU ihre Prioritäten setzt und welche Ideen hinter der Verteilung der Mittel stehen. Aber es geht in dieser Reihe auch darum, die für Brandenburg zuständigen Europaabgeordneten verschiedener Parteien kennenzulernen und über ihre konkrete Arbeit im EU-Parlament zu erfahren«, erläuterte Martin Hoeck vorab.

Die Veranstaltung wurde von der Landeszentrale für politische Bildung finanziell gefördert.

»Die Europa-Union Deutschland (EUD)«, informiert Hoeck, »ist die größte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland. Unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter, Geschlecht und Beruf engagieren wir uns für die europäische Einigung. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 17.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 300 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Der Landesverband Brandenburg wurde 1990 gegründet und hat derzeit 225 Mitglieder in sechs Kreisverbänden. Im Bar-nim gibt es noch keinen eigenen Kreisverband.«

Neujahrskonzert auf dem Waldfriedhof

Am 23. Januar 2026, um 17 Uhr, findet auf dem Eberswalder Waldfriedhof ein Neujahrskonzert mit dem Kleinen Chor der evangelischen Kirchengemeinde sowie Orgelmusik statt.

Alles kommt wieder!

von Peter Spangenberg

Die SED-Blockflöten 2.0 haben wieder eine Mauer errichtet – diesmal angeblich aus Brandschutzgründen. Sie sammeln pro Tag mehr Daten als die Stasi in 40 Jahren DDR. So gar auf Vorrat! Das Volk steht unter Generalverdacht, also wird die gesamte Kommunikation von jedem Geheimdienst, der gerade Spaß daran hat, belauscht. Auch das Telefon von Kanzlerin Merkel während ihrer Amtszeit. Und es wird alles an Informationen eingesaugt und zu Bewegungsmustern und Täterprofilen verbunden, was Leute online über ihr Privatleben posten.

Wie in guten alten Zeiten wurde der Nürnberger Kodex ausgehebelt, um eine Corona-Impfizierung der wohl einzigen zu einer informierten eigenen Impf-Entscheidung angeblich unfähigen Berufsgruppe – die laut Bodo Ramelow im Mai 2021 zu 2/3 uneinsichtigen Mediziner – durchzusetzen. Das hat dann die Einheitspartei in ihrer Weisheit und Güte auch so befohlen. Man durfte natürlich auch dagegen reden, aber das hatte dann eben wie in der DDR auch Konsequenzen – beruflich vor allem.

Ausgangssperre kannten nur noch die ganz Alten, aber plötzlich war Lockdown und Hausarrest wieder ganz normales Stadtbild und die Polizei fing illegal rodelnde Kinder am Waldrand ein. In ganz Europa wurden zertifizierte Staubmasken gegen Viren getragen, wobei die Viren locker mit Anlauf durch die Mä-schen des Stoffes paßten. Nur in Schweden gab es den Quatsch nicht, aber die sind ja nun auch alle tot, oder etwa nicht?

Nun führen die Blockflöten gläserne Konten ein. [...] Sind die rotgrünen Schreihä-lse heute nicht die Lieblinge der Medienmogule, Banken und Rüstungsfabrikanten? Wer die Wirtschaft in Nordamerika, im Pazifikraum und in Europa gezielt abzuwürgen will, der muß sich nur freitags mit einem selbst bekrakelten Pappschild vor ein öffentliches Gebäude setzen und wird berühmt wie ein Popstar und darf mit einer Rothschild-Jacht zur UNO über den Atlantik segeln. [...] Zwei Reemtsma-Tabakclan-Bräute versuchen derzeit der deutschen Wirtschaft mit angeblich das Klima rettenden Forderungen schwerer zu schaden als alle Lungentorpedos der rauchenden Bevölkerung.

Bill Gates hat in der Wendezeit einem deutschen Steckkartenentwickler den Einbau ab Werk und damit die Hardware-Virensicherung verweigert. Und weil unser Bill so sehr gegen Viren ist, steckt er sein Geld nun in Viren übertragende Mücken-zucht zum Schutz vor Seuchen. In die Corona-Virenbekämpfung hat er auch investiert und sich quasi die WHO

gekauft. Land in der Ukraine soll er auch gekauft haben, munkelt das Internet.

Wie teuer sind eigentlich all unsere Blockflöten zusammen, wenn Rußland angegriffen werden muß? Ich würde Bill Gates zuerst fragen! Bill – nomen est omen? Auf deutsch übersetzt heißt er »die Rechnung«.

Wir DDR-Bürger kamen ja auch Schnur-gerade in de Maizere, wurden ab Wiedervereinigung ver-Kohl-t, dann lange ausge-Merkel-t, haben die Bärbock zum Gärtner gemacht und jetzt wird ausge-Merz-t, was noch an Industrie und Sachverstand im Land ist.

Nach dem Neustart züchten sie wahrscheinlich mit den Kindern von alleinerziehenden Müttern, Fernsehzuschauern und Blockparteiwählern eine weltweit einsetzbare Masse von Jubelpersern und Niedriglöhnern, die in Handarbeit für China, Vietnam und Indonesien Kies, Steine und Lehm aus Brandenburg zu unschlagbaren Weltmarktpreisen exportieren werden. Akademikerinnen sind dank Scheidungsgesetzen und Aufwärts-Dating nahezu kinderlos und die lernfähigen Männer meiden Beziehungen nach dem ersten kapitalen Ehe-Bankrott wie die Pest oder ziehen nach Südostasien um. [...]

Mit dem Verbot der in Umfragen führenden Partei Deutschlands kommen wir auch der Diktatur des so genannten Proletariats wieder näher. Da sind alle wieder gleich, nur einige sind noch gleicher. Einige führende Proleten werden uns recht bekannt vorkommen. Bill Gates, George Soros, Ursula vDL, die Reemtsma-Cousinen vielleicht? Ich bin ja schon so gespannt auf des Kaisers neue Kleider!

So mancher heutige geistig nackte Politiker redet schon wieder so, als hätte er beeindruckende Schulterstücke an seiner imaginären Uniform und traue sich ganz allein die Zerstörung der Krimbrücke und gleich danach das Zerschneiden einer russischen Landkarte zu. Um uns mehr Sicherheit zu verschaffen.

Nein, es geht da nicht um ukrainischen Ackerboden im Besitz westlicher Investoren. Auch nicht um Schürfrechte oder Raketenstellungen. Den Krieg brechen die nur uns zu Liebe vom Zaun! Frau Zack-Schlimmerdran will doch nur unser Bestes. Werden wir es ihr geben? Wie BIO ist eigentlich ein Agrarbetrieb nach Einschlag einer Atombombe ganz in der Nähe? OK, dann kann man immer noch neue Grenzwerte beschließen. Die Ausländerkriminalität ist ja auch weg, wenn man denen deutsche Pässe gibt. Weißt Du, wie Du absolut leicht eine Vergewaltigung unmöglich machst? Sag einfach ja!

(Artikel aus Platzgründen leicht gekürzt)

Der »deep state« regiert auch bei Trump

Der Publizist CHRIS HEDGES interviewte kürzlich WHITNEY WEBB, eine der bedeutendsten Investigativ-Journalistinnen der USA. Ihr zweibändiges Werk »One Nation Under Blackmail« gilt vielen als Paradebeispiel hartnäckiger, quellengestützter Recherche, denn es verknüpft nationale Sicherheitsapparate, Finanzeliten und Technologiekonzerne zu einem kohärenten Bild struktureller Macht. Webb beschreibt eine schrittweise, aber radikale Transformation des westlichen Sicherheits- und Regierungsmodells: Privatisierung staatlicher Überwachungsarchitekturen, anschließende Rückvermietung an den Staat, und damit eine Verantwortungsdiffusion, die demokratische Kontrolle aushebelt.

Was in den frühen 2000ern als DARPA-Programm »Total Information Awareness« begann, sei – so ihre Darstellung – durch Firmen wie Palantir »externalisiert« worden. Chris Hedges illustriert aufgrund der komplexen Materie sein youtube-Interview »Der Aufstieg des Thielverse und des Überwachungsstaats« mit diesem Vorwort:

»Es gab viele, darunter auch einige Liberale, die fälschlicherweise glaubten, die Regierung Trump werde den Deep State demontieren. Tatsächlich, wie die Investigativjournalistin Whitney Webb dokumentiert hat, ist Trump eng mit den autoritärsten Figuren im Silicon Valley verbündet, etwa mit Peter Thiel, die sich eine Welt vorstellen, in der unsere Gewohn-

heiten, Neigungen, Meinungen und Bewegungen minutiös erfasst und nachverfolgt werden.

Diese Trump-Verbündeten beabsichtigen nicht, uns von der Tyrannei der Geheimdienste, der militarisierten Polizei, dem größten Gefängnis-system der Welt, räuberischen Konzernen oder dem Zeitalter der Massenüberwachung zu befreien.

Sie werden die Rechtsstaatlichkeit nicht wiederherstellen, um die Mächtigen und Reichen zur Verantwortung zu ziehen. Ebenso wenig werden sie die aufgeblähten und keiner Rechenschaft unterliegenden Ausgaben des Pentagons – rund 1 Billion US-Dollar – kürzen.

Sie säubern den öffentlichen Dienst ebenso wie die Strafverfolgungsbehörden und das Militär in rasantem Tempo – nicht, um den Deep State zu beseitigen, sondern um sicherzustellen, daß diejenigen, die die Staatsmaschine lenken, ausschließlich den Launen und Direktiven des Weißen Hauses unter Trump loyal sind. Die Angriffe zielen nicht auf den Deep State, sondern auf die Gesetze, Resolutionen, Verordnungen, Protokolle und Regeln – sowie die Regierungsbediensteten, die sie durchsetzen und damit die absolute diktatorische Kontrolle behindern.«

Weiter führt Hedges im Vorwort aus: »Kompromiß, begrenzte Macht, Gewaltenteilung und Rechenschaftspflicht sollen abgeschafft werden. Wer daran glaubt, daß der Staat dem Gemeinwohl zu dienen hat und nicht den Weisungen



FOTO: SCREENSHOT (THOMAS TOBLER)

Chris Hedges beim Gespräch mit Whitney Webb. einer kleinen Kabale von Milliardären, wird hinausgedrängt. Der Deep State wird neu zusammengesetzt, um einem Führerkult zu dienen. Gesetze und die in der Verfassung verankerten Rechte werden irrelevant.«

Und er gipfelt in der Feststellung: »Es ist ein Staatsstreich Stück für Stück – einer, der auf den Straßen unserer Städte in grober und brutaler Weise von der Behörde für Einwanderung und Zollfahndung (ICE) durchgesetzt wird, gestützt auf Thiels 'Palantir' und die hochentwickelten Überwachungsformen, ermöglicht durch künstliche Intelligenz und digitale Kontrolle, wie sie im Silicon Valley vorangetrieben wurden.«

STEFAN BENTELE BLANCO

Unser Autor ist ein gesellschafts- und kapitalismuskritischer Facebook-Blogger, der in Stuttgart studierte und aktuell in Venezuela lebt. Das automatisch synchronisierte Interview kann hier angesehen werden: youtube <https://oggy.de/1103>

Die Zukunft in Schuluniform gekleidet

Die Straßen Kubas erstrahlen in Weiß, Blau, Rot ... Ein Fluß wißbegieriger Kinder bewegt sich in Richtung der Schulen. Der September ist da und mit ihm die Aufregung eines neuen Schuljahres, das sich durch Schwierigkeiten kämpft. Es ist ein geschäftiger, freudiger Morgen ... voller Erwartungen.

Nachdem der Wecker geklingelt hat, beginnt das Anziehen der gebügelten Uniformen, während das Lachen von Kindern und Jugendlichen die Luft erfüllt, voller Vorfreude auf neue Erfahrungen und neues Lernen.

In jedem Viertel haben die Mütter und Väter im Stillen Großes geleistet: die Suche nach dem Rucksack, der so wichtig ist, da er die Bücher und Schätze des Wissens tragen und der Last eines ganzen Jahres standhalten muß – dann die Schulsachen ... Hinter jedem einzelnen Gegenstand steckt eine Geschichte voller Anstrengung, Hingabe und Liebe.



FOTO: ISMAEL BARTIA

Groß ist auch der Kampf eines Landes, das tägliche Notlagen zu bewältigen hat, aber viele Hände, viele Opfer und viele schlaflose Nächte in diesen neuen Morgen investiert hat.

Währenddessen paßten zuhause Großmütter, Mütter und Nachbarn die Größen der Uniformen an, befestigten Knöpfe und Abzeichen oder stickten die Initialen der Kleinen.

Im Mittelpunkt dieses Universums: die Kinder. Für sie hat dieser Tag keine Schattenseiten; er ist pure Zukunft. Ihre Träume werden vom Geruch von Büchern und Bleistiftspitzen beflügelt.

An diesem Septembertag haben Tausende unserer Kinder ihre erste Begegnung mit der Welt der Buchstaben und Zahlen; andere setzen den bereits begonnenen Weg fort, einen Pakt mit der Zukunft, der auf der Tafel skizziert ist.

Die Straßen Kubas erstrahlen in Weiß, Blau, Rot ... Ein Fluß wißbegieriger Kinder bewegt sich in Richtung der Schulen.



FOTO: LÓPEZ HEVIA

Die Türen öffnen sich. Lehrer heißen die Kinder willkommen. Sie wissen, dass in ihren Augen der Keim all dessen liegt, was wir sind und sein können.

Dieser Tag bedeutet uns allen viel, und er spricht auch Bände über den Willen eines Volkes, das im Lernen seiner Kinder die Zukunft klar sieht.

Das Schuljahr hat begonnen. Träume stehen wie immer im Vordergrund.

ANALIS HIDALGO RODRÍGUEZ

aus: Granma Internacional, September 2025.

Gefunden von Kornelia Lubke

Wir danken »Granma Internacional« für die freundliche Genehmigung für den Abdruck des Artikels.

Stärkster Eberswalder

Am 30. November fand in der Motor-Halle der schon zur Tradition gewordene Wettkampf »Stärkster Eberswalder« statt. Dieses mal mit einer Jubiläumsausgabe, dem 30. Wettbewerb dieser Veranstaltung. Der ausrichtende Verein SV Motor Eberswalde hatte den Wettstreit gut vorbereitet und für alle Athleten gute Wettkampfbedingungen geboten. Eröffnet wurde der Wettkampf von Frau Schmidt, die vom Bürgermeister Herrn Götz Herrmann beauftragt wurde, in seinem Namen den Wettbewerb zu eröffnen und vom Geschäftsführer des Vereins SV Motor Eberswalde Herrn Christian Mätzkow.

Insgesamt starteten 27 Teilnehmer (3 weibliche und 24 männliche) aus verschiedenen Vereinen und Fitnessstudios bei diesem Wettkampf. Die meisten Teilnehmer kamen vom SV Kraft Eberswalde und vom ausrichtenden SV Motor Eberswalde. Zahlreiche Zuschauer verfolgten interessiert das Wettkampfgeschehen. Am Ende gab es viele neue persönliche Bestleistungen.



Foto: Christian Mätzkow

Stärkste Eberswalderin wurde mit gedrückten 55 kg und 50 Punkten Ute Hänschke vom Verein SV Kraft Eberswalde. Den zweiten Platz belegte Sandra Fiebig (SV Kraft Eberswalde) mit 42,5 kg und 45 Punkten. Dritte wurde Annett Reisewitz (SV Motor Eberswalde) mit 30 kg und 27 Punkten.

Stärkster Eberswalder wurde Sven Müller von SV Motor Eberswalde mit starken 215 kg und 122 Punkten. Der zweite Platz ging an Mike Gast (SV Kraft) mit 190 kg und 109 Punkten. Dritter wurde Bert Taßler (Judoclub Eberswalde) mit gedrückten 145 kg und 91 Punkten.

Die Sportler des SV Motor Eberswalde bedanken sich für die zahlreichen Helfer, Sponsoren (Bäcker Wiese, Angelzentrum Nordend u.a.) und natürlich geht ein großes Dankeschön an die Teilnehmer dieses Wettbewerbes. Sie freuen sich schon auf das Jahr 2026, wenn es wieder heißt »Stärkster Eberswalder« gesucht. Bis dahin wünschen wir allen maximalen sportlichen Erfolge und viel Gesundheit.

ACHIM WENDLANDT

(SV Motor Eberswalde,

Abt. Gewichtheben/Kraftdreikampf)

Eberswalder Originale und alternative Prominente (Folge 29):

Wer war Dr. Trommer?

In dieser Artikelserie sollte an Eberswalder Bürger erinnert werden, die nicht zu den Prominenten gehörten. Nun hat es auch Bürger gegeben, die beides nicht waren. Oder waren sie vielleicht beides? In der sonntäglichen Werbezeitung war unlängst eine Dankagung anlässlich des Ablebens von Dr. REINHARD TROMMER zu lesen. Er verstarb am 1. Oktober 2025 und wurde über 90 Jahre alt.

Nur ganz wenige noch lebende Eberswalder hatten einen Bezug zu Dr. Trommer, einem über die Grenzen Deutschlands bekannten Mathematiker. Er wirkte viele Jahre in Eberswalde in verschiedenen wissenschaftlichen Instituten.

Sein Hauptarbeitsgebiet war die Biometrie, ein Teil der Mathematischen Statistik. Diese Fachrichtung entstand in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Oberste Autorität auf diesem Gebiet war die Frau Prof. Erna Weber, eine gemütlich aussehende Oma mit damals absolutem Sachverstand. Dr. Trommer hatte einen regen Fachaustausch und viel persönlichen Kontakt mit Erna Weber. (Die Bücher von Erna Weber erreichten deutschlandweit teilweise sieben Auflagen.)

Ebenso pflegte er über viele Jahrzehnte die Verbindungen zu allen führenden mathematischen Statistikern der DDR, zu denen eigentlich Dr. Trommer gezählt werden sollte. Aber Eberswalde war kein Wissenschaftszentrum für Mathematische Statistik.

Er lieferte jedoch hervorragende Erkenntnisse zur Stichprobentheorie, die nur von wenigen Spezialisten angewendet worden sind. Wenn in der heutigen Zeit, beispielsweise bei Wahlen, in den Medien sofort nach Schließung der Wahllokale eine Schätzung für das Wahlergebnis vorzulegen ist, kommen dabei auch Forschungen von Dr. Trommer auf dem Gebiet der Stichprobenplanung zur Anwendung. Seine Leistungen im vergangenen Jahrhundert hatten schon eine gewisse Bedeutung. Er arbeitete vorrangig mit Papier und Bleistift, Computer waren nicht seine Welt.

Dr. Trommer war Mitherausgeber der Biometrischen Zeitschrift, später Biometrical Journal. Das ist eine internationale Fachzeit-

schrift, die Beiträge der Mathematischen Statistik mit deren Anwendungen in den biologischen Wissenschaften publiziert.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Instituten, die Anwendungsforschung betrieben, hatte er natürlich Kontakt zu vielen Nichtmathematikern, denen er beratend zur Seite stand. Für einige war eine Beratung bei Dr. Trommer anstrengend. Er dachte sehr vorausschauend und vergaß, seine Gedanken dem Beratenden ausführlich mitzuteilen. Dadurch entstanden Kommunikationslücken. Mit dem Erfolg, daß es dann Fachwissenschaftler gab, die respekt- und mehr ehrfurchtsvoll mit Dr. Trommer umgingen.

Dr. Trommer war kein Kämpfertyp, beispielsweise im wissenschaftlichen Meinungsstreit. Er zeigte und kommentierte seine Ergebnisse, die wahr waren, auf Gegenreaktionen von Fachkollegen ging er oft nicht ein, weil diese falsch waren.

In der Eberswalder Öffentlichkeit trat Dr. Trommer kaum in Erscheinung. Eine Ausnahme ist vielleicht seine Mitarbeit bei der Volkssolidarität. Bilder von ihm sind nicht verfügbar. Vielleicht lag es auch an der von ihm bevorzugten Kleidung in Grautönen. Daher kann man Dr. Trommer als auffällig unauffällig charakterisieren. Er wohnte bescheiden in einem Neublock in der Wildparkstraße und verbrachte seine letzten Lebensjahre im Pflegeheim.

Fußnote: Sicher wäre eine nicht so einfache Überschrift für diesen Text geeigneter, aber die hier gewählte wird sicherlich bei Google für einen Eintrag im Netz sorgen. Dr. Reinhard Trommer ist trotz seiner Verdienste dort wenig präsent.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Palästina und die Pogromnacht

Mitglieder des Palästinakreises Eberswalde beteiligten sich am 9. November am Gedenken zur Reichspogromnacht im Jahr 1938. Dieser Tag ist uns Mahnung, daß sich nichts dergleichen wiederholen darf und den Anfängen von Rassismus gewehrt werden muß.

Wir treten gegen Antisemitismus genauso ein wie gegen jede andere Form von Rassismus, insbesondere auch Islamfeindlichkeit. Jüdisches Leben gehört in Deutschland und weltweit genauso geschützt wie das Leben jeder anderen Bevölkerungsgruppe. Es sind nicht »die Jüdinnen und Juden« verantwort-

lich für das unsagbare Leid der Palästinenser seit Jahrzehnten, sondern der zionistische israelische Staat, der sich anmaßt für alle Jüdinnen und Juden zu sprechen, in Wahrheit jedoch nur eine politische und ideologische Richtung repräsentiert. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, daß unter den vielen Demonstrantinnen gegen den Krieg und die Besatzung viele Jüdinnen und Juden sind. Leider wird deren politische Betätigung durch eine zunehmende staatliche Repression gegen palästinasolidarische Proteste seit Monaten enorm behindert. Palästinakreis Eberswalde

Was geschah am 11.11.?

Gründe für einen Parteiaustritt

Am 11.11. beginnt die 5. Jahreszeit. Ob es gerade 11.11 Uhr war, als die vier Landtagsabgeordneten Jouleen Gruhn, Melanie Matzies, Reinhard Simon und André von Ossowski ihre Pressemitteilung in die Welt schickten, ist nicht bekannt. Der Inhalt kurz und griffig: »Hiermit unterrichten wir über unseren Austritt aus dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).« Der Fasching kann beginnen. So schien es zumindest, als die Nachricht erstmals aus den Boxen tönte. Bald wurde klar: Was hier passierte, war ernst gemeint. Zu den Vieren gehört mit ANDRÉ VON OSSOWSKI auch der BSW-Landtagsabgeordnete aus Eberswalde. Im folgenden der ungekürzte Text, der dem lapidaren Satz folgte:

Wir haben uns dem BSW angeschlossen, weil wir an die Idee einer neuen politischen Kraft geglaubt haben, die Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung in den Mittelpunkt stellt. Diese Hoffnung war eng mit der sachorientierten und besonnenen Haltung von Sahra Wagenknecht verbunden. Sachorientiert zu handeln bedeutet, über Inhalte offen zu diskutieren, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und im Dialog zu bleiben – gerade dann, wenn unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen.

In den vergangenen Monaten hat sich jedoch eine Entwicklung abgezeichnet, die uns große Sorgen bereitet. Autoritäre Tendenzen prägen zunehmend mehr das innerparteiliche Klima, der Druck auf Abgeordnete wächst, während offene Diskussionen und die Einbindung unterschiedlicher Stimmen in den Hintergrund treten. Es dominieren radikalisierte Positionen – ein Kurs, der weder dem Anspruch einer pluralistischen Bewegung noch dem einer demokratischen Partei gerecht wird. Besonders im Umgang mit Britta Müller und Robert Crumbach wurde deutlich, wie stark innerparteiliche Spannungen die sachliche Zusammenarbeit überlagern – ein Vorge-

hen, das unsrem Verständnis von demokratischer Kultur widerspricht.

Die Debatte um den Medienstaatsvertrag verdeutlicht den Verlust an Besonnenheit, Vernunft und demokratischer Diskussionskultur, die eine starke und zukunftsfähige Partei auszeichnen sollten. Entscheidungsprozesse müssen transparent, fair, demokratisch legitimiert und vor allem vorausschauend gestaltet werden. Insbesondere im Fall des Medienstaatsvertrags wäre ein solches vorausschauendes Handeln notwendig gewesen, um eine derart zugespitzte Situation in ohnehin unsicheren Zeiten zu vermeiden. Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es in diesem Prozess tatsächlich noch um die Sache ging – denn statt Beteiligung, Dialog, Kompromiß und Einigung stand am Ende Eskalation. Für uns bleibt klar: Eine Partei, die Vernunft und Demokratie zu ihren Leitprinzipien erklärt, sollte diese Grundsätze auch im eigenen Handeln erkennbar leben und in ihren inneren Prozessen widerspiegeln.

Unser Entschluß ist uns nicht leichtgefallen, doch er ist das Ergebnis sorgfältiger Überlegungen. Dazu trägt auch bei, daß Ostdeutschland bei der Neuaufstellung des Bun-

desvorstandes sträflich vernachlässigt wird.

Wir möchten unsere fachlich fundierte, transparente und demokratische Arbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben, konsequent fortsetzen. Dafür braucht es einen neuen, parteiunabhängigen Rahmen. Dabei möchten wir ausdrücklich betonen: Unser Handeln folgt allein dem Ziel, die Anliegen, für die wir gewählt wurden, auf Grundlage unserer Werte mit Sachverstand, politischer Vernunft und lösungsorientiertem Engagement weiter voranzubringen.

Wir übernehmen weiterhin Verantwortung – für unser Land Brandenburg und für eine erfolgreiche Fortführung der bisherigen Koalitionspolitik. Diese wird durch unseren Schritt in keiner Weise beeinträchtigt. Im Gegenteil: Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags und werden als Mitglieder der BSW-Fraktion die hervorragende Arbeit unserer Ministerinnen und Minister Crumbach, Müller und Tabbert unter der Führung unseres Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke weiterhin mit ganzer Kraft unterstützen.

Wir haben in unserer Zeit im BSW viele engagierte und aufrichtige Menschen kennengelernt, mit denen uns das gemeinsame Ziel verband, Politik zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Ihnen gilt unser aufrichtiger Dank.

Wir wünschen dem BSW, daß es zu seiner ursprünglichen Besonnenheit und demokratischen Stärke zurückfindet – und den Mut aufbringt, den Weg der Vernunft wieder konsequent zu gehen.

Dr. JOULEEN GRUHN, MELANIE MATZIES, ANDRÉ von OSSOWSKI, REINHARD SIMON

Palästina-Vorträge

Wir sind Menschen, die in Eberswalde leben und dem täglichen Leid in Gaza und der Westbank nicht tatenlos zusehen wollen. Deshalb haben wir im Juni 2024 den Palästina-Kreis Eberswalde gegründet.

Wir wollen unsere Stimme erheben gegen den Krieg und gegen die Vertreibung von Palästinenserinnen und Palästinensern. Wir wollen, daß in Eberswalde eine offene Debatte zum Gaza-Krieg stattfindet, wir wollen Informationen zugänglich machen, die in den Massenmedien weniger auftauchen und wir wollen über mögliche Lösungen für den Nahost-Konflikt diskutieren. Dazu führen wir Filmvorführungen durch, machen Veranstaltungen, Ausstellungen, Info-Stände und erarbeiten Flugblätter und Plakate.

Der Nahostkonflikt hat auch Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima in Deutschland. Viele Menschen aus arabischen Ländern oder mit muslimischem Hintergrund fühlen

sich von der medialen Berichterstattung und der öffentlichen Debatte in Deutschland nicht repräsentiert oder gar ausgegrenzt. Zugleich besteht in Deutschland, insbesondere in Kleinstädten, ein Mangel an differenzierter Information und Raum für offene, kritische Auseinandersetzung mit dem Thema.

In einer Zeit, in der Polarisierung und verkürzte Narrative den gesellschaftlichen Diskurs zunehmend prägen, braucht es Räume, in denen Austausch, Bildung und Empathie möglich sind. Der Palästina-Kreis Eberswalde möchte in Eberswalde eine sechsteilige Vortragsreihe durchführen, die verschiedene Facetten des Nahostkonflikts beleuchtet – faktenbasiert, kritisch und dialogorientiert. Die Veranstaltungsreihe soll nicht nur informieren, sondern auch Brücken bauen.

Zwei Veranstaltungen konnten wir bereits über verschiedene Projektförderungen im Oktober und Dezember 2025 umsetzen. Für vier

weitere sind wir aber auf Spendengelder angewiesen. Wir möchten in diesen Veranstaltungen über Themen wie die Geschichte des Nahostkonflikts, die Ressource Wasser in der Westbank, die Medienberichterstattung in Deutschland und die israelische Friedensbewegung heute mit Menschen auch mit unterschiedlichen Positionen und Perspektiven in den Austausch gehen.

Wir brauchen finanzielle Unterstützung für Referenten-Honorare, Reise- und Übernachtungskosten, Bewerbung der Veranstaltungen sowie Raummiete und Technik. Jeder Beitrag zählt, egal wie groß oder klein. Da wir noch kein eingetragener Verein sind (wir arbeiten daran!), besitzen wir auch noch kein vereins-eigenes Konto (wie ihr spenden könnt, findet ihr hier: gofund.me/78151ae39). Eure Spenden werden ausschließlich für die Durchführung der Bildungsveranstaltung ausgegeben. Auf unserer Website werden wir zeitnah die Verwendung eurer Spenden veröffentlichen (www.palaestinakreis.eberswalde.de).

Wandertips

von BERND MÜLLER

Weihnachtswanderung

Freitag, 26. Dezember: Am 2. Weihnachtsfeiertag zum Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul.

Bereits im 21. Jahrgang geht es durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena ist eine Kaffeerast mit selbstgebackenen Leckereien geplant. Rückweg zum Mon Choix. Wanderleiterin ist Corinna Gerber, die Organisation liegt in den Händen von Bernd Müller.

Treff: 13 Uhr, Kirche Cöthen, Cöthen 25, Falkenberg.

Auf den höchsten Berg

Mittwoch, 31. Dezember: Silvesterwanderung auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs. Etwa zwei Stunden, 3 km/h Wandergeschwindigkeit.

Corinna Gerber führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 m. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Eine Kaffeerast ist eingeplant.

Treff: 13 Uhr Bushaltestelle, Danckelmannstraße 10, 16259 Bad Freienwalde

Neujahrsschwimmen

Donnerstag, 1. Januar 2026, Winterbaden nach Kneipp mit den roten Krebsen.

Einführung ins Winterbaden unter Anleitung von Bernd Müller. Schon Pfarrer Kneipp wußte um die gesundheitsfördernden Eigenschaften von kaltem Wasser. Neben Immun- und Herz-Kreislauf-System profitiert auch die Psyche durch die Ausschüttung von Adrenalin, Endorphine sowie entzündungshemmenden Kortikoiden. Für Kranke mit chronischen Entzündungen kann das Linderung bringen.

Aber Vorsicht. Nie alleine und untrainiert Winterschwimmen. Der Körper muß langsam daran gewöhnt werden.

Die regelmäßigen Winterbader am Krebssee nennen sich übrigens die roten Krebse. Wichtig: Bademantel, Badelatschen und Mütze.

Treff: 13 Uhr Badestrand Großer Krebssee, Hohenwutzen. 1 Euro. Mitfahrer ab Bad Freienwalde 12.40 Uhr am Marktplatz zuzüglich 2 Euro Fahrtkosten.

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Lesungen und Theater: »Heute habe ich bei Rewe fleißig Bierflaschen geschüttelt, vielleicht ist es für die Käufer, wenn sie ihnen beim Öffnen überschäumen, ein Denkanstoß, irgendetwas muß man ja tun.« (Jochen Schmidt) Noch dreimal laden wir im Winterhalbjahr im Rahmen von Guten-Morgen-Eberswalde zu Lesungen ins Paul-Wunderlich-Haus und freuen uns auf eine deutsche Chronik in Schlagern mit Wolf Kampmann und seinem Buch »Zeig mir den Platz an der Sonne« (10.1.), auf Jochen Schmidt, der seinen neuen Roman »Hoplopoiia« im Gepäck hat (21.2.), sowie auf Annett Gröschner und das ganze Leben der Blumenbinderin und Kranfahlerin Hanna Krause in »Schwebende Lasten« (18.4.). Beim Theater erfreuen uns traditionell herzerreißend mit dem Theater Maskotte an der leisen Weihnachtsgeschichte von »Ladislaus & Annabella« (20.12.) und erleben mit den flunker produktionen schließlich »Das große Wohn« (17.1.).

Nicht erklärt und nicht eingeordnet

Antwort auf einen Leserbrief (»Verdächtig«, in BBP 9/2025)

Guten Abend L. Friedrich, vielen Dank, daß Sie die »Barnimer Bürgerpost« gelesen haben und an manchen Artikeln Interesse hatten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unsere Zeitung abonnieren würden.

Ihre Kritik bezieht sich auf den Artikel »Brutal, unproviziert, völkerrechtswidrig – ein Angriffskrieg« von Rainer Rupp auf Seite 3 in der Sommerausgabe 2025. Hierbei handelt es sich um eine stark gekürzte Version des auf rt.de* unter dem Titel »Ein Schurkenstaat zeigt sein wahres Gesicht« veröffentlichten Artikels des Autors. Der Autor Rainer Rupp ist entgegen Ihrer Wahrnehmung klar erkennbar.

Wie kommen Sie darauf, daß es sich dabei um einen »Propagandaartikel aus dem Kreml« handeln soll? Thema des Artikels ist der israelische Überfall auf den Iran. Rainer Rupp beschreibt diesen Überfall als brutal, unproviziert und völkerrechtswidrig. Diese Meinung entspricht m.E. den realen Fakten.

Sie können der Meinung von Rainer Rupp glauben oder auch nicht, sie gut finden oder auch nicht. Das ist Ihre Sache, wie es die Sache jeder Leserin und jedes Lesers ist.

Wieso sich unser Blatt »unglaublich« machen soll, wenn wir, wie es unser Anspruch ist, Meinungen der Autoren so wiedergeben wie sie sind, bedarf einer Erläuterung.

Noch mehr bedarf es einer Erklärung, wieso dies unser »Blatt verdächtig« machen soll. Wessen verdächtig? Und wem verdächtig?

Sie wünschen sich eine »Erklärung und Einordnung« als »das Mindeste«, was wir unseren Leserinnen und Lesern »schulden« würden.

Da Sie die »Barnimer Bürgerpost« noch nicht abonniert haben, wissen Sie nicht, daß in unserer Leserzeitung die Meinungen der Autorinnen und Autoren grundsätzlich nicht »erklärt und eingeordnet« werden. Die Meinungen unserer Autorinnen und Autoren stehen für sich selbst und es steht unseren Leserinnen und Lesern frei, sich dazu zu äußern. Diese Möglichkeit haben selbstverständlich auch Sie, sehr geehrte (oder geehrter) L. Friedrich.

Mit freundlichen Grüßen GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

* rt.de ist die Abkürzung für »russia today deutsch«. L. Friedrich hat sich übrigens nicht wieder bei der Redaktion gemeldet.

WaldWeihnacht 2025

Auch in diesem Jahr hat die Stiftung WaldWelten gemeinsam mit dem Forstbotanischen Garten der HNEE zum alljährlichen Wald-Weihnachtsfest in den Forstbotanischen Garten eingeladen. Am 3. Adventswochenende öffnete er seine Tore für ein magisches Familienerlebnis, wenn er in zauberhaftem Licht erstrahlt und der Duft von Tannengrün, Feuerholz und süßen Crêpes die Luft erfüllt. Magische Wesen und Klänge verzaubern die Besucher und begleiten sie durch eine phantasievolle Reise.

Die WaldWeihnacht im Forstbotanischen Garten ist mehr als ein Fest – sie ist eine Reise in eine andere Welt. Eine Welt voller Licht, Klang und Magie, die für ein paar Stunden den Alltag vergessen läßt und das Weihnachtswunder spürbar macht.

Zwischen dem 3. und 4. Advent lud die Stiftung zusätzlich täglich zum besinnlichen Lichterspaziergang durch den magisch beleuchteten Garten ein.

VERONIKA BRODMANN

Diskussion im Bus

Die Fahrgäste steigen am Morgen ein. Immer dieselben zu der Uhrzeit.

Sagt der erste: »Na heute kam er ja pünktlich!« Sagt die zweite: »Neulich stand ich ne halbe Stunde in der Kälte, weil der Nordender einfach nicht fuhr.« Sagt der dritte: »Ja, kein Personal, Krankheit ... man muß froh sein, daß überhaupt was fährt.« Sagt der erste: »Früher fuhren sie im 6-Minuten-Takt!« Der dritte: »Das wußte ich, daß das jetzt kommt.« Sagt sie: »Und am Bahnhof kann man nicht mal auf Toilette gehen. Wegen Vandalismus geschlossen.« Sagt der erste: »Dann muß man eben eine Putzfrau einstellen!« Sagt der dritte: »Zu teuer!« Sagt der erste: »Was heißt 'zu teuer', das ist Daseinsfürsorge! Früher gabs in jedem Bahnhof eine Toilette!« Sagt der dritte: »Ja, die Toilette im Bahnhof Bernau zum Beispiel. Da hat man es sich lieber verkneifen ...« Sagt der erste: »Da hatte man wenigstens eine!« »Ja« sagt der dritte, »früher waren auch noch die Russen bei uns und haben sie halbe Stadt belegt.« Sagt der erste: »Die werden uns wieder befreien!« »Nein!« sagt die zweite, »die sollen bleiben, wo sie sind!« Sagt der erste: »Die haben uns nichts getan!« Sagt der dritte: »Ich mußte 20 Jahre lang DSF-Marken einkleben. Das wollte ich auch nicht!« Sagt der erste: »Das kam ja von oben ...«

Nun öffnet der Bus die Türen, die Fahrgäste steigen aus und die mitgereisten ukrainischen Frauen schmunzeln sich eins ...

UDO MUSZYNSKI

30 Jahre Barnimer Bürgerpost:

Fête im Viertel mit der BBP

Unsere unabhängige Leserzeitung feierte in diesem Jahr ihr 30jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß präsentierten wir uns am 13. September im Rahmen des Stadtteilstestes »Fête de la Viertel« auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde mit einem Stand samt spezifischen BBP-Angeboten.



Foto: Sven Weller

So war eine reiche Auswahl älterer BBP-Ausgaben bis hin zu den Ausgaben aus dem Jahr 1995 verfügbar, ergänzt durch die verschiedenen Sonderdrucke, die von der Barnimer Bürgerpost im Laufe der Jahre herausgegeben wurden. Die Bücherkiste mit Büchern und Broschüren unserer Autoren, wie Kurt Kretschmann, Rudolf Behm, Rolf Richter, Rainer Thiel, Hans Jörg Rafalski und anderen ergänzte das Angebot. Als besondere Attraktion gab es einen Sonderdruck von der Titelseite unserer ersten Ausgabe vom September 1995, der vor Ort auf einer Handdruckpresse gefertigt wurde. Leider ließ die Druckqualität am Ende einige Wünsche offen.

Für kulinarischen Genuß sorgte die Soljanika des Vereinschefs (genauer gesagt seiner Frau), die so manchen Besucher des Stadtteilstestes satt machte.

Auf dem Stadtteilstest waren neben dem Bühnenprogramm ca. 30 verschiedene Vereine, Einrichtungen, Initiativen u.ä. mit Ständen präsent, die viele Besucher anlockten. Der Zulauf blieb allerdings unter den Erwartungen. Zeitgleich fanden in Eberswalde noch mindestens drei andere Events statt (85 Jahre Obus, Spritzkuchentag, Flohmarkt). Da kommt dann niemand mehr in unser abgehangenes Viertel. Aber auch von den hier (immerhin inzwischen wieder über 7000) Wohnenden hielt sich der Zulauf in Grenzen. 150 bis 200 dürfte der maximale Besucherstand gewesen sein. Aber es war ein ständiges Kommen und Gehen. Im Laufe der fünfstündigen Veranstaltung schlenderten mindestens 500 bis 600 Menschen über den Platz. Einige Be-

obachter wollen gar bis zu 1000 Besucher gezählt haben.

Insofern haben wir als Verein und Zeitung etwas Aufmerksamkeit erheischen können – zumal wir ja auch das Kiezmagazin MAXE auf dem Tisch hatten. Das seit 2012 erscheinende Kiezmagazin für das Brandenburgische Viertel (2012-14 auf Papier gedruckt, seitdem im Internet auf www.maxe-eberswalde.de) wird seit 2019 vom BBP-Verein herausgegeben.

Die Absicht, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, konnte nicht so wie erwartet realisiert werden. Unsere beiden Stände befanden sich unmittelbar neben der Bühne, von der meist ein Lautstärkepegel ausging, der eine Unterhaltung in unmittelbarer Nähe nahezu unmöglich machte.

Von unseren Leserinnen und Lesern hatten sich einige vorab zur Gaza-Demo in Berlin angemeldet. Dennoch waren es etwa 50 Besucher der Stadtteilstette, die ausschließlich wegen des Bürgerpost-Jubiläums ins Brandenburgische Viertel gekommen waren. Immerhin. Für die Standbetreuerinnen und -betreuer war es ein anstrengender, insgesamt aber auch ein erfolgreicher Tag.

Es war ja auch eine Premiere, daß wir innerhalb einer von der Stadtverwaltung organisierten Veranstaltung dabei waren und dabei freundlich aufgenommen wurden. Sowas war unter dem vorherigen Bürgermeister nicht möglich. Die Erinnerungen an unser 20. Jubiläum, das wir mit einem Pressefest am Ulrichspeicher – zeitgleich zum Innenstadtfest – feierten, sind noch wach.

GERD MARKMANN

Zur Zukunft der BBP:

Niedergang vorprogrammiert?

Eberswalde (bbp). »30 Jahre – und wie nun weiter?« fragten wir in der vorigen Ausgabe, die im September erschienen ist. Als mögliche und derzeit wahrscheinliche Entwicklung steht das künftige Erscheinen als Vierteljahreszeitschrift zur Debatte. Erste Reaktionen sind inzwischen bei der Redaktion eingegangen, die wir nachfolgend anonymisiert allen Leserinnen und Leser zur Verfügung stellen:

Du gehst nun offenbar davon aus, daß die BBP künftig nur noch quartalsweise erscheint, dann mit dreifachem Umfang aber wohl noch als »print«-Ausgabe. Damit ist m.E. die weitere Entwicklung vorgezeichnet: Reduzierung der Seitenzahl (pro Monat gesehen) von 16 auf 12 oder vielleicht nur noch 8 Seiten und dann (siehe taz) möglicherweise nur noch »online«.

Ich habe das so verstanden, daß die BBP dann möglicherweise für die Leser und auch für die Autoren nicht mehr »interessant« ist und daß die Zahl der Abonnenten und auch die Zahl der Autoren schrumpfen könnte.

Die BBP war nach meiner Wahrnehmung eine Zeitung, die von allen Lesern aufmerksam von vorn bis hinten gelesen wurde. Wenn man das Leseverhalten der Deutschen jetzt auf die künftige BBP herunterbricht, dann werden 48 oder 36 Seiten nicht mehr aufmerksam und vollständig gelesen, auch weil die Aktualität, die ja schon bei monatlicher Erscheinung durchaus eingeschränkt war, dann vollständig verloren gegangen ist. Das wird zwangsläufig dazu führen, daß die Zahl der Abonnenten abnehmen wird und das Blatt von der »Redaktion« (die es ja dann sein soll) nicht mehr gehalten werden kann. Damit ist der Niedergang vorprogrammiert.

»Museum im Gespräch«

Eberswalde (prest-ew). Am 30. November startete das Museum Eberswalde mit dem neuen Formats »Museum im Gespräch«.

Besucherinnen und Besucher haben dabei die Möglichkeit, sich mit Mitarbeitenden des Museums in lockerer Atmosphäre zu einem speziellen Thema in der Ausstellung auszutauschen. Zum Auftakt ging es um die am 14. November im Dachgeschoß des Museums eröffneten Sonderausstellung »Es wärmt die Form, der Stoff, das Licht – Messinggeräte aus alter Zeit und ihr Wirken im Alltag der Menschen«. Die Gäste konnten die besonders glänzenden Messingobjekte aus der Sammlung des Deutschen Messingmuseums für angewandte Kunst sowie Messingobjekte aus der 120-jährigen Sammlung des Eberswalder Museums mit ihrer Funktionsweise kennenlernen.

Zuvor war eine Teilnahme an der monatlich stattfindenden »Offenen Führung« durch die Dauerausstellung möglich.

Eberswalde (bbp). Am 21. November traf sich der Vorstand des Barnimer Bürgerpost e.V. in Eberswalde, um über die nächsten Aufgaben des Herausgebersvereins der Leserzeitung »Barnimer Bürgerpost« zu beraten. Vor fast genau einem Jahr hatte sich der Vorstand die Aufgabe der Neuformierung der BBP-Redaktion im Jahr 2025 gestellt. Denn der bisherige Redakteur hatte schon seit längerem angekündigt, daß er nach 30 Jahren kürzer treten möchte. Im Sommer war es dann soweit, daß eine erste Pilotausgabe erstellt werden sollte. Allerdings erwiesen sich die Schwierigkeiten größer als erwartet. Der Übergang zum vierteljährigen Erscheinen war die Folge.

Die redaktionelle Arbeit besteht insbesondere aus dem Sammeln und Sortieren der eingehenden Leserzuschriften und deren Vorbereitung für den Satz. Daneben werden eingehende Pressemitteilungen und andere Informationen gesichtet, bearbeitet und ebenfalls in das für das Setzen erforderliche Format gebracht. Wichtiger Bestandteil der Redaktionsarbeit ist schließlich der eigentliche Satz mit dem Korrekturlesen und zuletzt die Bearbeitung der Bilder und Graphiken.

Die Absicht, künftig zum monatlichen Erscheinen zurückzukommen, verfolgt der Vorstand weiter. Dazu muß das anvisierte Redak-

BBP-Vorstand beriet am 21. November:

Redaktion braucht Unterstützung

tionskollektiv allerdings auch funktionieren. Der Vereinsvorsitzende will sich künftig vermehrt darum kümmern.

Dabei soll das aktuell dreiköpfige Redaktionskollektiv nicht nur professioneller, sondern möglichst auch personell stärker werden. Wünschenswert sei, wenn sich Menschen finden, die sich speziell um einzelne inhaltliche Rubriken oder regionale Bereiche kümmern.

Die »Barnimer Bürgerpost« basiert ausschließlich auf dem freiwilligen und unentgeltlichen Mittun engagierter Menschen ohne die Hilfe professioneller Journalisten oder Mediengestalter. Vor allem dadurch kam die

BBP bisher in ihrer dreißigjährigen Geschichte ohne Preiserhöhung aus. Professionelles Knowhow fehlt zuweilen, da neben dem kreativen Tun sowohl journalistisch als auch gestalterisch einige formale Regeln zu berücksichtigen sind. Amateure müssen sich das mühevoll erarbeiten.

Die nächste Sitzung des BBP-Vorstandes wird voraussichtlich Anfang Januar stattfinden. Dabei sollen die Erfahrungen mit der als Quartalszeitung konzipierten Winterausgabe ausgewertet und die Planungen zur Herausgabe der »Barnimer Bürgerpost« im Jahr 2026 beraten werden.

Verstärkung für die BBP-Redaktion gesucht

Die Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« soll zum Kollektiv werden. Dafür werden engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht, die sich für politische und gesellschaftliche Themen interessieren, ein wenig mit Buchstaben und Worten umgehen können und wollen, über ein paar Grundkenntnisse im Umgang mit Textverarbeitungsprogrammen am PC verfügen und bereit sind, sich in das Satzprogramm Scribus einzuarbeiten.

Gefragt sind Menschen mit Empathie, die auf andere eingehen können und tolerant gegenüber anderen Meinungen sind, insbesondere denen der Leserinnen und Leser, die mit ihren Beiträgen die inhaltlichen Grundlagen für unsere unabhängige Leserzeitung liefern.

BBP-Vorstand

Barnimer Bürgerpost:

Neue Erreichbarkeit

Auf der jüngsten Sitzung des BBP-Vorstandes hat der Vorsitzende Sven Weller einige Änderungen angeregt. Dazu gehört, daß ab sofort jedes Vorstandsmitglied über eine eigene eMail-Adresse verfügt nach dem Muster vorname.name@barnimer-buergerpost.de.

Zusätzlich wird der Vertriebsverantwortliche künftig unter vertrieb@barnimer-buergerpost.de per eMail erreichbar sein. Hier finden unsere Leserinnen und Leser künftig den richtigen Ansprechpartner für Probleme, die bei der Belieferung auftreten.

Außerdem können künftig Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Abonnement (Bestellungen, Änderungen, Kündigungen) über die eMail-Adresse abo@barnimer-buergerpost.de abgewickelt werden.

Bisher mußten alle Angelegenheiten, also auch die zu Abo und Vertrieb, über die Redaktions- oder die Vorstandsadresse abgewickelt werden. Das konnte nicht zuletzt dazu führen, daß manche eMail erstmal in der Flut der Pressemitteilungen etc., die für die Redaktion bestimmt sind, untergegangen sind und zuweilen erst deutlich später wieder im Fokus der Aufmerksamkeit landeten. (bbp)

Ausgezeichneter Klaus Morgenstern

Eberswalde (bbp). »Wenn es keiner mehr als verdient hat, dann ist es Klaus Morgenstern aus dem Eberswalder Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung. Dem Geehrten gilt nachträglich mein herzlicher Glückwunsch verbunden mit erneuter tiefer Verbeugung, Dankbarkeit und Wertschätzung für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit in verantwortungsvoller Position für eine spezifische Personengruppe, die es im täglichen Leben nicht immer einfach hat.«



Mit diesen Worten reagierte Carsten Zinn, Stadtverordneter aus dem Brandenburgischen Viertel, auf die Nachricht, daß Klaus Morgenstern kürzlich von Ministerpräsident Dietmar Woidke die Verdienstmedaille des Landes Brandenburg erhielt.

Klaus Morgenstern ist seit Gründung des Behindertenverbandes in Eberswalde vor 35 Jahren dessen Vorsitzender. Seitdem engagiert er sich für die Belange von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen. Seine Arbeit reicht von persönlicher Beratung und Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen über die Organisation von Veranstaltungen bis zur aktiven Mitwirkung in kommunalen und landesweiten Gremien. Für die Teilnahme an Veranstaltungen organisierte er einen behindertengerechten Kleinbus. Zudem half er, die 1995 gegründete Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe in die Trägerschaft des Vereins zu überführen.

Die Menschen in Eberswalde und der Clara-Zetkin-Siedlung, so Carsten Zinn, können stolz sein, »über einen solch engagierten Einwohner verfügen zu können, der trotz seiner nicht einfachen gesundheitlichen Rahmenbedingungen so viel leistet. Der Stadtverordnete vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Auszeichnung für Klaus Morgenstern stellvertretend auch für seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter vom Behindertenverband Kreis Eberswalde e.V. gilt.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: abo@barnimer-buergerpost.de

Bürgerpost-Autoren 2025

Nun können wir auf 30 Jahre Bestehen unseres Vereins und Erscheinen unserer unabhängigen Leserzeitung zurückblicken. Das Jahr 2025 brachte für die »Barnimer Bürgerpost« einige Veränderungen. Die offensichtlichste Veränderung betraf die Erscheinungsweise. Mit der Sommerausgabe im Juni endete daher das 30 Jahre lang weitgehend durchgeführte monatliche Erscheinen unserer kleinen Zeitung.

Insgesamt erschienen im Jahr 2025 fünf Ausgaben mit jeweils 16 Seiten, eine Doppelausgabe mit 32 Seiten und eine Quartalsausgabe mit 48 Seiten. Im Jahr 2025 beteiligten sich insgesamt 103 Autorinnen und Autoren an der inhaltlichen Gestaltung der

»Barnimer Bürgerpost«. (2024: 113, 2023: 109, 2022: 93, 2021: 118, 2020: 142, 2019: 134, 2018: 119, 2017: 145, 2016: 137, 2015: 105). Insgesamt 44 waren bereits im Vorjahr aktiv dabei, 59 kamen neu oder wieder hinzu.

Im einzelnen gilt unser Dank:

Ellen Baron-Simon, Stefan Bentele Blanco, Jan Bernatzki, Gregor Beyer, Antonia Bing, Karl-Heinz Blättermann, Helmut Braunschweig, Barbara Brecht-Hadraschek, Ferdinand Brehme, Veronika Brodmann, Jan Buchner, Ruth Butterfield, Sabine Büttner, Karl Dietz, Ulrike Eifler, Christina Emmrich, Kurt Fischer, L. Friedrich, Thomas Gädicke, Astrid Gehrke, Manfred Geske, Arno Giesdorf, Lars Gohlke, Jürgen Gramzow, Marco Gensing, Dr. Jouleen Gruhn, Matthias Günther, Marie-Anne Günther, Rudolf Hammerschmidt, Thomas Hannusch, Anaïs Hidalgo Rodriguez, Falk Hineberg, Martin Hoeck, Katja Hoyer, Prof. Dr. Pierre Ibisch, Yannes Janert, Klaus Dieter Jäschke, M. Christina Kay, Sebastian Klauke, Maria Kleimann, Thorsten Kleinteich, Dr. Dieter Korczak, Rainer Kroboth, Kalle Kunkel, Günter Landmann, Jan Lieske, Hartmut Lindner, Nils Lönnes, Frank N. Löwenherz, Michael Lüders, Dr. Horst Luley, Johannes Madeja, Kyra Maralt, Angela Matthes, Melanie Matzies, Jan Michalek, Matthias Milbradt, Bernd Müller, Udo Muszynski, Karen Oehler, Kurt Oppermann, André von Ossowski, Dr. Manfred Pfaff, Prof. Dr. Guntram Platter, Dr. Ulrich Pofahl, Hans Rafalski, Neno Rieger, Ute Rott, Hans-Joachim Rowold, Rainer Rupp, Daniel Sauer, Jana Schenderlein, Erika Schirmer, Gerd Schlegel, Katharina Schreyer, Bernd C. Schuhmann, Peggy Siegemund, Reinhard Simon, Peter Spangenberg, Sascha Stani?i?, Dr. Andreas Steiner, David Sumser, Detlef Tabbert, Rena Tangens, Thomas Tobler, Claudia Uhlmann, Irene Wagner, Ernst Wagner-Rott, Roman Weber-Pachola, Tilo Weingardt, Heinz Weinhausen, Sven Weller, Achim Wendlandt, Ulrich Wessolek, Dr. Magdalene Westendorff, Mirko Wolgramm, Ringo Wrase und Stefan Zierke.

Im Laufe des Jahres 2025 erschienen einschließlich der redaktionellen Texte und Notizen insgesamt 439 Textbeiträge. Großen Dank schulden wir unserem aufmerksamen Korrekturkollektiv mit KORNELIA LUBKE, ADINA HINNEBERG, ANGELIKA DÖRNBERG, KARL DIETZ und THOMAS TOBLER. Wir verdanken ihnen, daß sich die Rechtschreibfehlerquote in Grenzen hält.

Die Firma GRILL & FRANK sorgte auch in diesem Jahr gewohnt zuverlässig für den schnellen Druck unserer unabhängigen Leserzeitung, für deren Zustellung wieder vorrangig unsere fleißigen Verteiler sorgten. Für einen Teil der Auflage bleiben wir auf die Leistungen eines professionellen Postdienstleisters angewiesen. Dank gilt wie immer auch den Verkaufsstellen, in denen die BBP zu finden ist (BUCHHANDLUNG MAHLER und GLOBUS NATURKOST in Eberswalde, BUCHHANDLUNG SCHATZINSEL in Bernau).

Abopreise bleiben 2026 stabil

Entgegen einiger Gerüchte bleiben die Preise für unsere Leserzeitung auch im Jahr 2026 stabil, damit 31 Jahre in Folge. Aber tatsächlich hatten wir nach 2023 (-500 Euro) auch im Folgejahr 2024 einen Verlust (-700 Euro) zu verzeichnen. Der Finanzplan 2025 ging daher von 1.000 Euro Jahresverlust aus. Diese Entwicklung bildet den Hintergrund für Überlegungen, eine neue Preisstruktur einzuführen.

Weil die BBP nicht mehr monatlich erscheint, hat das Kosten gespart. Am Jahresende kann der Kassierer somit auf einen fast ausgeglichenen Abschluß verweisen.

Eines bleibt: Für die Zukunft benötigen wir tatkräftige Verstärkung in unseren Verteiler-, Korrektur- und Redaktions-/Satzkollektiven.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

In dankbarer Erinnerung

Im Sommer ist **Karl-Dietrich Laffin** verstorben. Er hat seit 1995, von der ersten Ausgabe an, unsere Leserzeitung in Eberswalde-Westend verteilt.

Im vorigen Herbst mußte er seine Verteiltätigkeit aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Von seiner Erkrankung hat er sich nicht mehr erholt.

In unserer Erinnerung bleibst Du lebendig.

SVEN WELLER, Vorsitzender des BBP e.V.

GERD MARKMANN, Redakteur der Barnimer Bürgerpost

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressengesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden PUBLIZISTISCHEN GRUNDSÄTZE der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern.

Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Vogelgrippe-Petition

Potsdam (bbp). Das Team des NABU Brandenburg teilt »großartige Neuigkeiten« mit. Die hierzulande gestartete WeAct-Petition »Geflügelindustrie bedroht Kraniche!« wurde am 8. Dezember offiziell an den Staatssekretär des brandenburgischen Umweltministeriums, Dr. Stephan Nickisch übergeben. Im Verlauf der Vogelgrippeausbreitung wurden Zweifel laut, warum ausgerechnet der artgerechten Freilandhaltung landesweit Beschränkungen auferlegt werden, während Massentierhaltungsanlagen unbekümmert weiter verfahren dürfen wie bisher. Mit der angeordneten Stallpflicht werden wie auch sonst üblich Kleinbetriebe ungerechterweise als einzige zur Kasse gebeten.

**Allen Leserinnen und Lesern
Frohe Weihnachten**
sowie ein glückliches und
friedliches NEUES JAHR!

Hoffnung auf's danach

»Die vielen christmas Kneipereien verbunden mit der darauf folgenden general unfitness for business haben mich total unfähig gemacht, Dir früher zu antworten. Die Sache ist indes jetzt glücklich vorüber.«

FRIEDRICH ENGELS
in einem Brief an Karl Marx, 3. Januar 1864
(herausgesucht von Karl Dietz)

In eigener Sache

Die »Barnimer Bürgerpost« befindet sich aktuell im Umbruch. Die Resultate können derzeit noch nicht überschaut werden. Daher einigte sich der Vereinsvorstand auf seiner Beratung am 21. November, die Mitgliederversammlung 2026 im Mai durchzuführen. Auf dem Programm stehen neben möglichen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem aktuellen Umbruch und den üblichen Formalien insbesondere die fällige Neuwahl des Vorstands und der Kassenprüfer. **Bitte beachten:** Die üblicherweise mit der Winterausgabe verschickten Jahresrechnungen für einen Teil unserer Abonnenten werden der Frühjahrsausgabe beigelegt. (bbp)

Impressum: Korrektur

Die Angaben im Impressum der Septemberausgabe der »Barnimer Bürgerpost« (Nr. 359) waren leider unkorrekt. Irrtümlicherweise wurden dort die Namen der Beteiligten an der letztlich nicht zustandegekommenen Pilotausgabe des neuen Redaktionskollektivs genannt. Insbesondere ist der Zusatz V.i.S.d.P. (verantwortlich im Sinne des Presserechts) nicht korrekt zugeordnet. Richtig ist, daß für die Septemberausgabe der bisherige Redakteur Gerd Markmann im Sinne des Presserechts die Verantwortung trug. Außerdem arbeitete Thomas Tobler als Redakteur an der Septemberausgabe mit, andere nicht.

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der BARNIMER BÜRGERPOST e.V. gründete, formulierten wir als Satzungszweck, uns »aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen schaffen. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der BARNIMER BÜRGERPOST werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die BARNIMER BÜRGERPOST stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der »materiellen Hülle« ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
☐ Normalabonnement (1 Jahr: 9 Euro)
☐ ermäßigtes Abonnement (1 Jahr: 3 Euro)
☐ Förderabonnement (1 Jahr: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
☐ Förderabonnement »Gold« (1 Jahr: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Die mit Ende eines Probeabos versendete Rechnung gilt als Angebot.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (oder per Telefon: 03334/356542 oder eMail an: abo@barnimer-buergerpost.de)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: G. Markmann (vSdP), T. Tobler, S. Weller

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionschluß: 28. November 2025

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 27. Februar 2026.